

# skolast

nummer 1

der fahrende skolast - zeitschrift der südtiroler hochschüler - märz 1975 - 20. jahrgang



## Die Redaktion an die Leser

Diese Nummer ist anders ausgefallen, als es sich die SKOLAST-Redaktion vorgestellt hatte. Wir wollten uns schwerpunktmäßig mit der Industrialisierung in Südtirol befassen und diesen Problembereich in einer Reihe von verschiedenen Artikeln darzustellen versuchen. Daß es anders kam, liegt irgendwo im Dilemma des SKOLAST begründet. Einerseits haben er beziehungsweise seine „Macher“ kaum Zugang zu den wichtigen Informationsquellen (worunter der Südtiroler Journalismus im allgemeinen leidet und was auch seine passive Stimmung mitprägt), andererseits fehlten uns die Mitarbeiter. Man war von der Idee ausgegangen, eine Art Industriereportage vom Typ Günther Wallraff zu erstellen und darüberhinaus eine Art Beilage mit der Kapitalverflechtung und den Investitionsplänen in Südtirol zusammenzukletern. Doch es ist nicht dazu gekommen und es nützt nichts, jetzt dem Thema nachzuweinen.

Wer Zeit, Lust und Ideen hat, kann eventuell für eine spätere Nummer an diesem Thema arbeiten.

Was als Nummer 1 des SKOLAST 1975 nunmehr vorliegt, ist trotzdem durch ein bestimmtes Konzept gekennzeichnet. Die Artikel befassen sich mehrheitlich mit Bildungs- und Kulturfragen von sozial Unterprivilegierten und Randgruppen. Bildungsurlaub, Resozialisierung, politische Bildung, Universität für alle, Lyrik und Prosa ohne Blatt vor dem Mund: das sind die wichtigsten Themen der vorliegenden SKOLAST-Nummer. Darüberhinaus befaßt sie sich mit dem SKOLAST selbst. Bekanntlich enthielt die vorhergehende Nummer einen Fragebogen, durch den die Wünsche der SKOLAST-Leser erforscht werden sollten. Das Ergebnis wird in dieser Nummer abgedruckt und analysiert. Wer seine Meinung nicht vertreten findet, ist dazu eingeladen, der Redaktion Wünsche und Vorstellungen mitzuteilen. Indirekt soll diese Einladung auch als Aufforderung verstanden werden, am Blatt und am Zustandekommen einer Südtiroler „Gegenöffentlichkeit“ mitzuarbeiten.

**Wir ersuchen unsere werten Mitglieder, Akademiker und Abonnenten aufs höflichste, den SH-Mitgliedsbeitrag bzw. das SKOLAST-Abonnement für 1975 bei Gelegenheit einzuzahlen.**

**Sie unterstützen damit die im Dienst der Südtiroler Studenten geleistete Arbeit der SH und ermöglichen die weitere Herausgabe unserer Zeitschrift.**

**Der Vorstand der SH**

### INHALT

1	Der Bildungsurlaub in Italien und Südtirol	Gottlieb Pomella
3	Der Bildungsurlaub im Ausland	Willi Erschbaumer
5	Vom Elend der politischen Bildung in Südtirol	Joseph Torggler
8	Dissertantenbeihilfe für das Akademische Jahr 1974/75	
9	Resozialisierung in Südtirol: eine Initiative	Johann Miribung
10	Staatsprüfungen 1975	
11	Liebe Mutter, mir geht es gut	Gottlieb Pomella
12	An die Südtiroler Maturanten	Florian Kronbichler
13	Buchkritik: »Schöne Tage«	Leopold Steiner
15	»Ich bezwecke nichts, ich will nichts, ich schreibe für nichts«	Florian Fiedler
16	Initiative zu einem Südtiroler Theatermodell	IGTST
17	Englands offene Universität	Sepp Kusstatscher
23	Der SKOLAST fragte	
25	Stellungnahme der Basisgruppen	
26	Schule, Ideologie und die Basisgruppen	Hubert Gasser
27	SH-Information	Florian Kronbichler
28	Promotionen	

### ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER

L.-Abg. Willi Erschbaumer  
39012 Meran, Texelstraße 20

Florian Fiedler  
50100 Florenz, Borgo Allegri 21

Hubert Gasser  
50100 Florenz, Piazza San Lorenzo 7

IGTST, c/o Staudacher  
39100 Bozen, Weggensteinstraße 27

Florian Kronbichler  
39031 Reischach/Bruneck, Reiperting 23

Sepp Kusstatscher  
39040 Villanders, Landheim

Johann Miribung  
39100 Bozen, Dominikanerplatz 9

Gottlieb Pomella  
39052 Kaltern, Mühlgasse 6

Leopold Steiner  
1080 Wien, Laudongasse 13/10

Dr. Joseph Torggler  
39028 Schlanders, Hauptstraße 11

# Schule im Dienste der Arbeiter

## Der Bildungsurlaub in Italien und Südtirol

„Freiheit, geistige Entfaltung, Bildung der Massen, vor allem Kulturarbeit — die Ausweitung der Horizonte; es erschien ihm stets als Wahnsinn, das Recht auf Brot zu fordern und nicht zugleich auch um das Recht auf Luft zu kämpfen, wenn man in provinzieller Geistlosigkeit und in politischer Unfreiheit zu ersticken drohte.“ Mit diesen Worten beschreibt Claus Gatterer in dem Buch „Unter seinem Galgen stand Österreich“ die Bemühungen Cesare Battisias um die geistige Emanzipation der Massen. In Südtirol ist die arbeitende Bevölkerung lange Zeit in ihrem bildungsmäßigen Urzustand gehalten worden. Erst durch den Einsatz der Gewerkschaften ist es gelungen, ein Mindestmaß an Bildungsurlaub für die Arbeiter zu erreichen. Der SKOLASF druckt im Folgenden zwei Artikel ab, die sich mit dieser neuen Bildungsform in Südtirol, Italien und im Ausland beschäftigen.

### Die Lage in Italien

Die Massenschule Italiens sowie die derzeitigen Reformtendenzen im italienischen Ausbildungssektor entsprechen einerseits den strukturellen Forderungen des kapitalistischen Produktionsmechanismus, andererseits dienen sie der primären Sozialisation der Massen.

Diese systemeigenen Bedürfnisse konkretisieren sich in der Ausbildung der Arbeitskräfte zur beruflichen Mobilität sowie in der Ideologisierung der Massen durch die bürgerlichen Schul-inhalte.

Diese Situation soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Massenschule trotz allem eine Errungenschaft der Arbeiterklasse darstellt. Jedoch kann das abstrakte Recht auf Studium für die proletarischen Massen erst dann verwirklicht und mit Sinn gefüllt werden, wenn die Klassenherrschaft bekämpft und der Kampf gegen die bürgerlichen Schul-inhalte erfolgreich geführt wird. Die berufliche Qualifikation sowie die staatsbürgerliche Grundausbildung sollten also nicht mehr den Gesetzen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung folgen, sondern in den Dienst des sozialen Ausgleichs und der gesellschaftlichen Emanzipation der Arbeiterklasse gestellt werden.

Aufgrund der institutionellen Verselbständigung der öffentlichen Schule ist diese immer weniger in der Lage, der vom kapitalistischen Produktionsprozess erforderten und immer schneller werdenden Umstrukturierung der beruflichen Qualifikation zu folgen. Dieser Verselbständigungscharakter des Ausbildungssektors erschwert andererseits auch die soziale und politische Kontrolle der Bildungsinhalte von Seiten der Arbeiterklasse.

Mögen die Studentenbewegungen zwar einen allgemeinen Demokratisierungsprozeß an der italienischen Schule eingeleitet haben, so kann die Anpassung der Unterrichtsprogramme an die Bedürfnisse der Arbeiterklasse sowie die Führung (\*) der Schule im Sin-

ne der Arbeiterinteressen nur durch den Kampf der Arbeiter selbst erreicht werden.

Während jedoch die Errichtung der Werkstudenten-kurse in Berufung auf den Artikel 10 des Arbeiterstatuts von 1970 mehr den individuellen Bildungsinteressen einzelner Arbeiter dient und sichtbar außerstande ist, die überkommenen Bildungsinhalte in Frage zu stellen, stellt der bezahlte Bildungsurlaub einen ersten Versuch der Arbeiter dar, die öffentliche Schule zur Befriedigung der klasseneigenen Bedürfnisse zu gebrauchen und sie mit neuen, proletarischen Inhalten zu füllen.

In diesem Sinn stellt der Artikel 28 des Nationalen Kollektivvertrages der Metallarbeiter von 1973 einen entscheidenden Wendepunkt dar in der Geschichte der italienischen Arbeiterkämpfe sowie im Rahmen der proletarischen Schulkämpfe.

Gemäß genanntem Kollektivvertrages haben die betroffenen Arbeiter das Recht, innerhalb der dreijährigen Gültigkeit des Vertrages, 150 bezahlte Arbeitsstunden „zum Zweck der kulturellen Bereicherung“ zu genießen. Dabei muß der bezahlte Kurs wenigstens zweimal 150 Stunden dauern, wobei aber nie mehr als 2% der insgesamt beschäftigten Arbeitskräfte gleichzeitig in Bildungsurlaub sein dürfen, damit der Produktionsablauf nicht beeinträchtigt werde.

Wie die Metallarbeiter, so haben von 1973 bis heute einige weitere Kategorien den Bildungsurlaub erkämpft:

Sektor	Stunden
Textil	120
Lebensmittel	150
Keramik	120
Plastik-Gummi	150
Glas	150
Bau-Handel	90
Landwirtschaft	80

Der erneuernde und vorerst experimentelle Charakter dieser Form öffentlicher Bildungsvermittlung an Erwachsene geht klar hervor aus dem Text des Rundschreibens Nr. 71/2-A vom 4. Jänner 1974 des Unterrichtsministers Malfatti, womit den vorgesehenen Kursen auf lokaler Ebene praktische Durchführbarkeit verliehen wurde. Da-

nach sollen die in den einzelnen Provinzen Italiens einzusetzenden Kurse der kulturellen und sozialen Förderung der Arbeiter dienen und deren Bedürfnissen und Erfahrungen entsprechen. Nachdem zur Zeit ein Großteil der italienischen und Südtiroler Arbeiter noch nicht die Mittelschule absolviert hat, sollen die 150-Stunden-Kurse vorerst dazu dienen, den interessierten Arbeitern zum Mittelschuldiplom zu verhelfen. Die Tatsache, daß ein Großteil der italienischen Arbeiter noch nicht im Besitze des Mittelschuldiploms ist, erschwerte bisher auch die einheitliche Einstufung dieser Arbeiter.

Obwohl die oben angeführten Kategorien das Recht auf Bildungsurlaub in ihren Kollektivverträgen verankert haben, waren die experimentellen Kurse des Schuljahres 1973/74 größtenteils auf die Metallarbeiter beschränkt. Diese hatten nämlich als erste Kategorie den Bildungsurlaub erreicht und waren dank ihrer gewerkschaftlichen Stärke am ehesten in der Lage, das Unterrichtsministerium zur unmittelbaren praktischen Durchführung von Arbeiterkursen zu drängen.

### Die Bemühungen in Südtirol

Auf Betreiben der lokalen Fachgewerkschaften PLM und ASGB-Metall und in Zusammenarbeit mit Schulamt und Assessorat für Schule und Kultur konnten in der Provinz Bozen im Frühjahr 1974 acht Kurse für Arbeiter eingerichtet werden (5 italienische und 1 deutscher Kurs in Bozen, jeweils ein deutscher Kurs in Brixen und Bruneck). Obwohl diese Mittelschulkurse für Arbeiter ihrem spezifischen und experimentellen Charakter gemäß nicht in eine traditionelle Abendmittelschule mit herkömmlichem Programm „ausarten“ sollten, ist in manchen Orten Südtirols versucht worden, die Kurse ihres ursprünglichen Inhalts zu entleeren und normale Abendmittelschul-Programme mit unzulänglichen Unterrichtsmethoden durchzudrücken. Dieser Versuch widersprach klar dem Geist des Bildungsurlaubs und entspricht nicht den Bestimmungen des erwähnten Rundschreibens, wonach die Lehrprogramme von den Lehrkräften und dem Direktor, nach Anhören der Kursteilnehmer, ausgearbeitet werden sollten, unter Berücksichtigung der Erfahrungen, welche die Arbeiter in ihrem Berufsleben gemacht haben, um auf diese Weise ihre kulturellen und sozialen Bedürfnisse zu befriedigen.

Angesichts des vorläufig experimentellen Charakters dieser Arbeiterkurse ist die erwähnte Situation hauptsächlich der mangelnden Information sowie dem Fehlen grundlegender Einrichtungen für das Funktionieren der Kurse zuzuschreiben.

— So war die Information von Direktoren und Lehrkräften durch das Schulamt von Anfang an ungenügend,

— die Arbeiter waren über ihre Rechte auf Mitgestaltung des Unterrichts

(\*) Das italienische Wort „gestione“ wäre passender, ist aber schwer ins Deutsche zu übertragen ohne dabei den ursprünglichen Sinn zu verlieren.

durch die Fachgewerkschaft unbefriedigend aufgeklärt worden,

— die vom Unterrichtsminister im erwähnten Rundschreiben vorgeschienen „corsi speciali di formazione e di aggiornamento“ sind in der Provinz Bozen noch nicht eingesetzt worden, was zur Folge hat, daß die Lehrkräfte keinen festen Anhaltspunkt für diese neue Art der Erwachsenenbildung hatten. Der Vorschlag der FLM und des ASGB-Metal sowie der Schulgewerkschaft AGB/CGIL-scuola, zusammen mit den Kollegen der italienischen 150-Stunden-Kurse die an der Universität Trient eigens dafür eingesetzten Fortbildungskurse zu besuchen, ist vom Schulkamt und vom Landesressorator abgeschlagen worden!

Wollen wir nun kurz Rückschau halten auf den Ablauf der ersten drei Arbeiterkurse in deutscher Sprache und einige Probleme gewerkschaftlicher Natur erörtern.

Dabei können wir uns hauptsächlich nur auf den Kurs von Brixen beziehen, da die Lehrkräfte dieses Kurses mit den italienischen Kursen von Bozen in dauerndem Kontakt standen und auf diese Weise, im Gegensatz zu den beiden deutschen Kursen von Bozen und Bruneck, die didaktische und politische Entwicklung des Bildungsurlaubs auf nationaler Ebene besser verfolgen konnten. Jedoch ist es den deutschen Kursteilnehmern von Bozen zum Teil gelungen, ihre Lehrkräfte von der Unzulänglichkeit und Absurdität der Abendmittelschul-Programme zu überzeugen und sie für die arbeiterspezifischen Bedürfnisse zu sensibilisieren. Man ging also von den individuellen Erfahrungen der Arbeiter aus und versuchte, diese in einen gesellschaftspolitischen Kontext einzufügen. Der interdisziplinäre Charakter der Arbeitsmethode diente vor allem dazu, die Arbeiter anzulernen, die mündliche und schriftliche Sprache sowie die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Veränderung der Lebensbedingungen der Arbeiter und zur kollektiven Kommunikation zu benutzen. Nur wenn wir imstande sind, die Erkenntnis materiell und sozial zu motivieren, werden wir den Arbeitern die geeigneten wissenschaftlichen Instrumente in die Hand legen, damit sie ihre soziale Realität überwinden können.

Während die ersten fünf italienischen Arbeiterkurse nach rund 22wöchiger Dauer (350 Stunden ca.) im Oktober 1974 mit einem vollen Erfolg abgeschlossen wurden, gingen die drei deutschen Kurse Ende November einem ebenso erfolgreichen Abschluß entgegen. So haben bisher in der Provinz Bozen ungefähr 80 Arbeiter vom Recht auf Bildungsurlaub Gebrauch gemacht und das staatliche Diplom der mittleren Reife erworben.

Auf gesamtstaatlicher Ebene haben mit dem ersten Arbeiternmittelschulkurs nicht weniger als 13.000 Arbeiter der verschiedenen Kategorien das Abschlußdiplom erhalten.

## Die neue Situation

Nach langen Verhandlungen der Gewerkschaftsorganisationen mit dem Unterrichtsministerium ist nun mit dem Rundschreiben des Ministers Mallauti vom 16.12.1974 das Abhalten von weiteren 2000 experimentellen Mittelschulkursen für Arbeiter gewährleistet. Die vorgeschenen Kurse sollen am 30. Januar beginnen und nach einer Dauer von 350 bis 450 Stunden im Herbst mit einer schriftlichen und mündlichen Prüfung enden. An einem Kurs können sich wenigstens 15 und höchstens 25 Arbeiter beteiligen. Dabei müssen die 16 bis 22jährigen im Besitze des Volksschulzeugnisses über die 5. Klasse sein, während das für die 23jährigen und noch älteren Arbeiter nicht erforderlich ist. Bezüglich der Programmgestaltung ist, im Vergleich zum Vorjahr, eine wesentliche Einschränkung zu verzeichnen. Während im vergangenen Schuljahr den Kursbesuchern ein Mitspracherecht eingeräumt war, wird heuer das Arbeitsprogramm vom Klassenrat erstellt, welcher jedoch der Vorbildung und der Erfahrungswelt der Arbeiter Rechnung tragen muß.

Was die rechtliche Position der Lehrkräfte anbelangt, so verläuft das genannte Rundschreiben folgendes:

1. Die vorjährigen Lehrpersonen haben absoluten Vorrang und erhalten einen befristeten Lehrauftrag.
2. An zweiter Stelle kommen Lehrer mit unbefristetem Lehrauftrag sowie Stannonreiterlehrer in Betracht, welche nicht über einen vollen Lehrauftrag verfügen.
3. Jene Lehrpersonen schließlich, welche in der Stammrolle der Mittelschule eingetragen sind, aber dort keinen unbefristeten Lehrauftrag erhalten haben, können an der Arbeiternmittelschule einen Lehrauftrag auf bestimmte Zeit erwerben.

In Südtirol werden in diesem Schuljahr 16 Arbeiterkurse eingeführt und zwar 12 italienische und 4 deutscher in Bozen, sowie je ein deutscher in Brixen, Bruneck und Ulten. Wann und wie die vom letzten ministeriellen Rundschreiben wiederum vorgeschenen Lehrer-Vorbereitungskurse in der Provinz Bozen eingerichtet werden, bleibt noch abzuwarten.

## Vorschläge und Forderungen

Im Hinblick auf die neuen Mittelschulkurse für Arbeiter können wir unsere gewerkschaftliche Position wie folgt zusammenfassen:

1. Die Kontinuität der Kurse hängt vorwiegend vom Grade der Mobilisierung ab, mit welcher die Fachgewerkschaften die betreffenden Arbeiter für die Kurse zu interessieren und einzuschreiben vermögen. Dabei kann ein besonderes Gewicht auf die Tatsache gelegt werden, daß die Kurse absolut kostenlos sind und daß ein, wenn auch beschränktes, Mitspracherecht bei der Programmgestaltung möglich ist.

2. Die Lehrkräfte der Arbeiterkurse müssen durch die Schulgewerkschaften für die Freiheit des Experimentes und der Programmgestaltung eintreten sowie jeden Versuch, den Bildungsurlaub seines Inhaltes zu entleeren, kategorisch bekämpfen. Der Kampf der Arbeiter um das Recht auf Bildung galt und gilt weiterhin nicht so sehr für die bestehenden Schulen als vielmehr für solche Bildungsanstalten, welche den gesellschaftlichen Bedürfnissen ihrer Klasse Rechnung tragen.

Zu jenem Zeitpunkt, in welchem alle italienischen Arbeiter durch die normale Pflichtschule bzw. durch den Bildungsurlaub in den Besitz des Mittelschuldiplooms gekommen sein werden, wird die durch den Bildungsurlaub freigestellte Zeit anderen Bildungsmöglichkeiten zugewendet werden. Aber auch in diesem Fall soll variiert werden, in die Logik der traditionellen Schule, z.B. der Werkstudentenkurse, zurückzufallen. Das Problem der Werkstudenten und der Abend Schüler widerspricht nicht dem gleichheitlichen und sozialisierenden Wesen der Arbeiterkurse, insofern es nicht mehr als ein individuelles Problem, sondern vielmehr als Moment der Einigung der jungen Arbeiter gesehen wird, welche heutzutage frustrierenden, individuellen Erfahrungen ausgesetzt sind und dem Raub der Privatschulen unterliegen. Man muß deshalb einen fruchtbringenden Dialog mit diesen Werkstudenten beginnen, damit sie sich einsetzen, zusammen mit den anderen Arbeitern ein alternatives Bildungsmodell zu verwirklichen, in welchem die wissenschaftlichen Erkenntnisse nicht von den Interessen des Kapitals bestimmt und gegen die Arbeiter gerichtet werden, sondern in den Dienst der Arbeiterklasse und ihrer Befreiung von der Ausbeutung durch die herrschende Klasse gestellt werden.

3. Angesichts der Tatsache, daß der Bildungsurlaub nur bis zur Fälligkeit der nationalen Kollektivverträge der bisher betroffenen Kategorien vorgesehen ist, müssen sich die zuständigen Fachgewerkschaften dafür einsetzen,

— daß das Recht auf Bildungsurlaub auf alle Kategorien ausgedehnt wird,

— daß die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden angehoben wird,

— daß immer mehr Prozent der Beschäftigten gleichzeitig in Bildungsurlaub treten dürfen,

— daß alle Lehrer, welche den vorgeschriebenen Studientitel aufweisen, einen Lehrauftrag auf unbestimmte Zeit erhalten.

Ist der Bildungsurlaub für die Arbeiter der eingangs angeführten Kategorien eine Errungenschaft, die es zu verteidigen und auszubauen gilt, so ist es für alle übrigen Arbeiter ein Recht, das noch zu erkämpfen ist!

Gottlieb Pomella

## Der Bildungsurlaub im Ausland

In den letzten Jahren und besonders im Jahre 1974 wurde auch im Ausland in zunehmendem Maße von Bildungsurlaub gesprochen und geschrieben.

Gewerkschaften, Parteien und internationale Organisationen, insbesondere die UNESCO (UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur) und die Internationale Arbeitsorganisation ILO in Genf beschäftigten sich auf Tagungen mit der Verwirklichung des Bildungsurlaubes.

Die UNESCO hat bereits in den frühen sechziger Jahren Vorstöße zugunsten eines Bildungsurlaubes für Arbeitnehmer unternommen. In einer Empfehlung der Europäischen Erwachsenenbildungskonferenz der UNESCO im Jahre 1962 in Hamburg heißt es u. a.:

„Um den Arbeitnehmern die Teilnahme an der Bildungsarbeit zu ermöglichen, sind alle in Betracht kommenden Organisationen darauf hinzuweisen, daß es notwendig ist, Gelegenheiten und Möglichkeiten für den Bildungsurlaub — einschließlich der erforderlichen finanziellen Hilfe — zu schaffen und zu unterstützen“.

### Entscheidung der ILO:

Unter den Entscheidungen, die die 49. Internationale Arbeitskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation im Juni 1965 in Genf verabschiedete — diese wurden vom Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) angeregt — war auch die Forderung nach einem bezahlten Urlaub für berufliche und gesellschaftspolitische Weiterbildung.

In der Resolution, die in den nachfolgenden Jahren — zuletzt auf der 59. Konferenz der ILO im Juni 1974 — durch weitere Appelle zugunsten verbesserter Bildungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer ergänzt wurde, forderte die Konferenz, daß der Bildungsurlaub weltweit gesetzlich verankert werde.

### Möglichkeiten des Bildungsurlaubes:

Der Bildungsurlaub ist eine Veranstaltungsförm der Erwachsenenbildung, dessen Besonderheit allenfalls dadurch gegeben ist, daß durch Kollektivvertrag oder Gesetz Arbeitnehmer für die Weiterbildung von der Arbeit freigestellt werden.

Während die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes in fast allen Ländern der EG zur Teilnahme an staatsbürgerlichen Veranstaltungen Dienstbefreiung in Anspruch nehmen können, muß der in der freien Wirtschaft tätige Arbeitnehmer bis heute hierzu entweder seinen Erholungsurlaub opfern oder finanzielle Nachteile in Kauf nehmen. Dieser Sachverhalt trägt mit dazu bei, daß Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zur Zeit in einem höheren Prozentsatz staatsbürgerliche Aufgaben wahrnehmen, als es ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht.

Mit der Einführung des Bildungsurlaubes soll versucht werden, die Chancengleichheit und Chancenerweiterung in einem für die staatsbürgerliche Weiterbildung entscheidenden Lebensabschnitt weitgehend zu beseitigen.

Der Bildungsurlaub soll in Form von Weiterbildung jeden insbesondere dazu befähigen:

- 1) soziale und kulturelle Erfahrungen, Kenntnisse und Vorstellungen kritisch zu verarbeiten, um die gesellschaftliche Wirklichkeit und seine Stellung in ihr zu begreifen und zu verändern;
- 2) die gesellschaftspolitische Bedeutung der beruflichen Qualifikation zu bewerten, zu erhalten, zu steigern oder zu ändern;
- 3) die Mitarbeit im öffentlichen Leben zur Verwirklichung der Verfassung kritischer, wirksamer und widerstandsfähiger zu gestalten;
- 4) Verhaltensweisen zu erlernen, um die in ihren Ursachen erkannten gesellschaftlichen Konflikte steuern und überwinden zu können und
- 5) die durch soziale Herkunft, gesellschaftliche Entwicklungen und durch Bildungsprozesse entstandenen und neu entstehenden Ungleichheiten abzubauen.

### Bildungsfreistellung in Österreich

In Österreich hat man den Terminus „Bildungsfreistellung“ gewählt, um eine klare Grenze zwischen Erholungsurlaub und Bildungsurlaub zu ziehen. Für die Verwirklichung des bezahlten Bildungsurlaubes treten in Österreich in erster Linie die Gewerkschaften und die katholische Arbeiterbewegung ein.

Die katholische Arbeiterbewegung befaßte sich schon seit 1962 mit der Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer. Im Juni 1968 stellte der Arbeitskreis „Bildungsfreistellung“ den ersten Gesetzentwurf fertig. Auf Grund einer Resolution des Bundeskongresses des Österreichischen Gewerkschaftsbundes vom Jahre 1971 über den bezahlten Bildungsurlaub sollte für eine schrittweise Verwirklichung noch in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesvorlage ausgearbeitet und vom Parlament beschlossen werden.

### Gesetzliche Möglichkeiten ohne Lohnfortzahlung in Frankreich

Frankreich bietet Arbeitnehmern bereits seit 1957 gesetzliche Möglichkeiten zu — allerdings unbezahlter — Fortbildung. Die ursprünglich nur Gewerkschaftsmitgliedern zugestandenen Vergünstigungen wurden durch weitere Gesetze aus den Jahren 1961, 1966, 1970 und 1971 ausgebaut.

Im Jahre 1972 haben 956.000 Arbeitnehmer die Möglichkeit des Besuchs eines Fortbildungs- und Umschulungslehrganges genutzt und einen staatlichen Zuschuß erhalten.

Das mit den Vereinbarungen vom Jahre 1970 und dem Gesetz vom Juli 1971 eingeführte System basiert auf folgenden Grundzügen:

- a) den Arbeitnehmern wird ein Recht auf Bildungsurlaub zuerkannt, der ihnen ohne Kündigung des Arbeitsvertrages die Möglichkeit gibt, von ihrem Arbeitgeber eine Genehmigung zur Teilnahme an einem Bildungslehrgang zu erhalten.
- b) Arbeitgeber, die mehr als 10 Arbeitskräfte beschäftigen, müssen 1972 und 1973 jährlich einen Betrag in Höhe von 0,8 v. H. im Jahre 1974 für Bildungszwecke zur Verfügung stellen.

1976 erreicht dieser Betrag 2 v. H. Die Teilnehmer haben zwar vom Gesetz her keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung, die Gewerkschaften haben aber in ergänzenden Tarifvereinbarungen entsprechende Bedingungen ausgehandelt.

Die Arbeitnehmer Frankreichs haben im Jahre 1972 an 51 Millionen Unterrichtsstunden teilgenommen. Mehr als 47,5 Millionen Stunden, also 93% der Gesamtzahl dieser Lehrgangsstunden, wurden von Unternehmen vergütet. Die Kosten des Staates für die Lehrgänge betrugen 1972 1,1 Milliarden Franc.

### Belgien sammelt bereits erste Erfahrungen

Belgien hat durch Gesetz bereits im Jahre 1973 einen allgemeinen Bildungsurlaub eingeführt. Lohn und Gehalt werden in Belgien während des Bildungsurlaubes weitergezahlt. Hinzu kommt, daß die Lernwilligen bis zu einer gewissen Stufe der Fortbildungsmaßnahmen fünfzig Prozent und über diese Stufe hinaus einhundert Prozent ihrer Unkosten als verbilligte Kredite erhalten.

Bereits 1963 hatte Belgien eine gesetzliche Regelung getroffen, die für intellektuelle, moralische und soziale Weiterbildung junge Arbeitnehmer von 16 bis zu 26 Jahren von der Arbeit — allerdings unbezahlt — freistellte.

### Vom britischen Gewerkschaftsbund „Tuc“ kein Anstoß:

Der britische Gewerkschaftsbund „Trade Union Congress“ (TUC), ein Verband mit einer rund einhundertjährigen Geschichte, von dem in der Vergangenheit manche Anstöße auch für die Arbeitnehmerorganisationen im übrigen Europa ausgingen, hat bislang die Forderung nach einem allgemeinen gesetzlichen Bildungsurlaub nicht aufgegriffen. Eine Regelung, die dem Themenkomplex noch am nächsten kommt, sind gewerkschaftlich veranstaltete Zehn-Tage-Kurse für betriebliche Vertrauensleute.

In Schweden wird die Frage zur Zeit diskutiert:

Schweden, dessen soziale Einrichtungen vielen als vorbildlich gelten, kennt keinen gesetzlichen Anspruch des Arbeitnehmers auf bezahlten Fortbildungsurlaub. Die Frage wird zwar zur Zeit im Lande diskutiert, von Regierungssseite liegen dazu aber noch keine Initiativen vor.

Eine andere Form der vollfinanzierten Erwachsenenbildung sind die Berufs-Umschulungsprogramme der Regierung. Neben kostenfreier Ausbildung und Stiefung von Lehrmitteln erhält der Umschüler vom Staat einen steuerfreien monatlichen Grundbetrag sowie Miet-, Familien- und Bekleidungszuschüsse nebst Fahrgeid. Der Mietzuschuß entspricht der tatsächlich gezahlten jeweiligen Miete.

In Holland auch ohne Extra-Gesetz viele Möglichkeiten:

In Holland gibt es keinen gesetzlichen oder tarifvertraglichen Anspruch für alle Arbeitnehmer auf bezahlte Freistellung für Bildungszwecke. Viele Tarifverträge enthalten aber Bestimmungen, daß gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer an Kongressen, Schulungs- und Bildungsveranstaltungen ihrer Gewerkschaften teilnehmen dürfen. Die Bezahlung des Lohnausfalles und die Dauer der Beurlaubung sind unterschiedlich geregelt. Für Lohn- und Gehaltsempfänger besteht weiters die Möglichkeit, daß sie zeitweilig als „Arbeitslose“ anfangs 90 Prozent und später 80 Prozent ihrer bisherigen Verdienste aus der Staatskasse empfangen.

Kein vergleichbares staatliches Programm in den USA:

Nach Angaben des amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL/CIO und des Arbeitsministeriums in Washington gibt es in den USA kein bundesweites oder einzelstaatliches Programm, das mit dem in einigen Ländern Europas diskutierten Bildungsurlaub vergleichbar ist. Die Freistellung von Arbeitnehmern für Fortbildungszwecke ist Sache der Tarifpartner. Nach einer Statistik vom Jahre 1972 enthalten nur 64 von insgesamt 1300 Tarifverträgen eine Regelung, die in Zusammenhang mit der Bildung steht.

Bestehende Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland:

Hamburg ist das erste Bundesland mit Bildungsurlaub.

Die Hamburgische Bürgerschaft (Landtag) hat am 16. Jänner 1974 ein von der SPD-Fraktion eingebrachtes Gesetz beschlossen, dem nahezu alle Fraktionen einmütig zustimmten. Das Gesetz, das am 1. April in Kraft getreten ist, sieht vor, daß alle Hamburger Arbeitnehmer ohne Beschränkung des Alters alle zwei Jahre einen bezahlten Urlaub von 14 Tagen beanspruchen können, um sich weiterzubilden. Durch die Freistellung von der Arbeit soll ihnen „die Teilnahme an anerkannten Veranstaltungen sowohl der politischen Bildung als auch der beruflichen Weiterbildung ermöglicht werden“. Am 18. September 1974 hat die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung der Hansestadt Hamburg ein Verzeichnis der Bildungsurlaubsveranstaltungen herausgegeben, in welchem Anschriften von 26 Trägern von Veranstaltungen über „Politische Bildung“ und 29 Träger von Kursen zur beruflichen Weiterbildung enthalten sind.

Berliner SPD erwägt Initiative:

In Berlin gibt es seit 1970 nur für Jugendliche bis zu 21 Jahren einen Anspruch auf zehn Tage Bildungsurlaub im Jahr. Für ältere Arbeitnehmer gibt es von seiten des Senates noch keine Projekte; der Senat will eine etwaige Bundesregelung abwarten. Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus dagegen „erwägt“ eine gesetzgeberische Initiative noch in dieser Legislaturperiode.

Bildungsurlaubsgesetz im Bundesland Niedersachsen:

Der Niedersächsische Landtag hat am 10. Mai 1974 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion das Bildungsurlaubsgesetz für Arbeitnehmer verabschiedet. Das Gesetz gewährt Anspruch auf Teilnahme an Veranstaltungen zur politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung. Die Zahl der Arbeitstage, die ein Arbeitgeber jährlich insgesamt als Bildungsurlaub zu gewähren hat, errechnet sich aus der Beschäftigtenzahl am 15.4. multipliziert mit 1/2 Arbeitstagen für jeden Arbeitneh-

mer. Die Dauer der jährlichen Freistellung beträgt 10 Arbeitstage und bei 6-Tage-Woche 12 Arbeitstage. Die Lohnfortzahlung wird voll durch den Arbeitgeber gewährleistet.

Bremisches Bildungsurlaubsgesetz:

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat in der Februarsitzung 1974 der Bremischen Bürgerschaft einen Entwurf für ein Bildungsurlaubsgesetz vorgelegt. Dieser Entwurf wurde in einem nicht-ständigen Parlamentsausschuß nach Anhörung von Vertretern von Gewerkschaften, der Bremischen Arbeiterkammer und Verbänden überarbeitet und in der Novembersitzung vom Parlament einstimmig in erster Lesung verabschiedet. Damit gehört Bremen — mit Niedersachsen und Hamburg — zu den 3 sozialdemokratisch regierten Bundesländern, in denen die Arbeitnehmer Anspruch auf einen bezahlten Bildungsurlaub haben. Seminare und Kurse als Bildungsurlaub werden von Weiterbildungseinrichtungen durchgeführt: Volkshochschulen, Gewerkschaften, Arbeiterkammer und andere. Diese erhalten in Bremen im Jahre 1975 ca. DM 3 Millionen, um solche Kurse durchzuführen.

Keine Pläne in Schleswig-Holstein und in Bayern:

Alle Bundesländer haben bisher gesetzgeberische Initiativen ergriffen, mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Bayern. In diesen beiden Ländern gibt es derzeit keine gesetzgeberische Initiative für einen Bildungsurlaub. In Bayern gab es bereits Ende 1964/Anfang 1965 einmal einen Vorstoß zugunsten eines Bildungsurlaubes. Der von dem SPD-Landtagsabgeordneten Erwin Essl initiierte Entwurf sah für alle Arbeitnehmer sechs bezahlte freie Tage für die berufliche und staatsbürgerliche Fortbildung vor.

Tarifvertragliche Regelungen in Deutschland:

Bis Anfang 1970 konnten die deutschen Gewerkschaften in 23 Tarifverträgen bezahlten Bildungsurlaub durchsetzen. Den letzten großen Erfolg verbuchte die IG Metall im Oktober 1973 für die rund 500.000 Beschäftigten der bayerischen Metallindustrie, denen seit Dezember 1973 ein zweiwöchiger Bildungsurlaub unter der Voraussetzung bezahlt wird, daß kein Kostenersatz von dritter Stelle erfolgt.

Was Südtirol anbelangt, kann abschließend gesagt werden, daß es von der kollektivvertragsrechtlichen Einführung des Bildungsurlaubes bis zur praktischen Durchführung der Kurse ein weiter Weg ist. Viele Probleme sind noch zu lösen, doch wird der bezahlte Bildungsurlaub eine Bereicherung des gesamten Bildungssystems in unserem Lande darstellen. Wir sollten die Chance, große Teile der Bevölkerung zum Lernen anzuregen, nicht ungeäußert lassen.

L.-Abg. Willi Urschbaumer

## Frage: Wer macht in Südtirol experimentelle Kunst?

Albert Mayr, Komponist, 38050 Cognola 55 (TN), Tel. (0461) 3 52 66, würde gerne mit Leuten, die in Südtirol experimentelle Kunst machen, Kontakt aufnehmen, um eventuell gemeinsame Projekte durchzuführen.

# Vom Elend der politischen Bildung in Südtirol

Motto:

## Die Ausfüllung

Links ist Platz geblieben  
auf den man schreiben kann  
Rechts steht ... **sind unser Unglück!**  
Wie lang die Zeile an  
**Die Juden** ist kaum mehr zu lesen  
Das ist ausradiert oder verbläut:  
Schreibt **Chinesen** schreibt  
**Nord-Vietnamesen**  
schreibt hinein wen ihr haßt  
Schreibt einfach **Die Kommunisten**  
Das geht dann weiter so:  
**Die Gaullisten Die Neutralisten**  
**Die vom afro-asiatischen Zoo**  
**Die Pazifisten Die Roten**  
**Die Russen Die Tschechen** dann:  
Alle die alten Toten  
kommen noch einmal dran  
Ich wollte ich müßt es nicht sagen  
ich wollte es wäre nicht wahr:  
Ihr habt kein neues Blatt aufgeschlagen  
nur ein altes als Formular

Erich Fried

Jahraus, jahrein, tagaus, tagein füllt Südtirols Monopolpresse mit großem Aufwand von Druckerschwärze das „alte Formular“ aus, schreiben ihre Leitartikel und der „Dolomiten“-Glossator X, schreiben manipulierte Leser: **Die Sozialisten ... Die Kommunisten ... Die Roten ...** Einer Ausfüllungsaktion derselben Tendenz haben sich jüngst auch die Verfasser eines „Arbeitsbuches für politische Bildung in Südtirol“ angeschlossen. Letztere haben sich offenbar vorgenommen, Lehrlinge wie Studenten im Geiste eines militanten Anti-Kommunismus zu erziehen, eines Anti-Kommunismus, den Thomas Mann einst die Grund-Torheit unseres Zeitalters nannte.

Demnach hat sich in letzter Zeit die Krisensituation, an der die Politische Bildung in unseren Schulen schon lange krankt, beträchtlich verschärft.

Ältere Gründe für das allgemeine Elend des politischen Unterrichts sind: die unorganischen, insbesondere für die Höheren Schulen, einseitig auf Institutionenkunde abgestellten ministeriellen Lehrpläne und nicht zuletzt die mangelhafte fachwissenschaftliche und didaktische Ausbildung der Lehrer.

Hinzu kommt, daß diese meistens ganz unreflektiert die bestehenden Herrschaftsverhältnisse akzeptierten und daher, bewußt oder unbewußt, versuchen, die Schüler auf den gesellschaftlichen Status quo festzuliegen. Wenn überhaupt Kritik am Bestehenden erlaubt und geübt wird, dann geschieht dies in der Regel nur aus der verkürzten Perspektive der ethnischen Minderheit und im Zusammenhang der nicht völlig befriedigenden Neufassung des Autonomiestatutes, wo sich „Paketler“ und „Anti-Paketler“ gegenüberstehen.

Dieser wahrhaft desolatre Zustand der Politischen Bildung an den Schulen Südtirols mit deutscher Unterrichtssprache, dessen Ausdruck übrigens ein recht dürftiger Informationsfluß hinsichtlich der großen nationalen und internationalen Probleme ist, hat zur notwendigen Folge, daß sich bei den Schülern in zunehmendem Maße politische Kopflosigkeit und Apathie verbreiten.

Die von der hiesigen Monopolpresse immer wieder nachdrücklich geforderte politische Abstrenz im Unterricht trägt gewiß nicht dazu bei, die Lehrer zu kontroversen Diskussionen politischen Inhalts mit den Schülern zu ermuntern und diese durch Einübung in die Vertretung verschiedener Standpunkte und Weltanschauungen zu kritischer und urteilsfähigen Staatsbürgern zu erziehen.

Kein Lehrer kann seinen Politikunterricht auf weltanschaulich und politisch unverbindliche Informationen beschränken, denn schon die Information als solche, da sie immer auf einen ziel- und zweckgerichteten Auswahlverfahren beruht, ist nie ganz von politischen bzw. ideologisch-weltanschaulichen Implikationen frei. Trotzdem kann der politische Unterricht einen



sachgerechten Prozeßcharakter haben; nur muß er den Schüler zu einer rationalen und kritischen Beurteilung des informativen Materials, der gesellschaftlichen Fakten und Ereignisse befähigen. Die bei uns übliche ethnozentrische und auf die Bedürfnisse des bäuerlichen und städtischen Mittelstandes zugeschnittene konservative bis reaktionäre Betrachtungsweise von Politik und Gesellschaft übersieht das im geschichtlichen Wandel der Gesellschaftsformationen begründete Recht auch zu tiefgreifenden Reformen, ja zu revolutionären Auf- und Umbrüchen. Im Namen des Alten und Bewährten wird bei uns immer noch eine Politische Bildung betrieben, die ein repressives Verhalten gegenüber politischen Minderheiten und Andersdenkenden der eigenen Volksgruppe rechtfertigt und

bejaht. Man ist bestrebt, die Jugend, in einem Geiste unaufgeklärter Irrationalität zu halten und sie emotional an die im volklichen Brauchtum verkörperten „ewigen“ Werte eines längst schon im Niedergang befindlichen Bauerntums zu binden. Die Südtiroler Jugend soll, anstatt sich in ihrem Schaffensdrang einer Verbesserung der menschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu widmen, um die Welt nach dem Richtmaß des Menschen zu verändern, in die sterile Statik eines mystifizierten Heimatkultes gepreßt werden.

Der emanzipatorische Charakter einer modernen, insbesondere der politischen Erziehung bringt jedoch mit sich, daß der Schüler mit den Anforderungen des heutigen Lebens vertraut gemacht und konfrontiert wird. Unser Rückstand auf dem Gebiet der Politischen Bildung kann nur aufgeholt werden, wenn unsere Lehrer ihre Orientierung nach einer weltabgewandten ethnozentrischen Schule und an einem antiquierten Wissensstand korrigieren zugunsten einer Weltoffenheit, die sie befähigt, die politischen und sozio-ökonomischen Probleme in ihrer ganzen Dimension und Tragweite zu erkennen und, wenn sie in Frage sind, davon dem Schüler ein Problembewußtsein zu vermitteln. Es kommt darauf an, daß der Schüler nicht „verschult“ wird und, während er die Schule besucht, bereits lernt, sich in der außerschulischen Welt zurechtzufinden und daher die Schule nicht als politischer Alphabet verläßt.

Der politische Unterricht muß die soziale Wirklichkeit so ausleuchten, daß ihre Grundstrukturen deutlich sichtbar werden. Denn nur dann läßt sich die entscheidende Frage beantworten, ob unser neo-kapitalistisches Gesellschaftssystem wirklich eine freiheitlich-demokratische Ordnung darstellt oder ob seine Mechanismen einer formalen pluralistischen politischen Demokratie einen systemimmanenten Herrschafts- und Repressionscharakter verschleiern und auf diese Weise beim Durchschnittsbürger ein falsches Bewußtsein der Freiheit erzeugen. Denn es dürfte schon zutreffen, wie Johannes Agnoli darlegt, daß „der heute so sehr in den Vordergrund gerückte Pluralismus der Distributionssphäre ... die Monopolisierung der Herrschaft auf der Produktionsebene und die antagonistischen Spannungen der gesellschaftlichen Polarität weitgehend unsichtbar“ macht.

In diesem Punkt hat der politische Unterricht eine zentrale Aufgabe zu erfüllen, die er jedoch nur sachgerecht lösen kann, wenn er die Analysen der verschiedenen Gesellschaftsformationen und sozialen Systeme mit wissenschaftlicher Gründlichkeit betreibt.



Erst dann wird ein fruchtbarer und einseitiger Vergleich zwischen bürgerlicher und sozialistischer Demokratie, zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus bzw. Kommunismus möglich, eine Systemkenntnis und ein Systemvergleich, ohne die politische Bildung unzulänglich bleiben muß.

Angesichts der weiträumigen Realität, die heute der Sozialismus darstellt (UdSSR, China, osteuropäische Staaten, Kuba, usw.) wird man von einem ernsthaften politischen Unterricht verlangen müssen, daß er den Sozialismus als eine neue politische Daseinsform anerkennt.

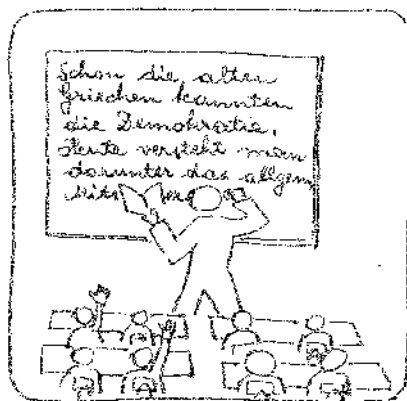
Sind erst einmal die gängigsten Vorurteile und Vorurteile ausgeräumt, die das Sozialismusbild trüben und die hauptsächlich auf eine liberalistische Interpretation des Freiheitsbegriffes zurückzuführen sind, werden tiefer schürfende soziale Analysen ergeben, daß das sozialistische System seinen Bürgern zwar einige bürgerliche Freiheiten schenkt, üben jedoch dafür die Ausübung wesentlicher sozialer Freiheitsrechte in einem Ausmaß gewährleistet, welches das kapitalistische System sprengen würde. Ein weiterer gewichtiger Unterschied ist, daß das sozialistische System seinen Bürgern einen ungleich höheren Grad von Moral und gesellschaftlicher Verantwortung abverlangt als die kapitalistische Demokratie.

Zum Verständnis des Sozialismus/Kommunismus ist weiters erforderlich, daß die Schüler objektiv mit den Grundlehren des Marxismus vertraut gemacht werden: „Erst wenn die humanistisch verfaßte Theorie von Karl Marx von der Ausbeutung und Selbstentfremdung des Menschen sowie von der Selbstbefreiung des Proletariats in ihrer vollen Würde dargestellt und gleichzeitig die düstere Folie des Kapitalismus, auf der diese Theorie entworfen wurde, verständlich gemacht wird, kann dem Sozialismus als Gesellschaftslehre Gerechtigkeit widerfahren; ebenso kann dann durch die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus der noch immer bestehende Gegensatz zwischen Theorie und Praxis des Sozialismus erklärt werden, der für den einzelnen Menschen im Ostblock zu einer persönlichen Belastung führt. Die Verhältnisse dürfen also nicht idealisiert werden, aber die sozialistischen Prämissen samt ihren Möglichkeiten zur ständigen Verbesserung der Verhältnisse müssen mehr als bisher in den Mittelpunkt des politischen Unterrichts rücken.“

Sind die Schüler dann gründlich über die soziale Wirklichkeit und die Lehren des Sozialismus informiert, können mit ihnen kontrovers-politische Versuche zur Einübung ihres staatsbürgerlichen Urteilsvermögens angestellt werden, wobei mit dem neugewonnenen Verständnishorizont die politische Entscheidung (auch vorläufig und mit Vorbehalten) beim Schüler für das eine oder andere System allmählich heraufzuziehen wird.

Es bleibt nur zu hoffen, daß der Rahmen für die Politische Bildung in der auf uns zukommenden Schulreform neu abgesteckt wird und daß der Lehrplan der Mittelschulen die notwendigen Korrekturen erfährt, der Lehrplan der Höheren Schulen hingegen eine völlig neue Gestalt gewinnt. Dabei geht es in erster Linie um eine Überwindung der antiquierten Konzeption, die den derzeitigen Stoffplänen für Politische Bildung (Educazione civica) zugrunde liegt.

In der Präambel des Lehrplanes der Mittelschule wird zwar zu Recht betont, daß die Politische Bildung ein fächerübergreifendes Unterrichts- und Erziehungsprinzip zu verstehen sei. Es



fehlen jedoch die Hinweise, wie dieses Prinzip in die Praxis des Unterrichts umgesetzt werden kann. Seine Durchführung muß allein schon daran scheitern, daß die Lehrer in keiner Weise auf eine solche Aufgabe vorbereitet sind und nicht das notwendige theoretische Rüstzeug mitbringen, um die soziopolitischen Zusammenhänge und Implikationen zu erkennen, die sich aus den einzelnen Fächern und ihrem Zusammenspiel ergeben. Am ehesten wird noch der Geschichtslehrer in stande sein, sein Fach auf die Politische Bildung hin auszurichten und es für diese fruchtbar zu machen. Doch wird auch er vor schier unüberwindlichen Schwierigkeiten stehen, wenn er nicht über einen soliden Grundstock von Kenntnissen und Erkenntnissen verfügt, welche die moderne Soziologie sowie die Rechts- und Sozialwissenschaften (der Marxismus eingeschlossen) erbracht haben.

Die Lehrpläne für Politische Bildung der Höheren Schulen sind fast ausschließlich auf die Staatsverfassung abgestellt, ohne jedoch der sozialen Wirklichkeit, in die der italienische Staat eingebettet ist, gerecht zu werden. Die ministeriellen Lehrplanelsteller scheinen nicht begriffen zu haben, daß gerade in Italien zwischen Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit eine große Kluft besteht und daß das harmonistische Menschen- und Gesellschaftsbild, welches hinter diesen Lehrplänen steht, eine bloße Fiktion ist, die über eine ganz anders geartete soziale Wirklichkeit hinwegtäuschen soll. Man wird daher Kurt Fischer

zustimmen müssen, der über den Lehrplan für Politische Bildung und über die Effektivität des politischen Unterrichts an den Höheren Schulen Italiens urteilt: „Das hintergründige Konzept für diesen Stoffplan dürfte wohl die naive Widerspiegelung des zentralistischen Staates und einer zur Harmonie tendierenden Gesellschaft sein, deren Bürger der Moralität, der Solidarität und der Kooperationsfähigkeit allein bedürfen, um optimale gesellschaftliche Verhältnisse zu schaffen. Die Schüler- und Studentenarbeiten der letzten Jahre widersprechen dem idyllischen Gesellschaftsbild und belegen zugleich die bisherige Ineffektivität von „politischem Unterricht“.“

Da nun ein effektiver politischer Unterricht weitgehend auch von den in den Schulen eingeführten Lern- und Arbeitsbüchern abhängt, möchte ich auf dieses wichtige Problem, soweit es unsere Höheren Schulen in Südtirol betrifft, näher eingehen.

Das an den meisten Höheren Schulen noch immer benutzte, von mir verfaßte Lehrbuch der „Staatsbürgerkunde“ genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr. Es ist veraltet und stellt nur noch einen Nothelfer dar. Die Einführung eines österreichischen oder bundesdeutschen Lehrbuches kommt schon deswegen nicht in Frage, weil die sozio-ökonomischen Verhältnisse in diesen Ländern kaum tiefere Gemeinsamkeiten mit denjenigen in Italien aufweisen.

„Das politische System Italiens“ (1970) von Klaus von Beyme dürfte derzeit das einzige in deutscher Sprache geschriebene Buch sein, das den Ansprüchen einer kritischen Schule einigermaßen entsprechen würde.

Ganz entschieden abratend möchte ich von einer Einführung des im Verlag Cotta 1974 erschienenen Arbeitsbuches für politische Bildung in Südtirol „Ordnung in Freiheit“ von Folic-Weiss-Hofer<sup>3</sup>, dessen didaktische Grundkonzeption und Teile des Inhalts auf der bundesdeutschen Ausgabe, die denselben Titel führt, beruhen.

Wer dieses Lern- und Arbeitsbuch durchblättert und sich in seinen Inhalt vertieft, fragt sich unwillkürlich, ob denn das Land „Südtirol“, für dessen Jugend es bestimmt ist, irgendwo in der BRD liegt, so sehr werden die politischen Grundordnungen (S. 102 ff.) und Ideologien (S. 197 ff.) von einer konservativ-bundesdeutschen Perspektive aus gesehen und beurteilt.

Offenbar wollen sich die von einer unzeitgemäßen Volkstumsideologie geblendeten Verfasser nicht so recht mit der Tatsache abfinden, wonach Südtirol, trotz seiner Autonomie, ein fester Bestandteil des italienischen Staates ist und in absehbarer Zukunft auch bleiben wird.

Lernlingen (für sie ist das Buch in erster Linie bestimmt) und Schülern wird ein „politisches“ Menü geboten, bestehend aus bundesdeutschen Klößen mit Tiroler Speck und Spaghetti als Nachtisch.



Es mag Sache des Geschmacks sein und es wird sicher Leute geben, die sich an einem solchen Manii begeistern. Wo aber bleibt da die politische Bildung? Abgesehen von geopolitischer Kuriosität, das in diesem Arbeitsbuch herrscht, fällt auf, daß die gegebenen Informationen, sofern sie überhaupt politisch relevant sind, immer wieder in pure Indoktrination abgibt. Gerade in den bedeutsamsten Fragen der Politik als Gestaltung des öffentlichen Lebens (S. 55 ff.) und der politischen Grundordnungen (S. 102 ff.) wird eine simplifizierende und gestimmungsbeffisene Schwarz-Weiß-Malerei betrieben, die einen Vergleich der Gesellschaftsformationen (Kapitalismus - Sozialismus/Kommunismus) zur Tave werden läßt: die Verfasser zeichnen einerseits ein Idealbild des Westens, namentlich der BRD, während sie andererseits die sozialistischen Staaten mit der DDR als Prototyp diffamieren. Die Absicht ist klar: Der Schüler soll emotional aufgeladen und zum Antisozialisten bzw. Antikommunisten erzogen werden.

Mit dem Antikommunismus maschen sich die Verfasser jene bundesdeutsche Staatsideologie zu eigen, „die in der Adenauer-Periode alle Poren der Gesellschaft durchdrang“ und die im Zeichen des Kalten Krieges „in allen Ländern... zur zentralen Ideologie der kapitalistischen Restauration und ihrer neuen Form der stets intensiveren Verschmelzung der Staatsmacht mit den riesigen Gebilden des Monopolkapitalismus“ geworden war?

Was Wunder also, wenn aus der Mottenkiste des Kalten Krieges auch der in der Politikwissenschaft nun schon obsolet gewordene Totalitarismusbegriff hervorgeholt wird, um völlig undifferenziert Faschismus, Nationalsozialismus, Sozialismus und Kommunismus in ein und denselben Topf zu werfen (S. 113 ff.).

Mit einer solchen, in die Nähe des kriminellen Nazi-Faschismus gerückten Sozialismus-Kommunismus-Konzeption, will man offenbar die Schüler auch gegen den „demokratischen“ Sozialismus einnehmen, denn die meisten sozialistischen Parteien Westeuropas verpflichtet sind.

Die „pluralistische Gesellschaftsform“ (S. 96 ff.) wird mit der „marktsozialistischen Gesellschaftsordnung“ (S. 99 ff.) nur an Hand der Modelle BRD-DDR verglichen. Dabei identifizieren die Verfasser den Verfassungsauftrag des Grundgesetzes der BRD geradezu mit der bundesdeutschen Wirklichkeit, was eine Parteinahme für den sozialen Status quo und gegen den gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet. Hingegen wird am Beispiel der DDR zwischen sozialistischer Verfassungsnorm und sozialistischer bzw. kommunistischer Wirklichkeit eine unüberbrückbare Kluft konstruiert. Das so gewonnene makabre DDR-BRD dient den Verfassern als willkommene Folie, um dem Sozialismus (Kommunismus) den Garau zu machen.

So zieht sich eine sozialismus- und arbeiterfeindliche Tendenz wie ein roter Faden durch das ganze Unterrichts-werk, ein signifikanter Tatbestand, der tuschender nachgewiesen werden kann.

Hier muß ich mich, aus Raumgründen, mit einigen Hinweisen begnügen: z. B. werden Lehrende und Schüler über ihre wirklichen Rollen, Positionen und Probleme am Arbeitsplatz, im Betrieb und in der Schule überhaupt nicht „informiert“, vielmehr werden ihnen aus der ideologischen Sicht der Verfasser eine hierarchisch-autoritär strukturierte „Betriebsgemeinschaft“ (S. 43 ff.) und „Schulgemeinschaft“ (S. 32 ff.) suggeriert, wo es wohl ab und zu kleinere Pannen geben mag, im allgemeinen jedoch alles wie am Schnitzbrett und zur Zufriedenheit aller Beteiligten läuft. Daß in der pluralistisch verfaßten Gesellschaft des organisierten Kapitalismus da und dort soziale Spannungen und Konflikte auftreten, wird zwar angedeutet (S. 20 ff.), ihr Grundwiderspruch, der Widerspruch nämlich zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Aneignung sowie der hieraus sich ergebende Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit bleiben jedoch bezeichnenderweise unerwähnt. Anstatt dessen wird der grundsätzliche Kompromißcharakter aller sozialen Konflikte nachdrücklich betont, was zu deren Verharmlosung und Entschärfung zum Nachteil der Lohnabhängigen führen muß. Somit wird das kapitalistische System keins Augenblick in Frage gestellt. Im Gegenteil: es wird

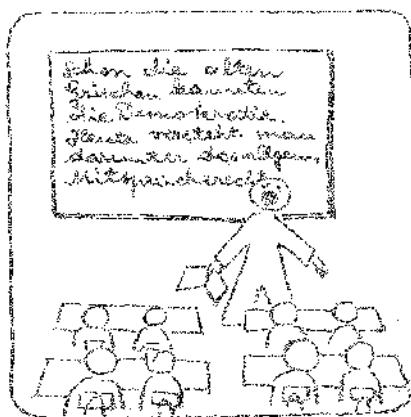
einem vernünftigen System von „checks and balances“ gewahrleistet“).

In ihrer Informationsangeboten über die politische Willensbildung durch die Parteien, Interessensverbände und Gewerkschaften (S. 61 ff.) lassen sich die Verfasser so stark von ihrer ethnisch-völkischen Ideologie, des „Lynxismus“ (Josef Schmid) leiten, daß dabei alles „Italienische“ einfach ausgeklammert wird. Die Folge davon ist, daß die gesamtgesellschaftlichen Probleme in ihrer Bedeutung für Südtirol nicht erkannt werden und daher unter dem Tisch fallen. Dafür werden Südtiroler Lappalien breitgetreten und eine selbstgefällige Stimmungsmache für die SVP und ihre Verbände, einschließlich des ASGB, betrieben. Um sich des Anschein der Objektivität zu geben, werden die Programme aller deutschen Südtiroler Parteien, angefangen von der SVP bis zu den kleinsten Oppositionsparteien, wiedergegeben, während die großen „italienischen“ Parteien im Kleindruck und mit wenigen Zeilen abgetan werden (S. 64 ff.).

Dasselbe Schicksal widerfährt den Gewerkschaftsverbänden AGB/CGIL, CISL und UIL, die, obwohl in Italien nicht wenige Südtiroler organisiert sind, „italienisch“ gescholten und abgeduldet werden, nachdem „die Vorbereitung der Südtiroler Arbeitnehmer durch die italienischen Gewerkschaften und die Notwendigkeit einer echten Vertretung der Südtiroler Arbeiterschaft“ zur Gründung des Autonomen Südtiroler Gewerkschaftsbundes (1964) geführt habe (S. 81). Demnach sprechen natürlich alle Gründe „für das Bestehen einer Gewerkschaft, in der nur Südtiroler Arbeiter organisiert sind“, so daß hier eine Alternative gar nicht mehr zur Diskussion gestellt werden brauche, da die Frage im vornherein schon beantwortet ist (S. 82).

Recht aufschreißend über den Standpunkt, den die Verfasser zur Arbeiterbewegung einnehmen, ist ihre Behandlung des Streikrechts. Sie erblicken im Streik „das letzte Mittel, um gewerkschaftliche Forderungen durchzusetzen“ (S. 78), machen aber kein Hehl daraus, daß sie dem Streik, wie er von den „italienischen“ Gewerkschaften gehandhabt wird, ablehnen. Sie glauben mit Nachdruck hervorzuheben zu müssen, daß „Streiken ein Recht, aber nicht eine Pflicht“ (S. 79) sei und daß „Arbeitswillige (sogenannte Streikbrecher)... nicht an der Arbeit gehindert werden“ dürfen (S. 79). Für die Streikbrecher bzw. für die „Arbeitswilligen“ wird Art. 4 der Verfassung in Anspruch genommen, der besagt: „Die Republik erkennt allen Staatsbürgern das Recht auf Arbeit zu und fördert die Bedingungen, durch welche dieses Recht verwirklicht werden kann“ (S. 80).

Hier dürfte eine Fehlinterpretation vorliegen, denn im zitierten Verfassungsartikel ist wohl das grundsätzliche Recht auf Arbeit, also auf einen sicheren Arbeitsplatz, gemeint, ein Recht, das durch den Streik verletzt wird!



noch zusätzlich untermauert, indem auf die Bereitschaft des einzelnen und der Gruppen gedrungen wird, „sich in den Konflikten um die Durchsetzung ihrer Interessen an die Spielregeln zu halten“ (S. 27).

Hier wird eine Art Chancengleichheit in der Durchsetzung von Einzel- und Gruppeninteressen vorgefälscht, während es sich in Wirklichkeit bei der kanalisierenden Donkfigur „Spökregel“ und der mit dieser zusammenhängenden Rückzugsformel „Kompromiß“ um eine abgenutzte liberale Tugendlehre handelt, die besagt, daß „das kapitalistische System durch das geregelte Neben-, Mit- und Gegeneinander gleichmächtiger Gruppen bestimmt“ sei, „die das gesellschaftliche Gleichgewicht in

Zur Belehrung und Abschreckung der Lehrlinge und Schüler wird auf den „Streikkalender“ der „Dofortiten“ und auf die „erschreckende Streikbilanz“ derselben Zeitung verwiesen.

Das konservative Engagement der Verfasser spitzt sich nicht nur in ihrer Darstellungsweise des Sozialismus und der Arbeiterprobleme reaktionär zu, sondern wird ebenso, vielleicht noch augenfälliger, in ihrer „Information“ zur Geschichte Tirols sichtbar (Vgl. S. 122 ff.). Nur zwei „Fakten“ seien zum Zwecke der Exemplifizierung herausgegriffen: Während für die Verfasser der „ewige Bund mit dem allerheiligsten Herzen Jesu“ (S. 124) ein so zentrales Ereignis der Tiroler Geschichte zu sein scheint, daß es unter „Wir merken uns“ den Schülern noch einmal eingebläut wird, klafft zwischen dem Landtibel von 1511 und der Landesordnung von 1532 eine Lücke, als hätte sich in dieser Zeit nichts Nennenswertes ereignet.

Man unterschlug hier den Tiroler Bauernkrieg von 1525 und die Gestalt des Bauernführers Michael Gaismaier offenbar mit der Absicht, vor Lehrlingen und geschichtsunkundigen Schülern die revolutionären Traditio-

nen Tirols abzuwerten oder überhaupt zu verknäpeln.

Einen deutlichen Mangel an Augenmaß zeigen die Verfasser in der uneinheitlichen und lückenhaften Darstellung des politischen Systems Italiens: Es bleibt im Dunkeln, von welchen politischen Kräften unsere Republik getragen wird und vor welchen großen Problemen das italienische Volk, die Südtiroler eingeschlossen, heute steht.

Joseph Torggler

#### Anmerkungen

- 1) Agnoli, J. und Brückner, P.: Die Transformation der Demokratie, Frankfurt 1968, S. 24;
- 2) Gamm, Hans-Jochen: Kritische Schule — Eine Streitschrift für die Emanzipation von Lehrern und Schülern, München 1970, S. 66 f.;
- 3) Fischer, Kurt Gerbard: Italien — Fakten, Analysen, Tendenzen des Bildungswesens, München 1970, S. 96;
- 4) Torggler, Josef: Staatsbürgerkunde für die Oberstufe der Mittelschulen, Bozen 1963 und 1966;
- 5) Beyme, Klaus von: Das politische System Italiens, Stuttgart 1970;
- 6) Folie-Weiß-Hofer: Ordnung in Frei-

heit — Arbeitsbuch für politische Bildung in Südtirol, Bad Homburg v.d.H. 1974;

- 7) Abendroth, Wolfgang: „Zur Rolle des Antikommunismus heute“ in: Das Argument (87), Berlin 1974, S. 640 f.;
- 8) Wailraven, Klaus u. Eckard Dietrich: Politische Pädagogik — Aus dem Vokabular der Anpassung, 2. Aufl., München 1971, S. 58;
- 9) Auf den Inhalt dieser Programme kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. hierzu Alton Christian und Platzgummer Herbert: Vergleich der Programme der Südtiroler Parteien, in: SKOLAST, 18. Jg., Nr. 4, Bozen 1973, S. 1—8. Die Verfasser kommen aufgrund ihrer Untersuchung zum Schluß, daß „das Festhalten aller Parteien an der Idee der Volksgruppe — der Mangel, sich irgendwie konstruktiv im Rahmen der Republik einzurichten und für ein Gemeinwesen einen Beitrag zu leisten, dessen Schicksal auch das Schicksal der Provinz Bozen sein wird“, der Grundfehler aller Programme sei. Wenn dies zutrifft — und es trifft zu — dann steht die politische Bildung in Südtirol vor einer schwer zu bewältigenden Aufgabe.

Die Sparkasse der Provinz Bozen schreibt für das Studienjahr 1974/75 einen Wettbewerb zur Vergabe von Dissertantenbeihilfen aus. Es werden 10 Beihilfen einmalig gewährt, wobei jede Beihilfe mit 250.000 Lira bemessen ist. Die Beihilfen sind jenen Hochschülern vorbehalten, die bei der Erstellung ihrer Dissertation sind und ohne Beihilfe ihre Arbeit aus finanziellen Gründen nur schwer fortsetzen können.

Hochschülern, die in Österreich oder Deutschland inskribiert sind, wird die Beihilfe ab dem 9. Semester gewährt, vorausgesetzt, daß alle Vorprüfungen im 8. Semester abgelegt worden sind.

Hochschülern, die in Italien studieren, wird die Beihilfe ab dem 5. Studienjahr gewährt, vorausgesetzt, daß nicht mehr als vier Prüfungen zur „Laurea“ fehlen.

Die Gesuche und die entsprechenden Unterlagen werden von drei Vertretern der Südtiroler Hochschülerschaft und drei Vertretern des Südtiroler Kulturinstitutes überprüft. Diese Kommission schlägt auch die Kandidaten, denen die Beihilfe gewährt werden soll, der Sparkasse der Provinz Bozen vor, welche dann die Beihilfen nach eigenem Ermessen vergibt.

Die Gesuche müssen innerhalb 15. März 1975 an das Sekretariat der Südtiroler Hochschülerschaft, 39100 Bozen, Waltherhaus, gesandt werden. Die Gesuche sind an die Sparkasse der Provinz Bozen, 39100 Bozen, Sparkassestraße 12 b zu richten und mit folgenden Unterlagen zu belegen:

1. Erklärung der Gemeinde über das besteuerbare Nettoeinkommen der Familie
2. Familienbogen mit Sichtvermerk des Bezirksteueramtes
3. Erklärungen
  - a) über laufende Stipendien
  - b) besondere Bedürftigkeit
  - c) Beschreibung der Doktorarbeit
4. Prüfungsbestätigungen
5. Bestätigung des Professors über das Dissertationsthema
6. Aufstellung der erforderlichen Sonderausgaben
7. Alle weiteren Dokumente, die vom Bewerber für die günstige Beurteilung seiner Situation als nützlich erachtet werden.

## Dissertantenbeihilfe für das Akademische Jahr 1974/75

# Resozialisierung in Südtirol: eine Initiative

## Informationen und Gedanken über das erste Resozialisierungshaus in Bozen

Am 10. November 1974 hat das „Sozialpädagogische Jugendwohnheim“ am Dominkanerplatz Nr. 9 in Bozen seine Funktion und Tätigkeit aufgenommen. Das besagte Gebäude wurde in Miete genommen und mit Geldern der Südtiroler Landesregierung und in dankenswerter Weise auch mit einem Beitrag der Sparkasse der Provinz Bozen zweckförmlich renoviert und eingerichtet.

Aufgabe dieses Hauses ist die Betreuung von dissozialen Jugendlichen Südtirols, und zwar sind es ausschließlich männliche deutschsprachige Jugendliche im Alter von 14 bis 18 Jahren. Dazu einige Informationen.

In Italien obliegt die Betreuung von straffähredeten bzw. straffällig gewordenen Jugendlichen dem Justizministerium (1). Dessen Organe auf regionaler Ebene sind das Jugendamt und das Jugendgericht (zuständig für die Provinz Bozen ist also Trient). Das Jugendamt versteht sich als Betreuungsstelle und fungiert außerdem als Beratungsorgan für das Jugendgericht. Wenn ein Jugendlicher „auffällig“ wird, schaltet sich — nach Möglichkeit — das Jugendamt ein. Bei Straffälligkeit kommt der Jugendliche vor das Jugendgericht. Die äußerste Maßnahme dieses Gerichtes heißt Erziehungsheim bzw. Jugendgefängnis. Da es einerseits in Südtirol solche Institutionen (glücklicherweise!) nicht gibt und es sich andererseits gezeigt hat, daß die nächstliegenden Institutionen dieser Art (z. B. in Treviso, Venedig) sich für deutschsprachige Jugendliche als noch untragbarer erweisen als sie es ohnehin schon sind, sah man die Notwendigkeit einer eigenen Einrichtung für und in Südtirol selbst. Die Realisierung dieser Vorstufung wurde besonders vom Sozialassistenten Johann Lanz vorangetrieben, der bei der Bozner Zweigstelle des Jugendamtes vorwiegend für die deutschsprachigen Jugendlichen zuständig ist. Die Landesregierung, vorab Frau Landesrat Geberl-Deeg, hat diese Idee begrüßt und, wie bereits erwähnt, die nötigen Vorbereitungen ermöglicht.

Zur Zeit beherbergt das Jugendwohnheim 6 Jugendliche. Zwei weitere sollen demnächst dazukommen. Es handelt sich hier schwerpunktmäßig um psychisch gestörte junge Menschen, also um Verwahrloste oder Dissoziale (die Korrektheit oder Unkorrektheit der Fachausdrücke kann hier nicht abgeklärt werden). Ausgenommen sind körperlich oder geistig Behinderte. Alle Jugendlichen, die hier wohnen, sind bereits schwer „auffällig“ geworden, ein Großteil davon hat schon einen oder mehr Prozesse hinter sich. Die Einweisung in das Jugendwohnheim erfolgt, nach Absprache und Beratung mit dem Jugendamt, immer mit Verordnung des Jugendgerichtes. Der Grund für die Altersabgrenzung ist im italienischen Jugendgesetz zu suchen: danach geht die Minderjährigkeit vom 14. bis zum 18. Lebensjahr.

### Trägerschaft, Struktur, Personal

Im Jahre 1955 gründete eine Gruppe von Fachleuten und Interessenten auf dem Gebiet der Jugenddissozialität die „Associazione Nazionale Focolari“ (ANF). Triebfeder für diese Gründung war die Einsicht in die Notwendigkeit einer Resozialisierungsalternative zu den überholten traditionellen Strukturen und Methoden der staatlichen Resozialisierungsarbeit. Die Vorstellung der ANF war, familienähnliche Kleinheime (focolare = Herd!) zu schaffen, um einerseits dem strikten üblichen Massenbetrieb vorzubeugen und andererseits den betroffenen Jugendlichen eine echte Alternative zu bieten: eine Kleingruppe mit der Möglichkeit individueller Betreuung und natürlicherer Lebensbedingungen (unter anderem und vorwiegend minimale gesellschaftliche Isolierung!). Die ANF ist also ein privater Verein, aber vom Justizministerium anerkannt, und zwar so, daß das Ministerium über die ANF für jedes dieser Kleinheime eine ausgemachte Summe zahlt, die den Großteil der Führungskosten zu decken vermag. Der Rest wird mit anderen Beiträgen bestritten, z. B. von der betreffenden Region oder Provinz, in der sich das Heim befindet. Verständlicherweise bedient sich auch Südtirol dieser Struktur, solange die diesbezügliche Kompetenz beim Ministerium verbleibt. Daher untersteht auch das „focolare“ von Bozen der ANF. Effektiv bringt das wohl Probleme bürokratischer Art mit sich, hausintern jedoch kann ganz eigenständig gearbeitet werden, mit anderen Worten, die eigentliche Erziehungsarbeit hängt sehr weitgehend vom jeweiligen Erzieherteam ab.

Dieses Heim darf 12 bis maximal 15 Jugendliche aufnehmen. Im Durchschnitt sind es etwa 8 bis 10, eine Zahl, die auch vom gruppenpsychologischen Aspekt her als richtig bewertet wird. Rein äußerlich gesehen könnte sich dieses Haus mit einem kleineren Lehrlingsheim vergleichen: es ist ein offenes Heim. Die Jugendlichen finden hier Wohnung und Verpflegung. Sie arbeiten „draußen“ in den diversen Arbeits- und Berufsbereichen. Ihre Freizeit können sie im Haus oder außerhalb verbringen. Abends sind sie zu einer bestimmten Zeit wieder im Haus. Es gibt

Ein- bzw. Zweibettzimmer, im Parterre steht ein größerer Aufenthaltsraum zur Verfügung (für Fernsehen, Musik, Spiele und Lotterhaltung).

Gegenwärtig wird die Führung und Betreuung von 3 hauptamtlichen Erziehern (1 Dame, 2 Herren) wahrgenommen. Auf die Bedeutung der weiblichen Erziehungsperson in einer solchen Institution braucht an dieser Stelle nicht näher eingegangen zu werden. Einer der Erzieher ist der offizielle Leiter (z. B. für alltägliche Vertretung nach außen), im übrigen aber wird im Team gearbeitet. Echtes Funktionieren dieses Teams ist ohnehin die wichtigste Voraussetzung und beste Garantie für eine erfolgreiche Arbeit. Es versteht sich, daß die Erzieher gemeinsam mit den Jugendlichen im Heim wohnen und leben. Natürlich haben sie — im Heim selbst — ihre ungestörte private Wohnmöglichkeit.

Eine Frau als Hausangestellte versorgt Küche, Wäsche und Hausreinigung. Sie wohnt im Heim und nimmt wie alle anderen Anteil am Leben der Gemeinschaft.

### Erziehungsarbeit: Methode und Ziel

Schon mehrmals wurden wir gefragt, was drei Erzieher den ganzen Tag zu tun haben, wenn nur so wenige Jugendliche da sind. Es darf ein (sicher hinkender!) Vergleich gewagt werden: Kann eine Mutter, die ein Kleinkind zu hegen und zu pflegen hat (mitinbegriffen natürlich die Versorgung des Haushalts), erschöpfend und für Außenstehende gläubwürdig aufzählen, was sie den ganzen Tag zu tun hat? Es sei nur angedeutet, daß man Bedeutung und Auswirkung funktionaler Erziehungsarbeit weder erschöpfend beschreiben noch viel weniger messen kann. Die Arbeit hier im Jugendwohnheim ist unserer Ansicht nach in gewisser Hinsicht ähnlich. Da zu ein paar Ausführungen.

Die Gesamtstruktur dieses Heimes deutet auf Ziel und Zweck des Hauses hin: es soll den Jugendlichen nicht nur Wohnung und Verpflegung, sondern auch einen „heilpädagogischen Lebensraum“ bieten. Was bedeutet das? Die eigentliche, tiefere Not hinter den äußeren Symptomen dieser Jugendlichen ist weitgehend charakterisiert durch Gefühle der Ungenugbarkeit, Unsicherheit, Orientierungslosigkeit, durch tief verworzeltes Mißtrauen besonders den Erwachsenen gegenüber (ihre nächsten Erwachsenen sind bzw. waren ihre eigenen Eltern!). Sie können sich selber weder verste-

nen noch sich akzeptieren und liebten sich noch weniger von Seiten der Erwachsenen angenommen oder verstanden. Ausgeglichenheit, Gefühlsreife, Pluralität und differenzierte Wertorientierung, allgemeine Entfaltungsgedächtnis, niedrige Frustrationstoleranz, wenig Durchsetzungsvermögen — das sind sehr häufig beobachtbare Aspekte. Wenn man einen Blick in die Lebensgeschichte, besonders in die Kindheit, dieser jungen Menschen wirft, dann muß man fast durchgehend tragische und tragische Verhältnisse in ihrem Werdegang registrieren.

Dies, nur grob skizziert, ist die verborgene Not, der die Resozialisierungsmaßnahmen begegnen müßten. „Heim“ muß also hier im ursprünglichen Sinn des Wortes verstanden werden dürfen, d.h. sich wirklich „dabei“ fühlen können. Das Heim sollte diesen Jugendlichen wenigstens zu einem Bruchteil die Familie ersetzen: sie brauchen Geborgenheit, verständnisvolle Hilfestellung bei ihren Problemen und Schwierigkeiten; sie brauchen eine Umgebung, in der sie sich angenommen fühlen. In der sie wertvolle Erfahrungen machen und neue Verhaltensrouten lernen können; sie brauchen vor allem Menschen, die nicht dauernd herumhängeln, vorurteilen und moralisieren, sondern vielmehr ermuntern, ermutigen und bestätigen; kurz gesagt: sie brauchen unbefangene Menschen, die — einfach einmal — auch für sie ganz einfach da sind, mit ihnen leben und sie so ein Stück weit begleiten!

Über alles fordert die Erzieher stark heraus: sie müssen die Jugendlichen, wie sie sind, innerlich akzeptieren können; sie müssen eine gewöhnliche und wohlwollende Atmosphäre schaffen können, was eben nur aus einer lockerer Einstellung heraus gelingen kann; sie müssen großes Verständnis und viel Geduld aufbringen können. Was nämlich während der ganzen Kindheit und Jugend „geschädigt“ wurde, kann nicht in einigen Monaten wieder „geheilt“ werden.

Diese Anforderungen sollten klar gemacht haben, daß sich der Großteil solcher Erziehungsarbeit sehr unscheinbar vollzieht. Einige Schwerpunkte dieser Arbeit können etwa wie folgt bezeichnet werden:

- Die Erzieher leben mit den Jugendlichen mit (Familienähnlichkeit, teilweiser Familienersatz).
- Dieses tägliche Mitleben (Dauerersatz der Mutter) ermöglicht eine funktionale Erziehungsarbeit: die begleitende Hilfe und Stütze, die so den Jugendlichen für ihre Lebensbewältigung geboten werden kann, ist stets lebensnah und konkret, weil an den jeweils auftauchenden typischen Problemen angeknüpft werden kann.
- Die Gewährung eines angemessenen Freiheitsmaßes und das Angebot natürlicher Lebensbedingungen im und außer Haus sollen die diskriminierende gesellschaftliche Isolierung und die Erzeugung künstlicher Le-

benegewohnheiten und Ordnungsvormen vermindern helfen.

Die Erziehungskräfte der „Gruppe“ können in einer Situation, wie sie hier gegeben ist, optimal verwertet werden.

- Die am ehesten notwendige individuelle Betreuung wird möglich gemacht, weil die Zahl der Jugendlichen klein bleibt (familienähnliche Übersicht).
- Über allem aber steht die Bemühung, diesen im Leben zu kurz gekommenen Jugendlichen eine Atmosphäre des Wohlwollens und echter Annahme zu bieten. Denn das ist eine der lebenswichtigsten Erfahrungen, die die meisten von ihnen kaum oder nie erleben dürfen.

Das Ziel dieser Resozialisierungsarbeit sehen wir in der Erreichung einer individuell genügend tragfähigen Gemeinschafts- und Arbeitsfähigkeit. Anders ausgedrückt: Wenn junge Menschen, die — soziogenetisch bedingt — schwere und zum Teil fast unseparable psychische Störungen und Charakterschäden erlitten haben, mit entsprechender Erziehungshilfe noch so weit nach bzw. umzogen werden können, daß sie sich dann in ihrem eigenen Leben doch wenigstens schlecht und recht „durchzuschlagen“ vermögen, müßte man fast zufrieden sein. Es ist zwar wenig, jedoch gemessen an dem bisweilen nahezu hoffnungslosen „status quo“, bedeutet es dennoch einen großen Schritt nach vorne.

## Schlußüberlegungen

Es kann an einer derartigen Institution so manches anzusetzen sein. Davon sind wir auch überzeugt. Zwei Tatsachen jedoch müssen positiv bewertet werden: erstens daß auf diesem Gebiet eine konkrete Initiative gestartet wurde, und zweitens daß ein Kleinheim dieser Art effektiver als die traditionellen großen Erziehungshäuser zu arbeiten vermag. Es ist klar, daß dieser Schritt nur einen Tropfen auf dem heißen Stein bedeutet. Weiters muß erwähnt werden, daß auch diese Institution in Bürokratisierung und Institutionalisierung verwickelt ist. Ferner sind der Polizeiapparat und so manche Publikationsmittel für unsere Arbeit alles eher als eine Stütze. Gesellschaftliche Vorurteile disziplinierter Jugendlichen gegenüber erschweren in bestimmten Bereichen unsere Bemühungen beträchtlich. Es fehlen in Südtirol (völlig) die Therapeuten verschiedener Orientierung, die man bei einer Arbeit dieser Art brauchen würde: als begleitende Supervision für die Erzieher selbst und für die fallweise notwendigen Therapieangebote.

Ein Stück weit spüren wir daher bei unserem Einsatz leider eine gewisse Ohnmacht. Der Anfang im Bereich dieser Jugendhilfe ist jedoch gemacht. Und der Auftrag, es besser zu machen, ergeht an uns alle.

Für das Erziehungsteam  
Johann Miribung

## Staatsprüfungen 1975

Am 14. April bzw. am 17. November 1975 beginnt die erste bzw. zweite Session der Staatsprüfung 1975 (Esami di Stato di abilitazione all'esercizio professionale). Die Gesuche um Teilnahme sind innerhalb 29. März bzw. 25. Oktober 1975 an die gewünschte Universität einzureichen.

Dem Gesuch sind folgende Dokumente beizufügen:

- Original-Diplom oder notariell beglaubigte Kopie
- Bescheinigung der Universität, an der das Doktorat gemacht wurde, daß der Kandidat noch nie zur Staatsprüfung angetreten ist
- Einzahlungsbefreiung der Prüfungsgebühren in Höhe von 6.000 Lire
- Einzahlungsbefreiung über den Betrag von 3.000 Lire, der an das Ökonamat der Universität einzuzahlen ist.

Kandidaten für die Staatsprüfung in Medizin und Veterinärmedizin müssen außerdem eine Bestätigung über die abgelegte sechsmonatige Praxis belegen. An folgenden Universitäten kann die Staatsprüfung in deutscher Sprache abgelegt werden:

Handelswissenschaften und Architektur: Venedig; Versicherungsmathematik und Statistik: Rom; Land- und Forstwirtschaft: Florenz; Medizin, Chemie, Pharmazie, Technik, Veterinärmedizin: Bologna.

Die genaue Ausschreibung (Gazzetta Ufficiale Nr. 24 vom 25.1.1975) kann im Sekretariat der Südtiroler Hochschülerenschaft eingesehen werden.

# Liebe Mutter, mir geht es gut (nach Ziewer)

## Betrachtungen über das Lehrlingswesen in Südtirol

„Liebe Mutter, mir geht es gut“ ist der etwas zweideutige, jedoch vielsagende Titel eines Streifens, in dem der deutsche Regisseur Ziewer in anschaulicher Weise die Lage des Industriearbeiters in der BRD beschreibt. Trotz Entfremdung am Arbeitsplatz, trotz drohender Entlassung, weil er bei der Gewerkschaft ist, teilt er seiner Mutter in seinem ersten Brief mit, ihm gehe es gut. Er hat es so gelernt. Unter demselben Titel könnte man einen Film über die Lage der Lehrlinge in Südtirol und anderswo drehen. Wie sie sich in Südtirol darstellt, hat eine Studentengruppe vor kurzem untersucht. Der Skolast veröffentlicht die Ergebnisse auszugsweise in Fortsetzungen.

### 1. Teil

Während ca. 30% der deutschsprachigen Mittelschulabsolventen Südtirols an einer Oberschule weiterstudieren, gehen die übrigen 70% der deutschen Jugendlichen Südtirols in die Lehre (hier oder ins Ausland) oder werden in den heimischen Produktionsprozeß (Familienbetrieb) eingegliedert.

In der vorliegenden Untersuchung wollen wir die Problematik des Lehrlings darlegen, wie sie sich aus einer wirtschaftspolitischen Studie Südtirols und aus einer großangelegten Meinungsumfrage der Basisgruppe Padua unter 2608 Lehrlingen ergeben hat. Zum besseren Verständnis des Problems wollen wir also eine skizzenhafte Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung Südtirols im vergangenen Jahrzehnt (1960—1972) vorausschicken. Nachdem wir uns aber bewußt sind, daß die derzeitige wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage der Südtiroler Lehrlinge nicht durch akkurate wissenschaftliche Analysen und Diskussionen verändert wird, verstehen wir den vorliegenden Text vorwiegend als elementare Information für alle jene, welche die zwingende Notwendigkeit eines unmittelbaren organisierten Einsatzes für den zahlenmäßig größeren und wirtschaftlich schwächeren Teil der Südtiroler Jugendlichen einsehen.

#### 1. Südtirols Landwirtschaft

Im Zeitraum 1961/70 ist die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe um 6,5% gesunken, während die bewirtschaftete Fläche bloß um 0,4% zurückgegangen ist. Dem entspricht ein Zuwachs der durchschnittlichen Betriebsgröße von 6,5%. Die durchschnittliche liegt zwischen 2 und 3 ha. Dabei liegt die wirkliche Betriebsgröße der meisten Intensivkulturen an der Talsohle sowie der meisten Bergbauernhöfe beträchtlich unter diesem Wert. Der Durchschnitt von 2 bis 3 ha wird vor allem durch die anscheinliche Ausdehnung einiger Großgrundbesitze sowie durch die verhältnismäßig weitgedehnte, aber wenig fruchtbare Fläche mancher Bergbauernbetriebe angehoben.

Während die Verteilung der bewirtschafteten Fläche zwischen direkter Betriebsführung (Klein- und Mittelbetriebe) und Führung mittels Pacht und Landarbeiter (Großbetriebe) ungefähr

bei jeweils 50% liegt, machen die Klein- und Mittelbetriebe ganze 89%, die Großbetriebe bloß 8% der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe aus. Dementsprechend stellt die durchschnittliche Betriebsgröße der Klein- und Mittelbetriebe rund 1/10 der durchschnittlichen Betriebsgröße der Großbetriebe dar.

Die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist im Zeitraum 1961/70 von 30,6% auf 20,6% der insgesamt Beschäftigten gesunken. Das entspricht einem Rückgang von 67%. Obwohl im Jahre 1972 noch 31.500 der insgesamt 155.000 Beschäftigten der Provinz Bozen in der Landwirtschaft tätig waren (=20,03%), machte das Jahresprodukt dieses Sektors bloß 8,6% der Gesamtproduktion der Provinz Bozen aus. Einer jahresdurchschnittlichen Wertschöpfung von 2.885.000 Lire pro Beschäftigten stand eine Prokopf-Wertschöpfung von 1.292.000 Lire in der Landwirtschaft gegenüber.

Fassen wir kurz zusammen:

— Südtirols Landwirtschaft weist eine geringe Produktivität auf. Schuld daran ist die oben erwähnte Besitzverteilung, welche eine gezielte Rationalisierung (nicht im Sinne Manoholts!) und eine gerechte Verteilung des Gewinnes verhindert. Außerdem verbirgt der hohe Prozentsatz der in der Landwirtschaft Beschäftigten eine seasonsbedingte, latente Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung vieler landwirtschaftlicher Familienbetriebe.

— Man bemerkt eine langsame, aber konstante Konzentration der landwirtschaftlichen Betriebe in den Händen von immer weniger Großgrundbesitzern. Wie in der Optionszeit die Kleinbesitzer leichter nach Österreich auswanderten, weil sie eben weniger zu verlieren hatten, so scheiden sie auch heute bei einer sektoriellen Krise leichter aus dem betroffenen Produktionssektor aus, um in einem anderen Wirtschaftszweig oder wiederum in der Auswanderung (diesmal ökonomisch, nicht politisch motiviert) ihr Glück zu versuchen. Auf diese Weise konzentriert sich der landwirtschaftliche Besitz langsam, aber sicher in den Händen von immer weniger und

immer größer werdenden Großgrundbesitzern.

Die weitere Auswertung der dargelegten Daten wollen wir vormals dem Leser selbst überlassen. Wir wollen hier nur kurz darauf hinweisen, daß ein Großteil der aus der Landwirtschaft „freiwerdenden“ jugendlichen Arbeitskräfte in die Lehre geht, falls er nicht in die Saison geht oder auswandert, denn:

— Aus der Landwirtschaft scheiden Klein- und nicht Großbetriebe aus. Kinder von Kleinbauern, Pächtern, Halbpächtern und Landarbeitern können sich den Besuch der Oberschule und vor allem der Universität nicht leisten, überhaupt solange die SVP gegen die Errichtung einer solchen in Bozen ankämpft. Der Grund besteht nicht bloß in den hohen Schulkosten an sich, sondern auch in der Tatsache, daß viele Familien auf den frühzeitigen produktiven Einsatz ihrer Kinder angewiesen sind!

— Die Arbeitsplätze für unqualifizierte und angelernte Arbeiter in Südtirols Industrie sind wenige und unsicher. Siehe die Beispiele von Euroindex, Fulgor, Jägermeister, Isterglas u.v.a.!

— Die abhängige Arbeit in der Landwirtschaft und im Fremdenverkehr besteht meistens nur aus harter Saisonarbeit mit periodischen Intervallen von Arbeitslosigkeit.

— Bleibt nur noch die Möglichkeit, einen Handwerks- oder Handelsberuf zu ergreifen und die entsprechende Lehrausbildung mitzumachen. Welcher schamlosen Ausbeutung wirtschaftlicher und menschlicher Natur die Lehrlinge dabei oft unterworfen sind, darauf werden wir im letzten Teil unserer Analyse zu sprechen kommen.

#### 2. Die Entwicklung des Südtiroler Handwerks im Jahrzehnt 1960—70

Im allgemeinen ist die Anzahl der Handwerksbetriebe im betrachteten Jahrzehnt konstant geblieben. Jedoch ist bei gewissen Berufen ein beachtenswerter Rückgang zu verzeichnen. Im Zeitraum 1966—72 haben abgenommen: — die Schneidereien und Schuhmacher um 30%, die Tischlereien um 10%. Ein ansehnlicher Zuwachs ist hingegen bei folgenden Berufen zu verzeichnen: Konditoreien 20%, Reinigungsbetriebe 20%, Installateure 16%, Elektriker 12%, Bauhandwerker 11,5%, Friseure 8%.

Während also bestimmte traditionelle Berufe des produzierenden Hand-

werks einem baldigen Ende entgegengehen oder sich noch über Wasser halten, indem sie neben der handwerklichen auch eine handelsstreibende Tätigkeit ausüben (der Schuster, welcher Fabrikschuhe absetzt, der Schneider, welcher Konfektionsware verkauft), erleben vor allem die dienstleistenden Handwerksbetriebe einen beträchtlichen Aufschwung. Diesen haben sich hauptsächlich der allgemeinen Industrialisierung (Automechaniker), dem Tourismus (Konditoreien, Trockentrümpfung) und dem natürlichen Bevölkerungszuwachs (Friseur) zu verdanken. Vom produzierenden Handwerk sind vor allem jene Betriebe ausbaufähig, deren Produktionstechnik eine Kapitalintensivierung (Rationalisierung) und somit die Einführung eines industriellen Arbeitsprozesses (Arbeitsrettung) ermöglicht (Tischlereien, Produktion von Fertigteilen im Bauhandwerk).

Was die Betriebsgröße und den Einsatz von Lehrlingen im Handwerk anbelangt, so resultiert aus den Statistiken folgendes: die Südtiroler Handwerksbetriebe beschäftigen im Durchschnitt 2-3 Personen. Dabei gibt es eine große Anzahl von Einmann-Betrieben, welche für die Lehrlingsausbildung nicht in Frage kommen. Rund 25% aller Handwerksbetriebe beschäftigen einen oder mehrere Lehrlinge. Bei den Konditoreien, Installateuren, Elektrikern, Frisuren und Mechanikern stellen die Lehrlinge ein gutes Viertel der Belegschaft dar. Bemerkenswert ist, daß besonders Kleinbetriebe mit Lehrlingen arbeiten und einen solchen immer zur Stelle haben. D. h. es besteht eine konstante Fluktuation von Lehrlingen in diesen Betrieben. Sobald der Lehrling die Ausbildung hinter sich hat und das Gehalt eines qualifizierten Arbeiters (Gesellen) beziehen müßte, wird er grundlos entlassen und der Kleinbetrieb führt seinen wirtschaftlichen Überlebenskampf mit einem neuen Lehrling fort. Nur in Betrieben mit wenigstens 35 Beschäftigten darf der ausgebildete Lehrling laut Arbeiterstatut von Mai 1970 nicht grundlos entlassen werden.

Abgesehen von der für den Arbeitgeber problemlosen Entlassbarkeit des Lehrlings stellen zwei weitere Faktoren einen wesentlichen Anreiz zur Beschäftigung von Lehrlingen dar:

a) Während im allgemeinen die Sozialbeiträge dem Ausmaß der Entlohnung angemessen sind und eine ca. 30%ige Quote darstellen, bestehen die Sozialabgaben für Lehrlinge in einem fixen Wochenbetrag von weniger als 500 Lire.

b) Obwohl der Lehrling vollständig in den Produktionsprozeß eingegliedert ist und trotz seines jungen Alters mehr Stunden arbeitet als die qualifizierten Arbeiter und viele Dreckarbeiten verrichten muß, beträgt sein Lohn nur einen Prozentteil des Mindestlohnes jener Kategorie, für welche er die Ausbildung mitmacht.

Abschließend können wir bemerken:

Obwohl das Handwerk noch eine beachtliche wirtschaftliche und soziale Rolle in Südtirol einnimmt, beobachten wir im Jahrzehnt 1960-70 einen klaren Rückgang der traditionellen Handwerksbetriebe. In einigen Handwerksberufen ist der Einsatz der Arbeitskraft „Lehrling“ besonders stark. Es handelt sich um die Kleinbetriebe, in welchen die Lehrlinge auch am meisten ausgebeutet werden. Das ist durch die arbeitstechnische und produktive Rückständigkeit mancher produktiver Handwerksbetriebe bedingt (das Kunsthandwerk stellt einen Fall für sich dar). Die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Lehrlingen ist durch das geltende System der Entlohnung und der Sozialabgaben sanktioniert.

Im nächsten Teil wollen wir uns der Industrialisierung Südtirols sowie der Entwicklung in Handel und Fremdenverkehr widmen. Ausgehend von dieser skizzenhaften Darstellung können wir dann die Schule Südtirols (besonders die Berufsschule) und die Rolle des Lehrlings als Arbeiter und Schüler analysieren. Die Ergebnisse der Meinungsumfrage werden unsere Feststellungen untermauern und Zeugnis ablegen von der prekären wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage, in welcher sich der größte Teil der Südtiroler Jugendlichen befindet.

Für die Basisgruppe Padua  
Gottlieb Pomella

Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen!

Wenn Dir heute zum ersten Mal der SKOLAST ins Haus fliegt, so betrachte das bitte nicht als Anwerbung für die SH. Aus der Überlegung heraus, daß zwischen Oberschülern und Universitätsstudenten ein viel zu geringer Gedankenaustausch besteht, stellt die Südtiroler Hochschülerschaft schon seit Jahren den Maturanten ein SKOLAST-Jahresabonnement gratis zur Verfügung. Der SKOLAST will Dir nützliche Informationen über Probleme, die mit einem Hochschulstudium zusammenhängen, geben und Dich an einer Diskussion innerhalb der Südtiroler Hochschülerschaft teilnehmen lassen. Die SH versteht sich als unabhängige und weltanschaulich ungebundene Organisation der Südtiroler Studenten, setzt sich ein für studentische Belange im weitesten Sinn und fühlt sich mitverantwortlich in Sachen Kultur, Schul- und Hochschulpolitik in Südtirol. Du solltest bereits jetzt vertraut werden mit den Fragen, die sich Dir auf diesem Gebiet stellen bzw. stellen

werden, wenn Du im nächsten Jahr ein Universitätsstudium aufzunehmen denkst.

Du wirst in unserer Zeitschrift auch Artikel finden, die sich nicht unmittelbar mit Studentenproblemen befassen. Wir nehmen diese Artikel nicht auf, weil wir etwa zu wenig andere zur Verfügung hätten, sondern weil wir davon überzeugt sind, daß es gefährlich ist, wenn Studenten nur mehr über sich selber nachdenken und auf gesellschaftspolitisches Engagement verzichten.

Jeder Artikel gibt die Meinung des Autors wider, die sich nicht unbedingt mit der der SH decken muß.

Wir hoffen, Dir durch den SKOLAST einige Anregungen geben zu können und würden uns freuen, auch von Dir Kritik und Anregungen zum SKOLAST und zu unserer Arbeit in der SH zu bekommen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Kronbichler  
Vorsitzender der SH

An die  
Südtiroler  
Maturanten



# »Schöne Tage« ein Roman, der den Südtirolern zur Lektüre empfohlen wird

Das Leben des unehelich geborenen Holl als Bauernknecht auf dem Hof 48 im Oberpinzgau bis hin zu seiner „Befreiung“ aus dem „Bauern-KZ“ und dem Beginn einer Schmiedelehre — das ist stichwortartig der Inhalt des autobiographischen Romans „Schöne Tage“ (Residenz Verlag - Salzburg), für den der junge österreichische Autor Franz Innerhofer den „Schröderpreis“ der Stadt Bremen erhielt. Der Autor dieser Buchbesprechung meint, der Roman sei vor allem auch für die Südtiroler Leserschaft interessant.

„Holl war sechs Jahre alt. Ein Bett-nässer. Ein trotziges Kind. Der Vater wollte nicht mehr für ihn Alimenta (70 Schilling) zahlen. Der Stiefvater verdiente monatlich 400 Schilling. In der knapp zehn Quadratmeter großen Wohnküche war kein Platz. Ein Kreuz auf die Stirn und ab mit ihm.“ Damit beginnt der Lebensweg Holls auf dem Hofe seines Vaters, einer „Welt von Stößen und Schlägen“. Hier auf dem Hof im Pinzgau findet er eine streng hierarchisch geordnete Welt, aus der er kein Ausbrechen gibt: Kirche, Schule, Familie, Polizei, ein System der bedingungslosen Unterordnung und Entrechtung, das keine Rebellion duldet und sie mit sozialer Achtung und Züchtigung bestraft. Und die Herrschaft muß verinnerlicht werden, die Bestrafung der Auflehnung als moralisch berechtigt angesehen werden.

„Holl mußte die Hose herunterlassen und sagen: ‚Vater, bittschön ums Durchhauen!‘ Dann packte ihn der Bauer mit der linken Hand am Genick, beugte ihn über das vorgeschobene Knie und schlug mit der rechten mit dem Stück zu, bis das Heulen in ein Winseln überging. Dann mußte Holl sagen: ‚Vater, dankschön fürs Durchhauen!‘ Nach den Züchtigungen mußte Holl mit dem Bauern herauskommen, ja, dieser verlangte, daß Holl sich mit lachendem Gesicht unter die Dienstboten mischte.“ Arbeiten, Beten, Essen, Kinderschlagen, das ganze Leben ein nicht hinterfragtes, blind hingenommenes Ritual.

Das Leben der Dienstboten ist mit schonungsloser Härte geschildert: ein Schrank voll Wäsche ist ihr ganzer Besitz, keine Aussicht jemals in ihrem Leben eine Möglichkeit zur Gründung einer Familie zu haben („... denen außer Arbeiten alles verboten war, heiraten hieß es, kann nur, wer etwas hat“), das Zeugen von unehelichen Kindern („... wurden von den Bauern sofort wieder zu Dienstboten gemacht“), die „Freiheit“ zu Lichtmeß den Arbeitsplatz wechseln zu dürfen, ohne die geringste Hoffnung auf eine Änderung ihrer Situation, bedingungslose Identifikation mit dem Dienstherrn, dem Unterdrücker — nicht Solidarität mit den anderen gemeinsam Unterdrückten — ist allenfalls die einzige Aufstiegschance (zum Bauknecht), um dann diese Unterdrückung an noch Ärmere weiterzugeben, nicht gegen ihre wahren Ursachen zu rebellieren.

Welche andere Funktion hätten Nationalismus, Antisemitismus, rassistische, religiöse und jede andere Form der Verhetzung im Kapitalismus wenn nicht diese?

In der Schule sitzt Holl mit dem Arbeiterkind Leo in der hintersten Bank, in der „Eselsbank“, zusammen mit jenen, die der Lehrer von vornherein schon „abgeschrieben“ hat. „In der Schule regierte der Stock. Der Direktor trank. Der Pfarrer trank. Da die Lehrer keine Ahnung hatten oder bewußt übersahen, aus welchen Zuständen viele Kinder in der Früh in die

die soziale Hierarchie draußen in der Gesellschaft: die Sitzordnung, die Freidigt, die Umzüge, die Bilder („Ein Bauer beim Säen und daneben in die Luft schauende Kühe... Auf dem Acker weit und breit keine Magd, kein Knecht. Ähnliche Abbildungen sah er bei den Umzügen auf den Fahnen der Großbauern, aber im ganzen Gotteshaus war keine Abbildung von Dienstboten und Arbeitern... Die einzigen Bilder, auf denen er dienstbotenhähnliche Gesichter sah, waren die sogenannten Kreuzwegbilder... jedenfalls kamen sie Holl wie einfache Leute vor, aber er hörte auch öfter die Leute sie ‚Christusumbringgsindel‘ nennen“).

Bei der Tatsache, daß er ein Bett-nässer ist, handle es sich, so „beschönigt“ ihm der Arzt, nicht um eine Krankheit, „es könne sich nur um Faulheit handeln“. Holl ist zutiefst angeekelt von diesem Leben („Der Ekel vor seinem Erzeuger war auch der Ekel vor den Mahlzeiten, die er an der Seite seines Erzeugers einnehmen mußte. Jeden Bissen mußte er mit Gewalt hinunterwürgen, und hinterher hatte er die größte Not, den kaum überwindbaren Brechreiz für die Dauer der Mahlzeit zu bezwingen“), er entwickelt Selbstmordgedanken und Gedanken des Vätermordes, im Vater sieht er das System, das ihn unterdrückt, personifiziert („... es müsse doch einmal gelingen, den Vater an einen Baum zu binden, und er würde tagelang um ihn herumgehen, vor ihm stehen, vor ihm sitzen und ihm alles sagen, alles, was er ihm und den Menschen, die Holl gerne mochte, im Laufe der Jahre zugefügt hatte“).

Arbeit ist das einzige, das Um und Auf, der „kategorische Imperativ“, dem das ganze Leben auf dem Bauernhof untersteht („Über Arbeit klagen, war die größte Schande“); ob morgens früh vor der Schule oder spät abends. Holl ist immer mit den Dienstboten im Stall oder auf dem Feld, die Welt der Knechte und Mägde ist die einzige, die er versteht.

Langsam beginnt Holl gegen diese ihm auferlegte „Ordnung“ zu rebellieren, seine Rolle als „Leibeigener“ in Frage zu stellen, gegen die „vom Großvater übernommenen Drusuren“ des Vaters anzukämpfen. („Holl machte zwar alles, was ihm befohlen wurde, um dem Vater möglichst keine Gelegenheit zu Handgreiflichkeiten zu liefern, aber dessen Welt, dessen Vorstellungen von der Welt, verabscheute er zutiefst.“) Holl will die Rolle, die ihm schon bei der Zeugung zugedacht war, nämlich als billige Arbeitskraft auf dem Hofe ausgebeutet zu werden, endlich abschütteln („Holl wollte seinen Körper für sich haben“). Die Überwindung der alten Autoritäten Bischof,



Schule torkelten, faßten die meisten dieser Kinder die Schule ohnehin bald als Witz auf oder als Raststätte“. Arbeiten ist wichtiger als Schulerfolg, der Lehrer ist der ideologische Verbündete seiner Unterdrücker, Holl resigniert bald und entwickelt Haßgefühle auf jede Art von Lernen und Bildung. Ebenso auf die Kirche, als der moralischen Autorität, die diese „Ordnung“ gutheißt und ideologisch absichert. Für die „vergessenen“ Beichte gibt's Schläge, Kirchengehen wird zu einer Gewohnheit, weil es eben alle tun, auch in der Kirche selbst widerspiegelt alles



Pfarrer, Lehrer, Vater wird symbolisiert dargestellt an Holls neuer Freundschaft und Hinwendung zur Welt von Herrmann Klein, dem neuen Melker auf dem Hof 48: er ist „Mitglied der Land- und Forstarbeitergewerkschaft“, er verhandelt mit dem Bauer auf der Basis des Kollektivvertrages (im Unterschied zu den anderen Diensthofen, die nicht einmal untereinander wußten wieviel jeder von ihnen verdiente und die der Bauer zu Lichtmaß einzeln in seine Kammer holte, um sie gegeneinander auszuspielen), er ist Sozialist, schon unter dem Faschismus hat er im Gegensatz zu so vielen anderen „an die Volkseinheit... keinen Tag lang geglaubt“, er versteht sich auch nicht in erster Linie als Melker, sondern als „Arbeiter“. Nicht daß er auf einem bestimmten Hof eine bestimmte spezifische Arbeit verrichtet, ist für Klein das Entscheidende, für ihn gibt es deswegen noch lange keine Gemeinsamkeiten, keine gemeinsamen Interessen zwischen ihm und dem Bauern (für Holls Ideologie hingegen war bisher stets kennzeichnend gewesen, „daß sein Körper und dessen Arbeitsvermögen zu 48 gehöre, und niemand habe das Recht, dem Bauern diesen jungen Körper streitig zu machen, ihm etwas von seinem Besitz wegzunehmen“), entscheidend ist für Klein die allgemeine Bestimmung, ein freier Lohnarbeiter zu sein, die ihn mit allen anderen Diensthofen und Arbeitern verbind-

det. Dieser Übergang vom Denken in Kategorien des Individuums zum Denken in Kategorien der Klasse ist entscheidend für Holls Emanzipation, für seine rhetorische und praktische Überwindung der feudalistisch-patriarchalischen „Ordnung“.

Und hier an diesem Punkt, da Holl vom Hof wegzicht und die Schmiedelehre beginnt, mit der praktischen Negierung seiner bisherigen, ihm vom System aufgezwungenen Rolle, beginnt auch die Problematik des Romans Innerhofers. Die Beschreibung des „neuen Menschen“, des Lehrlings Holl gelingt Innerhofer nicht mehr. Hatte man bis zu diesem Punkt nie den Eindruck, Innerhofer habe Mühe, den Bauernknecht Holl, dessen Leben in Sprache zu fassen (und auch das Hochdeutsch des Romans bei der Beschreibung des Lebens auf dem Hofe wird durchaus nicht als Gegensatz, als ein Bruch empfunden), nichts wirkte gekünstelt, sondern das eigene Erlebnis ist, exakt bis in die kleinsten Einzelheiten, widergespiegelt und verarbeitet in der sprachlichen Darstellung. Die Beschreibung des Lehrlings Holl, wie er sein früheres Leben überwindet, gelingt Innerhofer nicht mehr. Sehen wir uns das an: Holl geht ins Kino, fährt mit dem Moped, kauft sich neue Kleider und Essen für das erarbeitete Geld, er „hatte sich lange, spitze, schwarze Schuhe ausgesucht, um sich gegen das Bäuerliche abzugrenzen“(?), er kommt

oft erst spät abends nach Hause, findet sein bisheriges Leben „Scheiße“ und bringt dies auch seinem bisherigen Dienstherrn gegenüber zum Ausdruck. Soll das die Alternative sein? War es gerade das Positive an Innerhofer gewesen, die bäuerliche Welt schonungslos und in ihrer ganzen Härte, Armut und Entsagung (im Gegensatz zur idyllisch-verklärenden Darstellung der Dichterlinge unserer Südtiroler Bauernromantik) darzustellen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Innerhofer im Hinblick auf die Beschreibung der neuen Arbeitswelt Holls selbst diesem Verdikt verfällt: „Eine neue Welt türmte sich hoch vor Holl auf, Gerne (?) betrat er in der Früh mit dem Meister die Werkstatt... Der Meister schrie nicht, sondern erklärte ihm in ruhigem Ton Arbeitsgänge und redete während der Arbeit mit ihm auch über Menschen und Bücher und den Umgang mit Menschen... Keine Benachteiligungen, sondern Gleichberechtigung(?)... Hier arbeitete er ja nicht für besitzüchtige Bestien, sondern mit Menschen“.

Am Ende des Romans wird Holl symbolisch zum Antipoden, zum Überwinder von Moritz: Dieser war der Prototyp des Rechtlösen, des Unterdrückten und Ausgebeuteten auf dem Hofe und als solcher beschließt er auch sein Leben, ihm ist die „Befreiung“ nicht gelungen, sein Leben lang blieb er der Trottel, der Verspottete, der Einsame („In den Mund haben sie ihm geschissen. Beichten mußte er und arbeiten“), dessen totaler Rückzug in seine Kammer nichts anderes war als „Menschenflucht“, „Menschenhaß“ und „Menschenverachtung“ — dessen „Nichtrebellion“ noch dazu als „Glück“ und „Zufriedenheit“ verklärt wird. Holl glaubt, diesen Zustand endgültig überwunden zu haben, sich selbst bestimmen zu können, er träumt von einem besseren Leben („Ich will alles nachholen, und irgendwann werde ich diesen Bestien zeigen, daß niemand das Recht hat, andere Menschen zu besitzen“), aber dieser Teil des Romans vermag nicht mehr zu überzeugen, die Überwindung des „Lebens im Bauern-KZ“, des Daseins des „Bauernidioten“ bleibt lediglich voluntaristische Negation. Die Einsicht, daß trotz der Abschüttelung der direkten Abhängigkeit vom Dienstherrn, aber mit der Anerkennung und Beibehaltung der ökonomischen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Arbeit immer noch fremdbestimmt und dem Profitinteresse des Kapitals unterworfen bleibt und sich lediglich formal, aber nichts inhaltlich an Ausbeutung und Entrechtung geändert hat, diese Einsicht bleibt Holl/Innerhofer verschlossen.

Alles in allem: trotzdem ein lesenswertes Buch, vor allem für die Ideologie der Südtiroler Bauernromantik, hinter der sich entweder schlicht Dummheit oder aber nackte Profitgier verbirgt, ein Buch, das auch Josef Rampold lesen sollte.

Leopold Steiner

## Der Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau

sucht einen jungen

### Doktor der Landwirtschaft

oder einer verwandten Fachrichtung

Sein Aufgabengebiet: fachliche Beratung der Obst- und Weinproduzenten, Leitung der Beratung im Bezirk Unterland und des Ringbüros in Neumarkt. Wir suchen einen Mann, der bereit ist, eigene Initiative zu entfalten, in einem Team von Fachleuten mitzuarbeiten und Verantwortung zu tragen.

Nachdem die Landwirtschaft heute sehr viele Fachgebiete berührt, hat sich jeder unserer Mitarbeiter auf einem gewissen Sektor spezialisiert. Unser neuer Mann sollte vor allem Fragen der Mechanisierung in der Landwirtschaft bearbeiten.

Interessenten erhalten nähere Informationen im Ringbüro Lana (39011 Lana, A.-Hofer-Straße 9) oder vom Obmann des Beratungsringes, Hermann Brenner, OG-Neufurche (39044 Neumarkt, Bahnhofstraße).

# »Ich bezwecke nichts, ich will nichts, ich schreibe für nichts«

## Bemerkungen zum politischen Anspruch der Lyrik Zoderers

Im Palais Taxils in Innsbruck las kurz vor Weihnachten der Südtiroler Autor Joseph Zoderer aus seinem ersten veröffentlichten Lyrikband „s Maul auf der Erd“. Daraufhin, so wußten Teilnehmer zu berichten, sei es zu einer angeregten Diskussion gekommen. Diese hat einen, den Skolastlesern unter dem Pseudonym Florian Fiedler bekannten Südtiroler Hochschüler veranlaßt, Zoderers Lyrik aus linker Sicht zu analysieren.

Revolutionäre Kulturpolitik scheint sich im konservativen Tirol durchgesetzt zu haben: mit freundlicher Unterstützung der beiden Tiroler Landesregierungen publiziert Zoderer politische Mundartlyrik, der Südtiroler Künstlerbund führt das trojanische Pferd, als das sich der Dichter selbst bezeichnet, zur Lesung durch das Land. Hat sich die List der Vernunft durchgesetzt oder verbirgt sich im historischen Pferd nichts, was Troja beunruhigen könnte? Wer die Kommentare und Leserbriefe in den „Dolomiten“ gelesen hat, könnte meinen, in Südtirol sei durch Zoderers Lyrik die abendländische Kultur in Bedrängnis geraten. Wer Zoderers vergangenes politisches Engagement kennt, wird sich politische Brisanz erwarten. Der Dichter selbst erhebt politischen Anspruch: Klassenbewußtsein in die Mundartdichtung einzubringen sei seine Absicht (so erklärt im Palais Taxils in Tirols Landeshauptstadt), im österreichischen Fernsehen liest er vor der Kulisse einer Fabriklandschaft das Lied vom Arbeiter, der seinen Schwanz vergeblich einzwängt: er wird ihm endlich trotzdem abgehackt. Die Kastrationsangst, wohl weniger der jungen Südtiroler Arbeiterklasse als des Dichters, ist nur ein Aspekt der existentiellen Problematik, die sich in Zoderers Lyrik entfaltet. Der Ötztaler Mundarttheoretiker Haid meint, durch die Technisierung und Ideologisierung der Schriftsprache sei die Mundart zum Bollwerk der Unmittelbarkeit geworden; bei Zoderer könnte man den Eindruck gewinnen, Scheißen, Fetzen, Rötzen und so fort wären die zentralen Kategorien Südtiroler Klassenbewußtseins. Vielmehr aber gründet die befreiende Funktion des Gebrauchs von Begriffen aus dem Bereich libidinös besetzter Zonen in der frustrierten Fixierung des Kleinbürgertums: die anti-autoritäre Bewegung in den späten sechziger Jahren hat gerade darin ihre Beschränktheit erfahren. Aber auch über diese Besonderheit, die unseren Pseudomoralisten die Gänschaut aufreiben mag, weiß sie selbst fixiert sind, hinaus, ist Zoderers Lyrik voll vom Ausdruck einer entbehrungsvollen Jugend und vom Haß gegen jene, die es so schwer nie gehabt haben: eine existentielle Thematik. Reicht sie aus, Klassenbewußtsein zu erzeugen, oder, anders herum gefragt, erfährt sie das

Wesentliche des Klassenbewußtseins, das bereits wirksam ist? Wenn Zoderer es sich zugute rechnet, daß Herr X ihn beschimpft, dann muß man sich auch fragen, ob die Waid- und Wiesencologie des Herrn X das Ganze der herrschenden Ideologie in Südtirol ausmacht oder ob nicht vielmehr die Realität bereits durch andere Ideologien gerechtfertigt wird, denen antiautoritäres Gehabe nichts anhaben kann, außer der Wirkung, reaktionären Protest hervorgerufen, der ihnen als rechte Schützenhilfe gerade gelegen kommt. Anders wäre die Unterstützung durch die Regierungen und den Künstlerbund kaum zu erklären. Politisch relevante Literatur könnte auf diese Institutionen



nen der Konservativen wohl kaum rechnen. Tatsächlich sucht man in der Zodererschen Lyrik vergeblich nach dem Träger des Protests, der konkret wirksam werden könnte. Ein Gemisch von Auflehnung gegen die Unterdrückung und Not des Kleinbauern, von Frustrationen des Kleinbürgers, von blinder Wut des proletarisierten Bauern, bis hin zur Projektion intellektualistischer und spontaneistischer Emotionen in irgendwelche undefinierten Massen, wenn zum Beispiel diesen unterschoben wird, sie würden 's roate Tiacht schön finden, weil's immenen (den Herrschenden) am Orsch gutt. Eine kuriose Erklärung der Farbenpracht Südtiroler Schützentrachten. Und ebenso weit vom Klassenbewußtsein entfernt

sind die Konsequenzen, die gezogen werden: oamol tat i gern einpoffern. Wer und wozu? Ist nicht gerade aus dieser undifferenzierten Wut in Südtirol schon einmal gepöfelt worden. Protest durch Bombenterror, der stets ein Instrument der Rechten war, ein Protest, den man gebrauchen kann, um die Ziele der Herrschenden mit mehr Druck durchzusetzen, obwohl er sich undifferenziert gerade gegen diese richtet. Den man auch zum Heldenrum hochstilisieren kann, um zerbröckelnden Konsensus zu feimen, so zum Beispiel, wenn Magnago und Wallnigler und die anderen alle Nationalfeiern am Grabe eines Kerschbaumers inszenieren. Dieser Problematik sollte man nicht aus dem Wege gehen, indem man kurzweg politisches Engagement leugnet, wie der Dichter in Innsbruck sagte: ich will nichts, ich schreibe für nichts. Dann könnte nämlich der Verdacht begründet erscheinen, daß sich hier das Bedürfnis nach literarischer Profilierung nicht ganz legitimen politischen Inhalte bedient. Vergeblich sucht man artikulierte Formen, in denen Unterdrückung sich äußert: die ökonomische Zerstörung der Kleinbauern durch die kapitalistische Entwicklung, die Unterdrückung der Frau in autoritären Familienstrukturen, die repressive Funktion der Kirche. In den Liebesgedichten wird vielmehr die urwüchsige und etwas unbeholfene Zärtlichkeit verherrlicht, als ob es die Probleme sexueller Unterdrückung durch mangelnde Familienplanung gar nicht gäbe. Die neue Entfremdung für den proletarisierten Bauern in der Fabrik, die brutale Unterordnung der Arbeitskraft, die bisher im unmittelbaren Kontakt mit der Natur sich verwirklichte, unter die technisierten Kapitalverhältnisse. Und wie beide Arten der Unterdrückung zu einem Bewußtsein und zu politischer Organisation führen können, die einzig imstande ist, bestehende Verhältnisse umzuwälzen. An eine Lyrik die Forderung nach differenzierter politischer Analyse zu stellen, wäre sinnlos. Wohl aber ist zu fordern, daß die politische Analyse als eine Art Basis jeder Literatur zugrundezuliegen hat. Wer der Träger der Inhalte dieser Lyrik ist oder für wen sie geschrieben ist und wie, ob ein gesellschaftsfähiges Buch der richtige Ort ist, oder die Dichterlesungen des Künstlerbundes, oder ob es bessere und wirksamere Formen gibt, all das ist Zoderer unklar. Weder sein Buch noch die Diskussionen mit ihm bringen Klarheit. Antiautoritärer Protest als sich selbst befriedigende Aufgabe kann vielleicht individuelle Befreiung bringen, erfüllt aber nicht den politischen Anspruch, der zu stellen ist.

Florian Fiedler

## Initiative zu einem Südtiroler Theatermodell

Im März 1974 wurde die Interessengemeinschaft Theater in Südtirol (IGTST) gegründet.

Im Mai 1974 fand eine Anregung der IGTST bei der Landesregierung Gehör, eine Studie über die Südtiroler Theateraktivitäten zu erstellen. Beauftragt damit wurde Dr. Norbert Hölzl aus Innsbruck.

Am 8. Juni 1974 fand die Premiere der „Maria Magdalena“ nach Friedr. Hebbel im Kulturhaus Lana statt.

Im Juni 1974 veranstaltete die IGTST einen Pantomimekurs und einen Vorführungsabend mit dem südamerikanischen Pantomimen Moncho Colorado, einem Schüler von Marcel Marceau.

Am 1. und 2. November 1974 erfolgte die Fernsehaussendung von „Maria Magdalena“ durch die RAI-Sender Bozen.

Im Dezember 1974 leisteten Mitglieder der IGTST Spielleiterhilfe und Probenbetreuung bei einer Inszenierung der Volksbühne Weitenal.

Im Januar 1975 veranstaltete die IGTST Sprecherziehungskurse unter der Leitung der Wiener Schauspielerin Elisabeth Fuchs.

Diese Liste von Daten kennzeichnet den bisherigen Weg einer Gruppe von Südtiroler Theaterinteressierten, der das vorgefundene Theaterleben in Südtirol zu einseitig und unschöpferisch ist, die meint, in diesem Lande könne mehr geleistet werden, als ausländische Gastspiele zu organisieren und überallete (meist ebenfalls ausländische) Feienspiele aufzuführen.

Eine Neugierigkeit? Kaum.

Die „Tribüne“, vorher die „Kleine Experimenterbühne“ hatten übliche Versuche gemacht, wenngleich unter anderen Voraussetzungen — dann wurde es still. Es gab die Eintagsfliege „Nathan der Weise“. Also ist logisch zu schließen, daß „solche Dinge“ in Südtirol eben nicht gehen? Nein.

Sie gingen nicht, das ist Tatsache.

Aber eine analysierbare Tatsache.

Dagegen beweist das Vorhandensein dieser Impulse, daß ein dauerhaftes

Bedürfnis nach eigenständiger Theaterarbeit in Südtirol vorhanden ist, darüber hinaus gibt es genug Südtiroler, die im Ausland Theater studieren und Theater spielen.

Im Ausland — wo sonst?

Hier besteht keine Möglichkeit zu ernsthafter Arbeit.

Keine Möglichkeit, aber — das Bedürfnis und die Notwendigkeit!

Aus diesen Motiven heraus entstand die IGTST.

Nicht als zusätzlicher Bühnenverein mit Akzent auf „nützliche Freizeitgestaltung“.

nicht als Vorkämpfer für ein Landes-theater nach deutschen oder österreichischen Vorbildern,

nicht als Superavantgardexperiment, sondern als Basis zur konstruktiven Veränderung und Aktivierung der vielen Einzelversuche und bemühten Ansätze.

Eine Menge von Vorurteilen mußte dazu abgebaut werden, ein weiteres Quantum an mikrausischer Skepsis überwunden werden, und klarzustellen war vor allem, daß nichts kopiert werden soll, sondern alles neu durchdacht und konzipiert werden muß.

„Tirol isch lei oans...“, aber das Theater hat viele Gesichter und wenn es notwendig ist, erhält es noch ein zusätzliches: das Südtiroler!

Es leuchtet ein, daß die vielzitierte Sonderstellung Südtirols ein besonderes Modell der Theaterkonzentration erfordert, nicht aber leuchtet es ein, daß diese Sonderstellung zu einer Lähmung der schöpferischen Theaterarbeit führen muß.

Die Erstellung und Realisierung dieses praktikablen Modells ist nun die zentrale Aufgabe der IGTST. Die bisherigen Erfahrungen vermochten bereits einiges Licht in das Dunkel des absoluten Neubeginns zu bringen. Es waren praktische Erfahrungen, d.h. zum Teil Erfolge, zum anderen Teil Fehlschläge; aber: bei jeder Aufbauarbeit muß der Mut zu Fehlern und die Bereitschaft zu ständiger Selbstkritik vorhanden sein. Übertragbare „Rezepte“ gibt es nicht.

Wir wissen einiges, das verwendbar ist, wir haben auch einiges gelernt, das nicht verwendbar ist:

Nicht verwendbar ist der Gedanke, daß es möglich sei, ausschließlich auf Freizeitbasis so effizient zu arbeiten, wie es die Situation erfordert,

nicht verwendbar ist der Gedanke, es könne alles Notwendige von heute auf morgen durchgeführt werden,

nicht verwendbar ist die Vorstellung, jene Zeitspanne des kulturellen Dunkels einfach zu überspringen, welche die historisch-politische Situation der letzten fünfzig Jahre mit sich brachte,

nicht verwendbar ist weiters der Gedanke, an den vorhandenen Theater-tätigkeiten, egal wie sie aussehen mögen, einfach vorbeizugehen, was jedoch nicht einschließt, daß alles, nur weil es „schon immer so war“, ungeprüft und vorbehaltlos übernommen werden kann.

Zu diesen negativen Abgrenzungen konnten einige richtunggebende Erfordernisse erarbeitet werden:

Anzustreben und zu verwirklichen ist ein Arbeitszentrum, das fachlich erfahrene und offen denkende Mitarbeiter zu einem Aktionsteam im Sinne der dynamischen und flexiblen Aufgabenlösung vereinigt,

herzustellen ist ein dichter und konstruktiver Kontakt zu allen Volksbüh-



nengruppen, der die investierte Spielfreude und Arbeitsbereitschaft auf eine wirksamere Stufe zu heben imstande ist,

zu veranstalten sind sinnvoll geplante und koordinierte Ausbildungsseminare für Spielleiter und Spieler, wobei individuell auf die Probleme der Teilnehmer eingegangen werden muß; massenweise „Pauschalabfertigungen“ führen zu Wiederholungen und unbefriedigenden Ergebnissen,

durchzuführen sind immer wieder Produktionen in deutscher Hochsprache, um eine schöpferische Bindung an den sprachlichen Hauptkulturräum sicherzustellen und die fermentative Wirksamkeit der deutschen Theaterliteratur zur Geltung kommen zu lassen.

wichtigstes Ziel ist die Freilegung der vorhandenen schöpferischen Kräfte und ihre Zusammenführung zu einer dynamischen kulturellen Einheit, die im gesamten deutschen Sprachraum offen und gleichberechtigt mitwirken kann.

Den Weg dahin auf theatralischer Ebene zu gehen, nahm sich die IGTST vor.

Dazu ist es ein erster wichtiger Punkt, mit diesem Programm an die Öffentlichkeit zu dringen, was umso schwerer ist, als die Grundlagenarbeit der technischen Schulung durch Kurse, der unzähligen Kontaktgespräche und der Konzeptionsstätigkeit zunächst nicht mit spektakulären Ergebnissen wird aufwarten können.

Unter „Theaterarbeit“ in diesem neuen Aspekt kann aber nicht die Herstellung einer bestimmten, möglichst hohen, Quantität von Aufführungen verstanden werden, egal ob im Dialekt oder in der Hochsprache. Soweit muß in Zukunft umgedacht werden.

Persönliche Karriere Wünsche, esoterisches Künstlertum oder rührselige Folkloristerei sollen zurückstehen hinter verantwortungsbewußter Entwicklungsarbeit.

Wir legen hier also ein Konzept der Arbeit vor.

Keine Illusionen über rasche und leichte Erfolge, sondern den Vorschlag, eine Aufgabe zu übernehmen, deren Lösung nicht in einem „Ende“ besteht, vielmehr in stetigem lebendigem Wirken zugunsten eines echten Volkstheaters in Südtirol.

*Das vorliegende Statut der IGTST gestattet es jedem, der Interesse und Freude daran hat, sich zu beteiligen; gleichviel, ob als ausübendes oder förderndes Mitglied, oder als Vertreter einer ganzen Körperschaft aus dem Bereich des Theaterlebens.*

*Kontakte zur näheren Information über Statuten, genaue Programmpunkte und Durchführungspläne sind über die SH möglich.*

Hochschule auch für den Bergwerksarbeiter

## Englands offene Universität

Dieser Beitrag ist ein Auszug aus einem Bericht von Peter Kohler, Bern, zu einem Seminar des British Council in Walton Hall über die „OPEN UNIVERSITY“.

Ihn abzudrucken scheint deshalb sinnvoll und wichtig, weil in diesem neuen englischen Universitätsmodell auch Anregungen zur Lösung unserer Universitätsprobleme stecken. Die vorliegende Zusammenfassung besorgte Sepp Käßtatscher.

### 1. Einleitung

In England läuft seit dem Jahr 1970 ein Versuch im weiten, bewegten Feld der Bildung auf Hochschulebene, der so ungewöhnlich ist, daß er in Fachkreisen sofort weltweites Aufsehen erregt hat. Mit dem Andauern des Experimentes machte das Interesse nicht etwa ab, im Gegenteil. Der Neubeginn ist so grundsätzlicher Natur, daß das Interesse weit über die eigentliche Fachwelt hinaus zu greifen beginnt. Mehr noch: In unserer gegenwärtigen Phase düsterer Aussichten für das ganze Bildungswesen scheint der englische Versuch wie ein Hoffnungsstrahl, den Nachweis erbringend, daß Neues noch möglich ist. Es geht um die Open University, die Offene Universität.

Im November des letzten Jahres organisierte der British Council, eine Gesellschaft zur Förderung kultureller Beziehungen zwischen Großbritannien und anderen Ländern, ein Seminar, das einer größeren Anzahl von Interessierten die Gelegenheit gab, eigene Erfahrungen zu sammeln. Der Kurs versammelte rund 60 Leute aus allen Erdteilen, die in irgendeiner Weise mit Hochschulen und Hochschulbildung zu tun haben, Professoren, Medienfachleute, Administratoren, Planer, usw.

### 2. Die Leitgedanken der Offenen Universität

Die Merkmale, die Englands Offene Universität so sehr ins Interesse der akademischen Welt gerückt haben, sind in der Tat ungewöhnlich:

- Die Universität steht jedem Bildungswilligen offen, ganz gleichgültig, welches seine bildungsmäßigen Voraussetzungen sind, obwohl der Anspruch erhoben wird, eine Ausbildung anzubieten, die derjenigen der hergebrachten Hochschulen ebenbürtig sein soll.
- Sämtliche Lehrgänge sind so gestaltet, daß daneben eine volle berufliche Tätigkeit ausgeübt werden kann.
- Der Absolvent der Offenen Universität soll einen Hochschulabschluss

erwerben, ohne seine gewohnte Umgebung verlassen oder seine gewohnte Tätigkeit aufgeben zu müssen, da die ganze Ausbildung durch eine ausgeklügelte Mischung von Korrespondenzkursen, Radio- und Fernsehsendungen, Gruppenarbeit und konzentrierten Sommerseminaren vermittelt wird.

Die Offene Universität scheint somit die einzige bekannte Möglichkeit darzustellen, denjenigen eine zweite bildungsmäßige Chance zu geben, die eine erste aus irgendwelchen Gründen nicht haben wahrnehmen können, ohne daß ihnen Unzumutbares zugemutet wird.

### 3. Die hauptsächlichsten Merkmale

#### 3. 1. Entstehung

Den Anlaß zur Entstehung der Offenen Universität gab eine Rede Harold Wilsons in Glasgow während der Wahlkampagne von 1963. Er äußerte damals die Idee einer „University of the Air“. Nach dem Regierungswechsel wurde diese Idee von einer Kommission weiter verfolgt, welche durch die neue Regierung eingesetzt worden war. Im Juni 1968 wurde der Entschluß gefaßt, einen Gründungsrektor, einen Sekretär und sechs Studiendirektoren zu wählen. Der Gründungsrektor nahm am 1. Januar 1969 seine Tätigkeit mit vier Mitarbeitern auf. Ihren eigentlichen Anfang nahm die Offene Universität in einigen Büroräumlichkeiten in der Londoner Innenstadt. Im September 1969 waren bereits vierzig leitende akademische und administrative Positionen besetzt. Die eigentliche Lehrtätigkeit begann im darauffolgenden Jahr. Ende 1973, unmittelbar vor Beginn des (britischen) akademischen Jahres 1974, arbeiteten in Milton Keynes, dem heutigen Standort der Universität, insgesamt 1800 Universitätsangehörige, die akademische, administrative oder technische Aufgaben wahrnehmen. Dazu kommen rund 5000 auf das ganze Land verteilte Studienberater und Tutoren, die einen Teil ihrer Arbeitskraft der Universität zur Verfügung stellen.

### 3. 2. Milton Keynes

Der Campus der Offenen Universität steht in Milton Keynes, Buckinghamshire, auf halbem Wege von London nach Birmingham. Die bereits bestehenden Gebäulichkeiten wurden in unwahrscheinlich kurzer Zeit aufgerichtet. Allerdings ist die erste Ausbauphase noch nicht ganz abgeschlossen. Zur Zeit beherbergt der Campus die akademischen und administrativen Einrichtungen für den zentralen Lehrkörper, ein Institut für Erziehungswissenschaften sowie die zentralen Produktionseinheiten (Datenverarbeitung, graphisches Atelier, Druckerei, Versand usw.).

### 3. 3. Die akademische Struktur

Die Offene Universität ist heute in sechs Fakultäten gegliedert, nämlich eine sozialwissenschaftliche, eine naturwissenschaftliche, eine technische, eine mathematische, eine philosophisch-historische und eine erziehungswissenschaftliche. Nicht vertreten sind die Medizin, die mit dem bestehenden System nicht vermittelt werden könnte, und die Rechtswissenschaft. In allen Fakultäten kann der akademische Grad eines Bachelor of Arts (B.A.) erworben werden, der nicht ganz unserem Magister entspricht. Die Universität ist im weiteren im Begriffe, Nachdiplom- und Doktorandenkurse durchzuführen und hat bereits einige Doktorhüte vergeben.

Um den Abschluß zu erreichen, sind acht sogenannte credits notwendig. Als credit wird der Ausweis über das erfolgreiche Bestehen eines bestimmten Kurses bezeichnet, der sich über die Dauer eines Jahres erstreckt. Da pro Jahr höchstens zwei credits parallel nebeneinander erworben werden können, beträgt die Mindeststudiedauer vier Jahre. Dieses System (credit accumulation system), das in England üblich

ist, kommt den spezifischen Bedürfnissen der Offenen Universität entgegen, da es eine straffe Gliederung, einen klaren Aufbau und eine Zerlegung des Studiums in einzelne Studienteile erlaubt.

Der Student kann seine Kurse völlig unabhängig von der Fakultät, die er gewählt hat, zusammenstellen. Die Grundkurse sind ohnehin interdisziplinär ausgerichtet. Da im weiteren die Anzahl einzelner Kurse in einer bestimmten Spezialisierung nicht ausreicht, um die benötigte Zahl credits zu erwerben und Fächer häufig übergreifend konzipiert sind, wird der Studierende auch später gezwungen, seinen Interessenbereich nicht allzu eng zu schließen. Auch dies steht in markantem Widerspruch zu den heute erkennbaren Tendenzen an anderen Universitäten. Schlagartig beachtet wurde dieser Rang zur Nichtspezialisierung einmal durch den Ausspruch eines Literaturprofessors, der, auf die Interdisziplinarität angesprochen, bemerkte, am liebsten würde er nichtdisziplinäre Kurse machen.

Es ist also durchaus möglich, daß ein an der technischen Fakultät eingeschriebener Student einen Grundkurs in Sozialwissenschaften und einen weiteren in philosophisch-historischen Fächern nimmt und mit Mathematik und Erziehungswissenschaften fortfährt. Der Studierende soll in die Lage versetzt werden, das Studium völlig nach seinen eigenen Interessen oder den Anforderungen seines Berufes zu gestalten.

Es ist schließlich möglich, die Studien auf irgendeiner Stufe zu unterbrechen, ohne daß man der bereits erworbenen Ausweise verlustig ginge. Man versucht auch hier, den Notwendigkeiten, die sich aus der sonstigen Tätigkeit der Studierenden ergeben können, möglichst weit entgegenzukommen.

### 3. 4. Die Studierenden

#### 3. 4. 1. Allgemeines

Das Auffallendste am Open University Campus in Milton Keynes ist wohl das Fehlen der Studierenden. Diese sind ja über das ganze Land verstreut und erscheinen zu keiner Gelegenheit im Campus selbst. Trotzdem sie physisch im „Hauptquartier“ nie in Erscheinung treten, spielen sie im Leben der Universität eine ausschlaggebende Rolle. Ihre spezifischen Bedürfnisse müssen weitgehend berücksichtigt werden, wenn das System überhaupt funktionieren soll. Es stellen sich die verschiedensten Fragen, die für den Betrieb einer normalen Universität von untergeordneter Bedeutung sind. Wieviel Stunden pro Woche sind z. B. einem Studierenden neben seiner sonstigen Tätigkeit als Studierzeit zumutbar? Wann kommt er nach Hause, so daß Fernsendungen angesetzt werden können? Wie bewältigt er den Stoff? Sind unbemerkt Voraussetzungen in einen Kurs hineingerutscht, die es z. B. einem Bergwerksarbeiter verunmöglichten, erfolgreich voranzukommen? Um solche Fragen beantworten und die Lehrgänge dementsprechend strukturieren zu können, hat die Offene Universität ein sehr differenziertes Meldesystem errichtet, das sie in die Lage versetzt, weit besser über ihre Studierenden im Bilde zu sein als jede andere Universität.

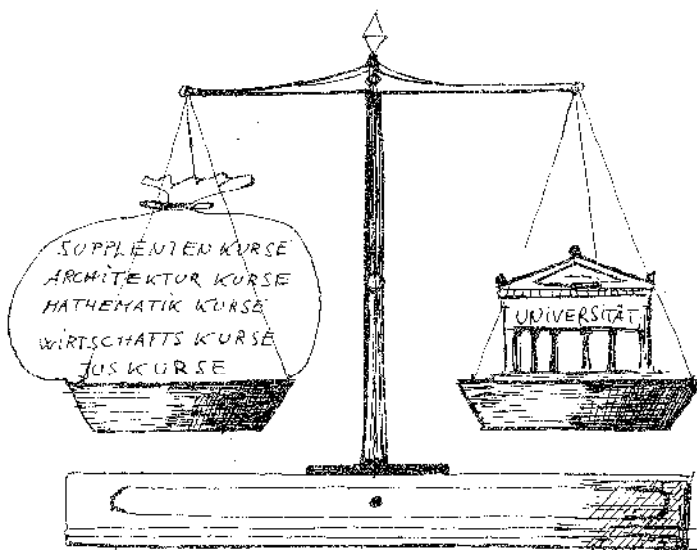
#### 3. 4. 2. Studentenzahlen

Die Universität nahm im ersten Jahr ihrer Lehrtätigkeit sogleich 25.000 Studierende auf. Im dritten Jahr war die Gesamtstudentenschaft auf 38.000 gestiegen und 1974 auf ca. 42.000. Die Offene Universität ist an den Studentenzahlen gemessen heute schon die größte Universität des Vereinigten Königreiches.

#### 3. 4. 3. Zulassung zum Studium

Grundsätzlich gilt, daß jedermann zugelassen werden soll, der das 21. Lebensjahr erreicht hat und in England wohnhaft ist. Andere Einschränkungen gibt es nicht. Die Altersgrenze wurde eingeführt, um die übrigen Universitäten nicht allzu stark zu konkurrenzieren (in England beginnt ein Universitätsstudium in der Regel mit 18 Jahren und wird mit 21 mit einem ersten Grad abgeschlossen). Die Nachfrage nach Studienplätzen hat das Angebot von Anfang an überschritten. In England ist es selbstverständlich, daß ein numerus clausus besteht. Üblicherweise beinhalten die Zulassungsbedingungen in England bestimmte Leistungsnachweise, die hier ja gerade nicht herangezogen werden können und sollen. Die Universität mußte also ein anderes Auswahlverfahren finden.

Man entschied sich für das Prinzip des first come — first served, sodaß die Bewerber in der Reihenfolge des Eingangs ihrer Bewerbung berücksichtigt werden. Eine Korrektur erfährt dieses Auswahlverfahren dadurch, daß



vorgängig bestimmte Prozentsätze bezüglich Fakultät, regionaler Herkunft und Beschäftigung der Bewerber festgelegt worden, wobei dann das Prinzip des first come -- first served im Verhältnis der Gruppe gilt. Damit soll ein ziemlich genaues Abbild der Bevölkerung nach Beschäftigung und regionaler Verteilung unter den Studenten erreicht werden, und keine Gruppe soll in irgendeiner Weise ein allzu deutliches Übergewicht erhalten. Schließlich wird auf eine einigermaßen ausgewogene Verteilung unter den Fakultäten geachtet.

Alle diejenigen, die aufgrund einer späten Anmeldung nicht mehr berücksichtigt werden können, erhalten umgehend genaue Instruktionen, was sie unternehmen müssen, um im nächsten Jahr zuvorderst in der Warteschlange zu stehen.

### 3. 4. 4. Zusammensetzung der Studentenschaft

Bevor die Offene Universität ihre Tätigkeit aufnehmen, wurden die verschiedensten Spekulationen darüber angestellt, wer sich für ihre Kurse einschreiben werde. Falsch war z. B., daß sich die Universität vor allem zum Auffanglager frustrierter Mittelklassehausfrauen entwickeln werde. Richtig hingegen war die Annahme, daß sich sehr viele Lehrer für das Programm der Offenen Universität interessieren würden. Die Statistiken enthalten interessante Einzelheiten.

Generell fällt natürlich auf, daß die Studierenden der Offenen Universität verglichen mit der Studentenschaft einer anderen Universität eine ungewöhnlich heterogene Struktur zeigen, was Alter, Herkunft und Tätigkeit angeht.

Die Altersverteilung sieht z. B. wie folgt aus:

Alter	Prozent
bis 25 Jahre	20%
26--35 Jahre	40%
36--45 Jahre	25%
46--55 Jahre	12%
56--65 Jahre	3%
über 65 Jahre	1%

Nach Beschäftigung zum Zeitpunkt der Immatrikulation gliedern sich die Studierenden wie folgt:

Beschäftigung	Prozent
Hausfrauen	11%
Verwaltungs- und Führungskräfte	5%
Lehrberufe	30%
künstlerische und freie Berufe	13%
technische und Ingenieurberufe	17%
Arbeiter, handwerkliche und landwirtschaftl. Berufe	7%
Bürokräfte, Verkaufspersonal	14%
Übrige	3%

Nabezu sämtliche Studierende sind voll berufstätig, sehr stark übervertreten sind die Lehrer (1% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter). Untervertreten sind erwartungsgemäß die handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufe sowie die Arbeiter (31% der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter). Die Offene Universität vermag also ihrem erklärten Ziel, den Benachteiligten eine zweite Chance zu geben, vorläufig nur bedingt zu genügen. Etwas verbessert wird allerdings der Eindruck, wenn die Berufe der Väter der Studierenden herangezogen werden: Eine spezielle Untersuchung hat gezeigt, daß 67% der Väter aus der werktätigen Bevölkerung stammen. Die Vermutung liegt nahe, daß sich bis jetzt vor allem Studierende eingeschrieben haben, die ohnehin eine gewisse soziale Mobilität aufweisen.

Die Verteilung auf die Geschlechter weist im Gesamtdurchschnitt ein Übergewicht der Männer auf (63% Männer, 37% Frauen), wobei der Anteil der Frauen seit Bestehen der Universität stetig im Steigen begriffen ist. Es wird auch darauf hingewiesen, daß der Prozentsatz der Studierenden, die aufgeben, bei den Frauen wesentlich niedriger ist als bei den Männern.

Neben der beruflichen Tätigkeit wird auch erhoben, welche **bildungsmäßigen Voraussetzungen** die Bewerber mitbringen. Im Augenblick sind es immerhin 7% der Studierenden, die über die niedrigstmögliche formale Qualifikation verfügen (Vollschule ohne Abschluß). Insgesamt 44% verfügen über nicht mehr als eine normale Schulbildung auf Primar- oder Sekundarschulstufe. Andererseits gibt es auch 12%, die bereits über ein Universitätsdiplom oder sogar einen akademischen Grad verfügen. 14% haben ihre Ausbildung vor dem 15. Lebensjahr beendet, 42% allerdings erst nach dem 21. Lebensjahr, wobei die Lehrer mit einem hohen Prozentsatz (27%) vertreten sind.

Diese Zahlen beweisen, daß die bildungsmäßig „von Haus aus“ Bewerter teils auch hier ihre Vorteile wahrzunehmen wissen, was nicht im Sinne der Grundsätze der Offenen Universität liegt. Ermutigend ist, daß diese Zahlen nicht einfach abschließend zur Kenntnis genommen werden, sondern daß sie sehr gezielt als Grundlagen für die Gestaltung von Anzeigenkampagnen in Massenblättern, die Gestaltung der Beratungstätigkeit im ganzen Land, die Gestaltung der Kurse usw. eingesetzt werden. Die Universität hofft, sehr rasch ihrem Ziel näherzukommen, mit ihrer Studentenschaft ein getreulichtes Abbild der Bevölkerung insgesamt zu erhalten.

### 3. 4. 5. Organisation der Studentenschaft

Für die Studierenden der Offenen Universität besteht eine Studentenvereinigung, die allerdings keine Zwangsmitgliedschaft kennt. Dem Rektorat ist ein Mitarbeiter zugeordnet, der aus-

schließlich die Aufgabe hat, der nationalen Studentenvereinigung Unterstützung zu gewähren und bei der Bildung von lokalen Vereinigungen Hilfe zu leisten. Das Rektorat bedauert, daß die Studentenvereinigung bis jetzt entgegen den in den Statuten getätigten Absichten ein politischer Verein geblieben ist, der Reisen, gesellschaftliche Anlässe und studentische Sozialeinrichtungen organisiert. Generell glaubt man an der Universität, daß es besser weder mit dem Mittel der Studentenvereinigung noch mit anderen Mitteln gelungen sei, ein starkes Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Studierenden zu wecken oder den Studierenden für mehr als seine unmittelbaren Bedürfnisse zu interessieren.

Die Studierenden können Vertreter in die Organe der Universität entsenden, wo sie Mitbestimmungsrecht haben. Da die Studentenvertreter von keiner eingetragenen und zivilrechtlichen Organisation unterstützt werden, wird ihr Gewicht von den Sprechern der Universität als zu gering eingeschätzt.

## 4. Die Kurse als zentrale Leistung

### 4. 1. Bedeutung

Gewissermaßen den Kristallisationspunkt des akademischen Lebens der Offenen Universität bilden die sogenannten *courses*, die Jahreskurse also, die etwa einer Vorlesung an einer hergebrachten Universität entsprechen. Ihnen kommt nicht nur eine ausschlaggebende Bedeutung für den Erfolg der Offenen Universität zu, in ihnen nimmt gleichzeitig das akademische Selbstverständnis der Universität Form an; sie geben im weiteren Anlaß und Anstoß zur Zusammenarbeit aller und müssen schließlich der skeptischen Prüfung der übrigen akademischen Welt standhalten. Dadurch wird der Beweis angetreten, daß es sich tatsächlich um eine Ausbildung handelt, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügt. Die Kursgestaltung ist demnach wohl auch an ganzem Experiment das intellektuell Aufregendste und akademisch Wegweisende zugleich.

### 4. 2. Die Prüfungen

Eine grundlegende Schwierigkeit, die es bei der Kursgestaltung zu bewältigen gilt, ist die, daß von keinem auch nur annähernd gleichmäßigen Stand der Vorbildung ausgegangen werden kann. An den Kursen nehmen ja im Extremfall auf der einen Seite Bergwerksarbeiter teil, die mit 13 Jahren die Grundschule verlassen haben, auf der anderen Seite jedoch Leute mit Universitätsabschlüssen. Der Kurs muß folglich so gut verständlich sein, daß er ohne oder mit sehr geringen formalen Voraussetzungen verfolgt werden kann, andererseits so anspruchsvoll, daß er dem Gegenstand und der wissenschaftlichen Zielsetzung zu genügen vermag. Schließlich soll erst noch das



Lerninteresse der Studierenden geweckt werden. Offenbar eignen sich verschiedene Fächer für dieses Unterfangen unterschiedlich gut. Das Problem ist schwieriger zu lösen in den stärker formalisierten Wissenschaften wie den technischen oder den mathematischen und einfacher in denjenigen, die sich von jeher eher der gesprochenen Sprache bedienen, wie die Sozial- oder Erziehungswissenschaften und die philosophisch-historischen Fächer.

Überspitzt könnte man sagen, daß im orthodoxen System der Student für seinen Lernerfolg verantwortlich ist. An der Offenen Universität sind es die Lehrer. Noch spitzer: Wenn ein Student einer gewöhnlichen Universität etwas nicht begrift, ist er ein Dummkopf; wenn ein Student der Offenen Universität nicht begrift, ist der Professor ein Dummkopf.

#### 4. 3. Die Kursgestaltung

Das Kursmaterial, das den Studierenden zur Verfügung gestellt wird, besteht aus eigens verfaßten Textbüchern, Radio- und Fernsehsendungen, Ausstellungen und Apparaturen für experimentelles Arbeiten sowie verschiedenen anderen Informationsträgern wie Tonbändern, Schallplatten, Dias usw. Unterricht im herkömmlichen Sinn (face-to-face-union) und Beratung findet in dreihundert über das ganze Land verstreuten Studienzentren statt, von denen etwa zwei Drittel mit Computer-Terminals ausgerüstet sind, welche es erlauben, direkten Zugriff zu einem größeren Datenverarbeitungssystem zu haben.

Das gesamte Kursmaterial ist in sogenannte Kurseinheiten unterteilt, welche jeweils die Arbeit für eine Woche ausmachen und den Studenten in der Regel zwischen 10 und 13 Stunden pro Woche während 32 bis 34 Wochen pro Jahr belasten. Konkret gesehen besteht die einzelne Einheit aus einer wöchentlichen Postsendung, die alle nötigen Texte, Programmhinweise, Prüfungsblätter usw. enthält. Vor allem in den naturwissenschaftlichen und technischen Fächern gehört zu fast jeder Kurseinheit eine Radio- und/oder Fernsehsendung.

Da dem einzelnen Kurs so große Bedeutung zukommt, wird auf seine Herstellung die größte Sorgfalt verwendet. Die Erstellung eines Kurses, die mit der Gestaltung einer Vorlesung in einer anderen Universität verglichen werden kann, hat sich als die größte Herausforderung an die Universität in ihrer Gründungsphase herausgestellt. Die Kurse werden nicht wie eine Vorlesung von einem einzelnen Fachvertreter, dem ordentlichen Professor der entsprechenden Disziplin, geschrieben, sondern von einer Gruppe, in der mehrere Fachvertreter, Fernseh- und Radioproduzenten, Tutoren, Erziehungswissenschaftler sowie Vertreter der Produktionsbetriebe teilnehmen. Das sogenannte Course-Team besteht aus bis zu zwanzig Personen, wobei die oben genannten Gruppen obligatorisch ver-

treten sein müssen. Die Akademiker selbst haben berichtet, daß es für man eine unter ihnen anfänglich ein formales Brichbild war, als ihre Fachkenntnis nicht einfach akzeptiert, sondern in Frage gestellt, kritisch begutachtet und mit Anregungen versehen wurde. Es ist wohl nur der ausgeprägten Kooperationswilligkeit aller Beteiligten zuzuschreiben, daß dieses Verfahren nicht zu unüberwindlichen Konflikten geführt hat. Die Beteiligten haben gelernt, die Kritik der übrigen Gruppenteilnehmer nicht als Anmaßung, sondern als Chance zur Verbesserung zu begreifen.

Das Kursmaterial ganz allgemein ist so faszinierend gestaltet, daß man sich in Texten sofort festliest, in Fernsehsendungen klebebleibt, die Experimentieranleitungen mit sich nach Hause schieppen und sofort ausprobieren möchte. Energie und Fantasie, die aufgewendet werden, um etwas verständlich zu machen, sind außerordentlich beeindruckend. Der Aufbau der einzelnen Kurseinheiten bewirkt, daß man geradezu in die Argumentation hineingezogen und so geschickt vom Einfachen zum Schwierigeren geführt wird, daß keine Schreckreaktionen vor Neuem, Unbekanntem auftreten können. Der Einfluß der Bildungswissenschaftler auf die Kursgestaltung ist ganz offensichtlich. Darüber hinaus sind die Textbücher und Readers graphisch sehr anspruchsvoll gestaltet, die Fernsehsendungen (von der BBC produziert) mit professioneller Meisterschaft gemacht, die Experimentieranleitung geradezu ingenieus. In allem spürt man sehr viel engagierten Sachverstand.

Ein guter Teil der Faszination, die von den Kursen ausgeht, mag darin bestehen, daß Probleme immer in größeren, oft gesellschaftlichen Zusammenhängen behandelt werden. Man macht an der Universität generell den Unterschied zwischen „intrinsic view“, dem Standpunkt, der nur die interne Logik eines Gegenstandes berücksichtigt, und „extrinsic view“, wo die Logik des größeren Zusammenhanges in Betracht gezogen wird. So werden z. B. in Technologiekursen fast ebenso häufig die Auswirkungen bestimmter Techniken auf unsere Umwelt diskutiert wie die Techniken selbst. Die praktischen Arbeiten beinhalten oft die Teilnahme an einem größeren Forschungsprojekt, das ökologischer, soziologischer oder sonst wie gesellschaftspolitischer Natur sein kann. Man hat sich aus Gründen der Wirklichkeitsnähe im weiteren darauf festgelegt, daß die längste Lebensdauer eines Kurses vier Jahre betragen soll. Danach muß er neu geschrieben werden.

Die Kursgestaltung im Team hat u. a. zur Folge, daß an der Offenen Universität die herkömmliche akademische Struktur stärker als ohnehin schon in Frage gestellt wird. Die Professoren beginnen sich selbst zu fragen, was ihnen überhaupt das Recht gäbe, sich als Professoren zu bezeichnen, da ihr Beitrag zur Kursgestaltung nur begrenzt

und z. B. derartige der Bildungswissenschaftler als ebenso wichtig anzusehen sei. Diese Frage kann sich natürlich nur ein akademisches Gremium stellen, das auf die höheren Zeichen der Würde nicht angewiesen ist, weil es sich die Anerkennung sonstwie erworben hat.

Die Kurse wären in der heutigen Form ohne eine sehr gute Zusammenarbeit mit der BBC, die sämtliche Radio- und Fernsehprogramme produziert, nicht denkbar. Die BBC hat eine eigene Produktionsstätte für die Offene Universität angemietet, die mit etwa 300 Beschäftigten in eigens eingerichteten Studios im Alexandra Palace in London arbeitet. Später sollen die Studios auf den Campus verlegt werden. Bezahlt wird die Einheit allerdings von der Universität, die etwa 25% ihres Budgets für diese Zwecke ausgibt. An der Studierzeit gemessen nehmen die Ausstrahlungen allerdings bloß etwa 10% in Anspruch, so daß es sich um einen vergleichsweise teuren, aber unabdingbaren Bestandteil der Kurse handelt.

Was die Experimentieranrichtungen angeht, so denkt man dabei zuerst gerne an Spielwaren. „Der kleine Chemiker“ oder „100 elektrische Apparate“ tauchen vor einem auf. Um so größer ist dann die Überraschung, wenn sich herausstellt, daß zu diesen Ausrüstungen leistungsfähige Mikroskope, Kleincomputer, Oszillographen u. ä. gehören, die den Studenten völlig uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden.

Interessant ist schließlich, daß es keine Kurse gibt, die ganz oder z. T. aus programmiertem Unterricht bestehen. Man hält diese Art der Gestaltung des Lernstoffes für viel zu aufwendig, als daß man es sich leisten könnte, mit dem zur Verfügung stehenden Budget auch noch programmierten Unterricht zu machen. Das Verhältnis zwischen Produktionszeit und Studierzeit ist bereits beim angewendeten Verfahren etwa 50:1 und würde bei programmiertem Unterricht noch viel ungünstiger ausfallen.

Schließlich sollte noch einmal auf die Bedeutung der Tutoren und Berater eingegangen werden, auf die sich der Studienbetrieb in sehr beträchtlichem Umfang stützt. Die Offene Universität profitiert hier von der gut ausgebauten Erwachsenenbildung in Großbritannien, die auf ein Gesetz von 1944 zurückgeht und eine bedeutende Infrastruktur aufweist. So gibt es in jeder größeren Ortschaft Lokalisationen und in Erwachsenenbildung bewanderte Lehrkräfte, die den Zwecken der Universität dienstbar gemacht werden konnten. Es arbeiten über 5000 teilzeitbeschäftigte Tutoren und Berater für die Universität.

#### 4. 4. Studiererfolg

Der kontinuierlichen Ermittlung des Studienfortschrittes wird große Bedeutung beigemessen. Diese wird auf zweierlei Weise vorgenommen: Neben



den eigentlichen Examen am Schluß jedes Kurses, die wie schriftliche Klausuren durchgeführt werden, findet eine begleitende Beurteilung in sehr kurzen Abständen statt, die entweder in Form von computerausgewerteten Standardfragebogen oder als schriftliche, durch Tutoren zu bewertende Arbeiten auftritt. Über den Lernerfolg in einem Kurs entscheiden sowohl die Noten aus der begleitenden Beurteilung wie aus der Schlußprüfung. Mit der Notengebung werden drei Hauptziele verfolgt: Die Leistung des Studierenden soll in formaler Weise erfasst werden; dem Studierenden sollen im Sinne eines feedback ständige Informationen über seinen Lernfortschritt zukommen; und schließlich soll die Qualität ganzer Kurse oder gewisser Teile davon beurteilt werden können. Für dieses letzte Ziel werden auch spezielle Umfragen unter den Studenten, Tutorenberichte usw. ausgewertet.

Um zu verdeutlichen, welche große Bedeutung der Bewertung des Studierenerfolges beigemessen wird, mag die Tatsache erwähnt werden, daß mehr und mehr course teams bei der Erstellung eines Kurses versuchen, diesen gewissermaßen vom Ende her zu gestalten, nämlich von den Fragestellungen, die der Student einmal beantworten können soll, weil sich in ihnen die Zielsetzungen des Kurses am besten fassen lassen.

Der Studierenerfolg der Studierenden insgesamt wird natürlich von der Universität sehr sorgfältig verfolgt und ausgewertet, weil sich darin schließlich der vorläufige Erfolg ihrer Tätigkeit ausdrückt. Der eigentliche Erfolg wird allerdings erst sichtbar werden, wenn sich Absolventen der Offenen Universität im Berufsleben bewährt haben werden. Von den Examen her gesehen sind die Ergebnisse der ersten drei Jahre außerordentlich ermutigend. So hat sich z. B. gezeigt, daß die Chance, einen bestimmten Kurs zu bestehen, für Absolventen mit der niedrigsten formalen Qualifikation (Vollschule ohne Abschluß) nicht sehr viel schlechter ist als für diejenigen mit der höchsten (Universitätsabsolventen). Die Erfolgsquote liegt bei der ersten Gruppe bei 55%, bei der zweiten bei 85%. Es ist also keineswegs so, daß es für die bildungsunfähigen Benachteiligten aussichtslos wäre, das Studium aufzunehmen. Allerdings, und das war kaum anders zu erwarten, schlossen die Prüflinge mit besserer bildungsmäßigen Voraussetzungen im Durchschnitt auch mit besseren Noten ab. Die Erfolgsquote liegt alles in allem knapp über 70%.

Über den Erfolg der Studierenden im Sinne der Bewährung im Berufsleben können vorläufig nur Vermutungen angestellt werden, weil noch zu wenig Abschlüsse vorliegen. Man kann allerdings annehmen, daß sich die meisten unter ihnen sehr gut bewähren werden, weil sie eine sehr hohe Selbstmotivation und ein unübliches Ausmaß an Training im selbständigen, be-

rufsbegleitenden Lernen aufweisen. Sie werden auf diese Weise die „education permanente“ auch später mit größerer Leichtigkeit zu verwirklichen imstande sein als Berufskollegen, die eine normale Ausbildung durchlaufen haben.

## 5. Administrative und finanzielle Aspekte

### 5.1. Administration

Nicht weniger eindrücklich als die akademischen Leistungen sind die verwaltungsmäßigen, wenn man daran denkt, wie unglaublich kurz die zur Verfügung stehende Zeit seit der Gründung war, wie anspruchsvoll die Lehrmethoden, wie gewaltig die Studentenzahlen und wie groß die zusätzlichen Probleme, die sich daraus ergeben, daß die Studierenden (und z. T. ihre Lehrer) über das ganze Land verstreut sind. Schon nur Vorbereitung, Produktion und Versand der wöchentlichen course units verlangt eine durchaus generalstabsmäßige Planung, im weiteren betätigt sich die Verwaltung sehr erfolgreich im Marketing der zahlreichen universitätsseitigen Autorechte, Lizenzen, Bücher, Filme usw., deren Umsatz im Jahre 1973 bereits den Betrag von 750.000 Pfund (ca. 1,25 Milliarden Lire) erreichte.

Wer mit den Schwierigkeiten einer Hochschulleitung vertraut ist, mag durch diesen Aspekt der Universität am meisten verblüfft sein: wie perfekt die Administration funktioniert.

Allerdings ist sie mit verhältnismäßig starken personellen Mitteln ausgestattet. Von den gegenwärtig rund 1900 Beschäftigten sind über 300 in der Operations area (Produktionsbetriebe) und 600 in irgendeiner Form in der Verwaltung tätig. (Die restlichen 900 verteilen sich auf die rund 300 BBC-Angestellten und die rund 600 Personen mit akademischen Aufgaben.)

### 5.2. Finanzielles

Der finanzielle Aufwand für die einzelnen Studierenden variiert von Kurs zu Kurs. Grundkurse sind in der Regel billiger als Kurse auf höheren Stufen. Außer den sehr bescheidenen Immatrikulationsgebühren entstehen für den Studierenden überhaupt keine weiteren direkten Kosten. So wird z. B. das gesamte gedruckte Material unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dort, wo selbst die Gebühren nicht erbracht werden können, besteht die Möglichkeit, aus einem Fond Zuschüsse zu erhalten.

Man könnte erwarten, daß eine solchermaßen ausgerüstete und organisierte Universität sehr teuer wäre. Das Gegenteil ist der Fall. Die Universität wurde 1973 mit 38.000 Studierenden etwa mit dem gleichen Budget betrieben wie eine der größeren schwedischen Universitäten mit 6000 bis 9000 Studenten, nämlich mit umgerechnet rund 18 Milliarden Lire. Das Budget pro 1974 betrug rund 25 Milliarden Lire für 42.000 Studierende.

Es verteilt sich wie folgt:

Zentralverwaltung	13%
Regionalverwaltungen	13%
Fakultäten	14%
Direkte Kosten für die Ausbildung	19%
Sommerkurse	6%
Unterhalt, Mieten usw.	9%
BBC (Fernsehen)	18%
Zentrale Produktionsbetriebe	6%
Institut für Lerntechnologie	2%
Die Einnahmen verteilen sich wie folgt:	
Öffentliche Mittel	83%
Studiengebühren	13%
Übrige Einkommen (Verkäufe usw.)	4%

Allerdings ist bei Quervergleichen Vorsicht am Platz. So findet z. B. im Augenblick an der Universität außer am Institut für Lerntechnologie sozusagen keine Forschung statt; die auf Dauer unhaltbare Zustand aber auch unter dieser Einschränkung muß aufpassen, wie unglaublich niedrig die Kosten pro Student sind. Nach den universitätsseitigen Angaben bewegen sie sich zwischen 1/5 und 1/6 der Kosten an anderen englischen Universitäten. Hier ist auch der Grund zu suchen, weshalb der Betrieb seitlich mit einer sehr großen Anzahl von Studierenden aufgenommen wurde. Die Überlegung war damals die, daß angesichts des sehr hohen Fixkostenteiles bei der Kursproduktion versucht werden müsse, die größtmögliche Zahl von Studierenden auszubilden, um die Kosten möglichst breit zu verteilen und gesamtwirtschaftlich gesehen einen hohen Ausbildungseffekt zu erzielen. Die von Regierungsseite anfänglich vorgeschlagene Versuchphase mit wenigen Hundert Studierenden wurde fallen gelassen, weil die Universität die Regierung davon überzeugen konnte, daß es kaum zu verantworten wäre, mit den so oder so benötigten beträchtlichen öffentlichen Mitteln nur einige wenige auszubilden. Tatsächlich bildet die Universität heute schon 10% aller Absolventen in Großbritannien aus.

Ein markanter Unterschied zu unseren Universitäten besteht schließlich darin, daß die Offene Universität (wie die übrigen englischen Universitäten) völlig selbständig über die ihr zur Verfügung gestellten staatlichen Mittel verfügen kann. Es ist als ziemlich sicher anzusehen, daß die Gestaltungs- und Anpassungsfähigkeit, die ihr daraus entstehen, die bisherige Entwicklung und Leistung der Universität überhaupt erst möglich gemacht haben. Die große ungeteilte Verantwortung, die ihr durch die selbständige Verwaltung ihres Budgets zukommt, bewirkt für den außenstehenden Beobachter, daß auch die akademischen Kräfte ungewöhnlich gut Bescheid über finanzielle und verwaltungstechnische Dinge wissen und viel weniger geneigt sind, diese als etwas Ordinäres, Geistloses, dem Höhenflug der Wissenschaft letztlich Abträgliches zu betrachten. Ganz allgemein hat man den Eindruck einer gutgeführten, zielgerichteten, schlagkräftigen und selbstbewußten Organisation.

## 6. Schlussfolgerungen

Es stellt sich einmal die Frage, wie weit dieses so augenfällig erfolgreiche und „billige“ Bildungssystem in andere Länder exportiert werden könnte. Da wurde von Anfang an darauf aufmerksam gemacht, daß die Offene Universität in mancherlei Hinsicht auf die spezifisch britischen Verhältnisse zugeschnitten sei und von mancherlei strukturellen Voraussetzungen profitiere. Insbesondere wurde auf die Bedeutung der bereits bestehenden Erwachsenenbildungszentren und auf die Bedeutung der zweiten Sendekette der BBC hingewiesen. Dann ist auch daran zu denken, daß es leichter ist, in einem 50-Millionen-Volk genügend Bildungswillige im Erwachsenenalter zu finden als in einem kleineren Land, wenn eine vernünftige Relation zwischen Aufwand und Ausbildungseffekt hergestellt werden soll.

Man würde sich allerdings die Sache zu leicht machen, wenn man darob mit der Entscheidung, daß die Offene Universität wunderbar, aber anderswo oben nicht realisierbar sei, zur Tagesordnung überginge. Vielmehr gilt es, ihre hauptsächlichsten Elemente sehr sorgfältig auf ihre Verwendbarkeit bei unseren Verhältnissen zu prüfen. Folgende Ideen scheinen von grundlegender Bedeutung zu sein:

— Die Universität ist gezwungen, sich streng an das Wesentliche zu halten, weil die finanziellen, organisatorischen und zeitlichen Einschränkungen sehr viel rigoroser als in einer anderen Universität sind. Dies bedingt eine genaue Formulierung der Ziele, die erreicht werden sollen, und führt im Mittel Einsatz zu einem Konzept, das die funktionsübliche Einfachheit an die Stelle der raffinierten Kompliziertheit rückt. Dies gilt vor allem für die technischen und die naturwissenschaftlichen Fakultäten. Ein besonders schlagendes Beispiel mag dies veranschaulichen:

Im Grundkurs für Naturwissenschaften galt es, das Problem der Materialfestigkeit zu behandeln. Die Härte eines Metalles wird in der Regel mittels einer komplizierten Apparatur gemessen, die hydraulisch einen standardisierten Stempel mit standardisiertem Druck in die Oberfläche des Prüflingens preßt, wobei die Tiefe des Eindruckes gemessen und in Härtegrade rückübersetzt wird. Nun war es ausgeschlossen, jedem Studierenden im Rahmen seiner Experimentierausrüstung eine solche Meßapparatur zur Verfügung zu stellen, die ohne weiteres mehrere zehntausend Franken kostet. Statt dessen entwickelte man ein Gerät, das im Prinzip wie ein Nußknacker funktioniert und auch so aussieht, mit einer aufgestellten Stricknadel als Druckmesser. Die solchermaßen ermittelten Werte bei Härteprüfungen wichen um weniger als 5% von denjenigen ab, die mit

der teuren Laboratoriumsausrüstung erzielt worden waren.

Über die Bewunderung für die Fantasie und das Geschick, mit welchen solche und ähnliche Probleme gelöst werden, sollte die grundsätzliche Wichtigkeit dieses Vorganges erkannt werden. In einer Zeit, wo alle möglichen Grenzen des Wachstums sichtbar werden, wird wiederum ein ganz neuer Typ von Experten gefragt sein: derjenige nämlich, der es versteht, ein Problem mit den einfachstmöglichen Mitteln auf brauchbare Art zu lösen. Wer sich in dieser neuen Situation seine Kenntnisse unter einfachen Bedingungen gewissermaßen am häuslichen Küchentisch erworben hat, wird einen unschätzbaren Vorteil gegenüber demjenigen besitzen, der in einer aufwendig installierten Laboratoriumslandschaft groß geworden ist.

— Außerordentlich beeindruckend ist sodann der stets hergestellte Bezug zur Wirklichkeit, der ganz ohne ideologische Verknüpfung auftritt. Man weiß nicht recht, ob das überhaupt erkennbar oder einfach britischer Mentalität zuzuschreiben ist. Natürlich stehen die meisten Universitätsangehörigen der Labour Party näher als den Tories, aber eines steht nach dem vorgelegten Beispiel der Offenen Universität fest: Ein Lehrer, der deutlich darauf hinweist, daß sozusagen alles was wir tun, gesellschaftliche Implikationen hat, braucht noch lange kein linksradikaler Wütkopf zu sein, und wenn andererseits ein Fach vorerst einmal rein und in seiner internen Logik dargestellt wird, braucht auch nicht gleich ein vulgärmarxistischer Proteststurm loszubrechen.

— Akademisch von großer Wichtigkeit und von wegweisender Bedeutung ist zweifelsohne die Gestaltung der Lehrgänge, die in Gruppen stattfinden und stets Vertreter verschiedener Disziplinen vereinigt. Im herkömmlichen System ist es als relativ softer Glückfall zu bezeichnen, wenn ein Dozent gleichzeitig hervorragender Fachvertreter und vorzüglicher Didakt ist. Dieser „Zufallstreifer“ wird an der Offenen Universität gewissermaßen zur Regel gemacht, indem es gelang, bereits die Grundauslese der Dozenten positiv zu gestalten, und indem die verschiedenen Gesichtspunkte von wissenschaftlicher Anspruch, Didaktik, Lehrmaterialgestaltung, administrativen Bedürfnissen usw. von Anfang an einbezogen werden. Der interdisziplinäre Aspekt gerät nicht zur widerwillig absolvierten Pflichtübung, sondern dient oft als akademisches Fundament für den ganzen Kurs.

Ein weiterer Zwang, der sich aus der Gruppenarbeit ergibt und sich sehr positiv auswirkt, besteht darin, daß Zielformulierungen sehr sorgfältig ausgearbeitet werden müssen,

um der gemeinsamen Arbeit von Anfang an eine präzise Richtung zu geben.

— Der eigentliche Grund, weshalb die Offene Universität bisher so erfolgreich war, liegt wohl darin, daß es gelang, genügend überdurchschnittlich motivierte Leute an einem Ort und für ein großes Projekt zusammenzubringen, damit gewissermaßen die kritische Masse überschritten war und eine gegenseitige positive Beeinflussung und ein Leistungsanstreben stattfinden konnten. An einer neuen Art von Bildung Interessierte gibt es überall, nur beginnen sie in der Regel mit mutigen Einzelvorstößen, die in der weichen Nachgiebigkeit der traditionell eingestellten Umgebung verpuffen, begnügen sich später mit verhalten Kraftakten und resignieren schließlich.

— Eine Bildungseinrichtung wie die Offene Universität scheint vor allem eine ausgezeichnete Möglichkeit zu sein, für Frauen einen Einstieg oder Wiedereinstieg in eine anspruchsvolle Tätigkeit zu bieten, wenn die familienbedingte „Zwangspause“ ihrem Ende entgegen geht. Bei persönlichen Begegnungen mit Studierenden fiel die geradezu enthusiastische Hingabe und Begeisterung der Hausfrauen auf, die häufig zum ersten Mal in ihrem Leben die Möglichkeit sahen, etwas „Vernünftiges“ zu tun, Anerkennung zu erwerben, Erfolgserlebnisse zu haben. Hier wird ohne Zweifel ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Emanzipation geleistet.

Die Nachteile des Systems werden von den Universitätsangehörigen weder abgestritten noch bagatelisiert. Es wird auch kein Absolutheitsanspruch erhoben.

Es ist z.B. die Frage erlaubt, wie die Universität funktionieren wird, wenn einmal die Begeisterung der Gründerezeit vorbei sein wird, die Routine die Oberhand gewinnt, die Lehrgänge im großen und ganzen geschrieben sind. Wo wird der akademische Reiz noch sein, wenn man bedenkt, wie eingeschränkt die Forschungsmöglichkeiten an der Universität im Augenblick sind? Wird die rigorose Einschränkung der Möglichkeiten in den experimentellen Wissenschaften eine umfassende Ausbildung nicht letztlich doch verunmöglichen? Wird die schwer aufbrechende Isolation des einzelnen Studenten nicht dazu führen, daß die Universität im Endeffekt bloß Tüftler und Eigenbrödlerr und keine in Teamarbeit geschulte Akademiker produziert? Ist die dauernde zusätzliche Belastung für Berufstätige nicht schließlich doch zu groß? Kommt man letzten Endes wirklich an die bildungsmäßig Benachteiligten heran? Was ist schließlich mit den doppelt Benachteiligten zu tun, denjenigen nämlich, die nicht einmal gelernt haben, Wissensbegierde zu entwickeln?

# Der SKOLAST fragte – und hier ist die Antwort von 75 Lesern

Hauptinteresse: Schul- und Bildungsfragen sowie Landes- und Parteipolitik  
Gewünschte Form: Berichte und Dokumentationen

Keine Sensation, aber ein kleiner Erfolg wurde die Fragebogenaktion des SKOLAST. Man wird aus dem Ergebnis kein Leserbild erstellen können; Leserwünsche allerdings sind geäußert worden und da mehr als die Hälfte der Beantworter sich als regelmäßige Leser bezeichnen, kann man diese auch vorsichtig verallgemeinern.

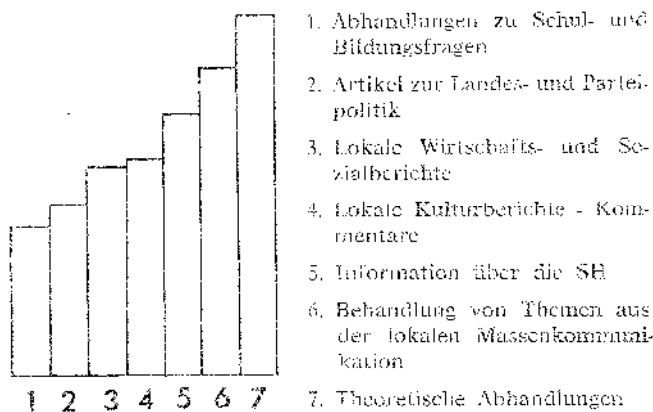
Die Rücklaufquote von 3 Prozent der SKOLAST-Auflage gibt zwar nicht zur Vermutung Anlaß, die Leser hätten nur darauf gewartet, mobilisiert zu werden. Da aber mit der Retourierung eines Fragebogens keinerlei Benefizien wie Gratisabonnements oder Reisen in ferne Länder verbunden waren und auf der ganzen Welt eine Umfragemüdigkeit und -sättigung auftritt, kann der SKOLAST mit diesem Ergebnis zufrieden sein.

Natürlich gab es im Rahmen der Befragungsaktion auch Randbemerkungen sowie zusätzliche Stellungnahmen und 15 – also ein Fünftel der Beantworter – gaben sogar an, an einer Mitgestaltung ihrer Zeitschrift interessiert zu sein. Auf einem Viertel der eingelangten Fragebögen waren ferner konkrete Themenvorschläge für die nächsten Nummern angegeben.

Etwas verblüffend ist die Tatsache, daß von den Beantwortern 83 Prozent dem männlichen Geschlecht angehören. Eine ausgesprochene Frauenzeitschrift scheint der SKOLAST also nicht zu sein. Allerdings – und das soll zur Rechtfertigung gesagt sein – ist das weibliche Geschlecht bei den Südtiroler Hochschülern im Vergleich zum übrigen Staatsgebiet und zum europäischen Durchschnitt stark unterrepräsentiert.

Daß der SKOLAST in erster Linie von Hochschülern gelesen und als ihr Standsblatt betrachtet wird, beweisen folgende Zahlen: 53 der Antwortenden stehen im Studium, 9 haben ihr Studium mit der Matura eingestellt und nur 13 haben ein Hochschulstudium abgeschlossen.

## Was interessiert nun den SKOLAST-Leser?



Die graphische Darstellung der Umfrageergebnisse zeigt ganz deutlich, daß den SKOLAST-Leser die Abhandlung seiner eigenen Welt und seiner Probleme am stärksten interessiert. Beiträge über Schul- und Bildungsfragen rangieren somit mit deutlichem Vorsprung auf Platz Nummer eins. Sie wurden bei der Gestaltung des SKOLAST im Verlauf der Jahre wohl auch am meisten berücksichtigt, vor allem seitdem sich die Südtiroler Hochschülerschaft mit nicht unbedeutendem

Engagement für die Errichtung einer Hochschuleinrichtung in Bozen ausspricht.

Interessant ist, daß an zweiter Stelle im Wunschkatalog bereits Artikel zur Landes- und Parteipolitik aufscheinen. Gerade diese Themen sind bisher eher Berichten über Kultur- und kulturelle Ereignisse zum Opfer gefallen. In Zukunft sollen sie nach Meinung der SKOLAST-Leser mehr Berücksichtigung finden.

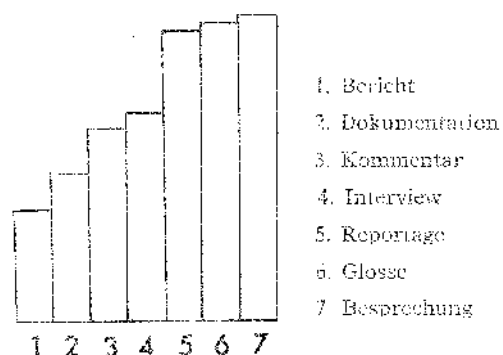
An dritter Stelle folgen lokale Wirtschafts- und Sozialberichte.

Das erhöhte Interesse an der Darstellung dieser Problemkreise dürfte unter anderem eine Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und sozialen Spannungen sein, die in den letzten Jahren und Monaten auch in Südtirol Schlagzeilen machten. Ferner dürfte die Sorge nach einem geeigneten Arbeitsplatz nach Vollendung des Studiums in einzelnen Hochschülern den Wunsch nach Informationen auf diesem Sektor wachrufen.

Relativ geringes Interesse besteht für die Abhandlung der lokalen Kulturszene und der Südtiroler Hochschülerschaft selbst. Die Information über die SH ist erst an fünfter Stelle gefragt. Auch Abhandlungen über die lokalen Massenmedien scheinen nicht sehr gewünscht, obwohl sich die Südtiroler Hochschülerschaft von diesen nicht immer mit Handschuh behandelt sieht. Ein unbestimmtes, noch zu lokalisierendes Gefühl der Ohnmacht mag vielleicht zu diesem Desinteresse geführt haben.

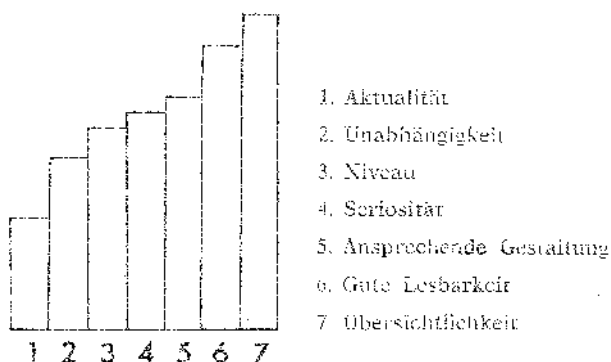
An letzter Stelle – und das ist eine kleine Überraschung – rangiert im Wunschkatalog die Theorie. „Weniger langatmige theoretische Abhandlungen“ wünscht sich beispielweise ein Ernährungswissenschaftler. Da der SKOLAST in den letzten Ausgaben seine theoretischen Beiträge verstärkt hat, mag vielleicht eine gewisse Sättigung eingetreten sein.

## Der SKOLAST sollte primär berichten



Berichte und Dokumentationen, die journalistisch gesehen trockensten Formen, Inhalte anzubieten, sind anscheinend bei den SKOLAST-Lesern sehr beliebt. Ziemlich weit abgeschlagen folgen dann die meinungsbildenden Formen wie Kommentar, Glosse und Besprechung. Interviews und Reportagen nehmen Mittelwerte ein. Diese aus der obigen Graphik ersichtliche Reihenfolge läßt den „Informationshunger“ vor allem jener Südtiroler Hochschüler erkennen, die außerhalb des Landes studieren. Sie möchten über das Geschehen in Südtirol in erster Linie informiert werden. Die Meinung darüber möchten sie sich lieber selbst bilden. Interviews und Reportagen können eingestreut werden, sollten jedoch nicht die Oberhand bekommen.

**Der SKOLAST muß aktueller werden**



Anmerkung: Da die Bewertung nach dem österreichischen Notensystem durchgeführt wurde, haben die in den Graphiken jeweils kleineren Blöcke den höheren Wert.

Der Begriff Aktualität muß in diesem Zusammenhang wohl relativ gesetzt werden. Der SKOLAST wird niemals Tagesaktualität oder das jüngste Gegenwartsgeschehen bringen können, sondern wird höchstens insofern aktuell sein können, daß er die für seine Leser relevanten Inhalte sobald als möglich aufgreift. Aktuell heißt somit nicht mehr in erster Linie zeitlich möglichst nah am Ereignis, sondern kennzeichnet die Relevanz der Bewußtseinsinhalte, die angeboten werden sollen. Daß man mit ihrer Abhandlung jedoch nicht allzu lange warten sollte, geht ebenfalls aus der Umfrage hervor. Derzeit erscheint der SKOLAST rund dreimal im Jahr. Dreiviertel der Beantworter des Fragebogens wünschen sich jedoch den SKOLAST monatlich ins Haus. Einige möchten ihn sogar wöchentlich lesen können. Ein Viertel rund ist mit der jetzigen Erscheinungshäufigkeit zufrieden. An zweiter Stelle dieser Tabelle rangiert die Unabhängigkeit. Die Erfüllung dieses Wunsches würde voraussetzen, daß der SKOLAST von einigen „unabhängigen“ Journalisten oder Mitarbeitern geschrieben wird. Derzeit wird die Redaktion jedoch so geführt, daß mehr oder weniger alle Artikel ohne Zensur abgedruckt werden, die bei der SH einlaufen. Sämtliche Artikel „geben die Meinung der Autoren“ wieder.

Unabhängig ist der SKOLAST jedoch insofern, daß er nicht von höheren Stellen unter Druck gesetzt wird und daß jeder prinzipiell die Möglichkeit hat, dort zu veröffentlichen.

Gefragt sind bei den SKOLAST-Lesern auch die Kriterien Niveau und Seriosität. Die beiden jedoch weder im Fragebogen noch in den Antworten näher umschriebenen Begriffe liegen mit der Benotung 2,6 und 2,8 ziemlich weit vorne ein Hinweis für die Artikelschreiber und den Pressereferenten.

Eher gleichgültig steht der SKOLAST-Leser dem technischen Teil seiner Zeitung gegenüber. Ansprechende Gestaltung, gute Lesbarkeit und Übersichtlichkeit sind Kriterien, die ihn am wenigsten berühren. Andererseits sollten aus diesen Angaben keine falschen Schlüsse gezogen werden. Vielleicht könnten gerade durch eine technisch bessere (nicht teuerere) Gestaltung neue Leser gewonnen werden.

**Resümee**

Gewünscht sind: Monatliches Erscheinen, Abdruck von niveaurichtig hochstehenden Berichten und Dokumentationen vor allem über Schul- und Bildungsfragen sowie über Landes- und Parteipolitik. Die Artikel sollten weiters aktuell sein.

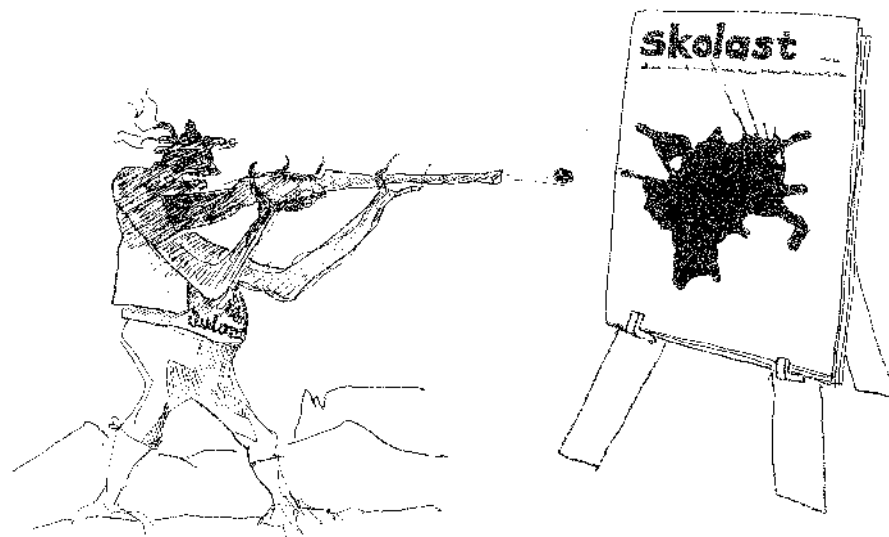
Wenig gewünscht sind: theoretische Abhandlungen und das Veröffentlichen in meinungsbildender Form (Glosse, Besprechung usw.). Technische Perfektion ist nicht gefragt.

**Nachwort**

Die Redaktion wird bemüht sein, die eingebrachten Vorschläge so stark als möglich zu berücksichtigen. Damit diese jedoch nicht erstarren, wäre ein ständiger Kommunikationsfluß zwischen Redaktion und Lesern wünschenswert. Eine permanente Kontrolle durch den Leser (vielleicht in Form von Leserbriefen) könnte erst die Gewähr dafür bieten, daß der SKOLAST wirklich zur Zeitung seiner Leser wird. Die eingegangenen Themenvorschläge sollen in den kommenden Nummern abgehandelt werden. Der Wunsch nach monatlichem Erscheinen wird schwer verwirklichtbar sein. Einmal fehlen dazu die Mitarbeiter und zum zweiten das Geld.

Zum Schluß sei noch allen jenen gedankt, die auf die Initiative reagiert haben. Die „große schweigende Mehrheit“ wird gebeten, ihre Unlust über unser Presseprodukt und über unser „undemokratisches Verhalten“ nicht ausschließlich in den „Dolomiten“ abzureagieren (Vgl. z.B. „Dolomiten“ Nr. 3 vom 7.1.1978, S. 13: „Es klingt fast paradox...“).

Die Redaktion.



# Stellungnahme der Basisgruppen

Die im Folgenden abgedruckte Stellungnahme wurde am 13. 12. 1974 und am 4. 1. 1975 (Einschreiben) von den Basisgruppen der Bozner Oberschulen der Redaktion der „Dolomiten“ zugesandt. Sie bezieht sich zwar auf den ersten Artikel der „Dolomiten“ über die Basisgruppen („Schuljugend: Freiwild für rote Pauker“, „Dolomiten“ vom 10. 12. 1974), hat aber auch für die später erschienenen Artikel und Leserbriefe Gültigkeit.

Wenn auch die „Dolomiten“ diese Stellungnahme nicht abgedruckt hat, so behauptet der Kommentator K. („Über die Toleranz“, „Dolomiten“ vom 28. 1. 1975) unter anderem dennoch, daß alle zu Wort gekommen seien. Damit stellt sich die „Dolomiten“ selbst das Zeugnis ihrer „Toleranz“ aus.

Der Artikel der „Dolomiten“ vom 10. 12. 1974 (Schuljugend: Freiwild für „rote Pauker“) bedarf aufgrund des Mangels an belegter Information sicher einer Gegendarstellung von Seiten der direkt angesprochenen Basisgruppen. Das ist deshalb notwendig, weil nur dadurch jene Eltern erreicht werden können, die die „Dolomiten“ mit ihrem Artikel ansprechen wollten. Dem aufmerksamen Leser, der nicht alles Geschriebene gleich für bare Münze nimmt, wird sicher aufgefallen sein, daß es dem Schreiber des Artikels nicht so sehr auf die Darstellung des Geschehens an den Schulen, der Probleme der Schüler in der Schule ankommt, sondern vielmehr darauf, ihn Leser von vornherein eine Abneigung gegen bestimmte Interessengruppen zu erzeugen. Das Anhören beider Seiten gilt jedoch schon seit jeher als Voraussetzung einer einigermaßen umfassenden Meinungsbildung. Die Beiträge der „Dolomiten“ zum Bereich Schule und die damit zusammenhängenden Probleme sind eher spärlich, wenn man vom alljährlichen Registrieren der Schulraumnot in den einzelnen Landesteilen einmal absieht. Bietet sich jedoch irgendwie die Möglichkeit, Vorkommnisse oder Äußerungen in agitatorischer oder propagandistischer Hinsicht auszuschärfen, so sind die „Dolomiten“ sofort dabei. Nach manchen anderen (Hochschülerschaft, Gewerkschaften z. B.) haben das auch die Basisgruppen der Bozner Oberschulen erfahren müssen. Um nicht fruchtloser Polemik Vorschub zu leisten, soll nun versucht werden, kurz die **Vorstellungen dieser Schülergruppen wiederzugeben**; sie sind auch in der „Schülerzeitung“ abgedruckt, aus der der Artikelschreiber der „Dolomiten“ ihm gewisse Teile herausreißt und verdreht (so z. B. wird dort nie „zum massiven Kampf der Schüler mit Schulautorität und Lehrern“ aufgerufen).

Wir kritisieren die Schule nicht, weil sie zu eckig oder zu rund, zu lang oder zu breit ist, sondern:

— weil wir der Meinung sind, daß nicht alle die gleichen Chancen beim Schulbesuch haben. Der Schulbesuch kostet bekanntlich Geld (Schul-taxen, Bücherkosten, für viele auch Transport-, Mensa-, Heizkosten). Dies betrifft besonders die minder-bemittelten Teile des Volkes. Die allerdings noch zaghaften Versuche der Landesregierung, diesen Mißständen abzuwehren, kommen sicher nicht ganz von alleine, sondern sind wohl auch als Reaktion auf das Unbehagen unter vielen Leuten zu sehen. Und hier gibt es bei uns in Südtirol wirklich noch viel nachzu-holen, denn über 30% der deutschen Mittelschüler schließen die Pflicht-schule nicht ab! Daß dazu auch der Bau von ausreichend Schulhäusern nötig ist, braucht wohl nicht hervor-gehoben zu werden. In unseren Flug-blättern fassen wir diesen Punkt so zusammen gegen die Schulkosten, für das Recht auf Bildung für alle.

— Weil wir glauben, daß dem in der Schule verlangtem Wissen und Ver-halten nicht alle gleich genügen können und zwar nicht nur aufgrund unterschiedlicher Intelligenz (die be-kanntlich keine stabile Sache ist), sondern auch aufgrund unterschiedlicher sozialer Herkunft. Und wieder haben es jene aus den unteren Schichten am schwersten: das in der Schule gelernte kommt nicht aus ihrem Erfahrungsbereich und kann dort nicht angewendet werden, zuhause spricht man nicht „nach der Schult“ wie anderswo, man hat keine Bibliothek. Für viele kommt die Arbeit zuhause noch dazu und im Sommer, wo andere „Bildungsreisen“ machen, muß ge-arbeitet werden.

— Weil wir meinen, daß die Aufgabe der Schule zwar darin bestünde „Die Anlagen und Fähigkeiten des einzelnen Schülers zur höchstmög-lichen Entfaltung zu bringen“ (wie es das Amt für Wirtschaftsprogram-mierung im vorbereitenden Doku-ment für ein Landesentwicklungs-programm ausdrückt), dies gegen-wärtig jedoch nicht der Fall ist. Es werden nämlich nur jene Fähigkei-ten ausgebildet, die den Schüler zu einem kritik- und reibungslosen Teil der Gesellschaft machen. Die Fähigkeit zur Kritik, das Streben nach Neuem, die Kreativität sind jedoch unerläßliche Voraussetzungen für den gesellschaftlichen Fort-schritt. Deshalb sind wir der Mei-nung, daß die Lehrinhalte und das verlangte Wissen gänzlich darauf ausgerichtet sind, diesen gesell-schaftlichen Zustand zu stützen und

die Schüler zu einem funktionieren-den Teil davon zu machen, anstatt ihnen die Instrumente zu bieten, da-mit sie sich und ihre Umwelt besser verstehen und wenn nötig auch ver-ändern können.

So gesehen ist der Anspruch auf die Neutralität der Schule, der immer wieder von der Schulautorität er-hoben wird, nicht zu rechtfertigen. Aber dieses Argument ist eine prak-tische Handhabe, die vorherrschende Meinung als allgemeingültig hin-zustellen und jede kritische Äuße-rung als parteiisch abzustempeln. Ferner müßte es der Redaktion einer Zeitung wohl aus eigener Er-fahrung bekannt sein, daß gleiche Vorkommnisse verschieden inter-pretiert werden können. Genauso ist es bei den Unterrichtsinhalten der Fall: jeder Lehrer bringt seinen Stoff, bewußt oder unbewußt, in ei-ner ganz bestimmten Art und Weise vor und auch die Schulbücher ver-folgen eine ganz bestimmte Rich-tung. Arbeitet man insgeheim auf die Einschränkung der freien Mei-nungsäußerung in der Schule hin, wie es im Artikel der „Dolomiten“ der Fall ist, so beseitigt man eine der Komponenten, die es zur Mei-nungsbildung braucht. Der Artikel-schreiber mit seinem Wunsch nach Einschränkung der freien Meinungs-äußerung vor und in der Schule muß direkt als Antidemokrat er-scheinen.

— weil wir der Meinung sind, daß die Schule die Schüler von der übrigen Welt, vom Geschehen außerhalb der Schule isoliert, anstatt sie in diese einzuführen und ihnen das Wissen für deren Verständnis zu vermitteln. Auch die besonderen Probleme, denen der Schüler als Jugendlicher gegenübersteht, werden von der Schule kaum berücksichtigt.

— Weil wir meinen, daß die gegenwärtigen Strukturen der Schule der Kritik und der Organisation der Schüler feindlich gegenüberstehen und versuchen, diese von den sozia-len Auseinandersetzungen fernzuhalt-en. Unserer Meinung nach ist das Schulsystem eng mit der jeweiligen Gesellschaft verbunden, so kommt man bei der Kritik der Schule oft nicht umhin, auch die Gesellschaft und ihre Form in Frage zu stellen.

Leistungszwang und Disziplin sind für die Basisgruppen angeblich ein rotes Tuch. Dies stimmt in dieser allge-meinen Form keineswegs: Leistung für wen? Disziplin wozu? Und hier gibt es mehrere mögliche Antworten: gegen-wärtig, wo die Ansbildung der Anhän-gung von Profit und der Festigung der Gesellschaftsstrukturen unterworfen ist, sind Leistung und Disziplin kei-neswegs als allgemeinverbindlich anzu-

# Schule, Ideologie und die Basisgruppen

hen, da der Mensch als Mittel zum Zweck angesehen wird; es geht jedoch darum, sich und seine Fähigkeiten auszubilden, um dadurch zum eigenen und zum gesellschaftlichen Fortschritt beizutragen, dann ist Leistung gerechtfertigt, wobei natürlich auf die Ausgangspositionen Rücksicht genommen werden muß. Dann ist auch Disziplin notwendig, was allerdings nicht so zu verstehen ist, daß kritiklos das gelernt werden soll, „was zu lernen ist“ (wie es in einer Leserzuschrift in den „Dolomiten“ für den heutigen Zustand gewünscht wird).

Die in mancher Hinsicht bemitleidenswerten Zustände in den Ostblockländern müssen immer dann als Argument herhalten, wenn man den Überlegungen anderer nichts mehr entgegenzubringen hat. Eine Veränderung kann sich überdies nicht an Modelle anderer Länder halten.

Wenn die „Dolomiten“ über die Kritik an den Basisgruppen ganz vergißt, auf das, was diese kritisieren, also auf die Zustände einzugehen, und wenn Herr X auch schreibt, daß die Forderungen der Basisgruppen eine Menge vernünftiger Dinge beinhalten, wird mit unverminderter Schärfe gegen die Form zur Durchsetzung dieser Forderungen, gegen die Schülerstreiks, losgezogen. Auch hier hätte man gut daran getan, andere Maßnahmen vorzuschlagen, die gleich oder sogar besser zum Erfolg führen würden. Man würde sicher darauf hören.

Manipulation ist ein willkommenes Schlagwort, mit dem jene bedacht werden, die es wagen, einen Zustand zu kritisieren. Wenn Manipulation das Ausnutzen von Unwissenheit zur Verbreitung von Unwahrheiten ist, so müßte doch an Beispielen aufgezeigt werden, daß dies passiert ist. Sonst könnte nämlich diese Beschuldigung auf den Anklagenden zurückfallen.

Basisgruppen der  
Bozner Oberschulen

Die Auseinandersetzung über die Basisgruppen, die jüngst in den „Dolomiten“ stattgefunden hat, ist in mancher Hinsicht symptomatisch und bedeutungsvoll: auch in diesem Fall ist das ganze Elend unserer Kultur an den Tag getreten. Man könnte darüber lachen, und die Angelegenheit ließe sich leicht durch eine Satire abtun. Aber es geht um Dinge, die jeden Bürger angehen. Deshalb sind einige ernste Erwägungen angebracht.

Die Sache beginnt mit einem Artikel, gezeichnet von eb, den die „Dolomiten“ am 18. Dezember 1974 veröffentlichten und in dem eine scharfe Attacke gegen die Basisgruppen gerichtet wurde: es müsse alles getan werden, um ihrem Tun Einhalt zu gebieten; man dürfe nicht länger zusehen, wie die Basisgruppen die Schule zum Schlachtfeld ihrer Ideologie machten; die Schule müsse von jeder Ideologie freigehalten werden, dürfte sozusagen nicht von Ideologiebazillus angesteckt werden.

Auf diesen Artikel antworteten in einem Leserbrief (siehe „Dolomiten“ vom 24., 25. und 26. Dezember 1974) sieben junge Bozner Professoren mit folgen der Überlegung: man könne die Basisgruppen nicht deswegen angreifen, weil ihrer Aktion eine bestimmte ideologische Richtung zu Grunde liege; es sei illusorisch, die Ideologiefreiheit der Schule verteidigen zu wollen, da es diese Freiheit in der Schule gar nicht gebe, nie gegeben habe; ein Lehrer könne nicht umhin, die Dinge, die er den Schülern erklärt, aus seiner Sicht zu interpretieren; kurz jeder, ob er wolle oder nicht, habe seine Ideologiebrille, durch die er die Dinge betrachte.

So weit, so gut. Aber hier haben wir den ersten Eingriff der „Dolomiten“: durch die Überschrift „Plädoyer für die

Basisgruppen“, die sie über den Leserbrief der Professoren setzt, manipulieren sie, bewußt oder unbewußt, den arglosen Leser dahin, daß er glaube: die sieben Autoren verteidigen nicht etwa die Basisgruppen gegen ungerechtfertigte Angriffe, sondern sie stellen sich hinter sie und identifizieren sich mit ihnen — was weder aus dem Inhalt des Briefes selbst hervorgeht noch in Wirklichkeit der Fall ist. Aber der Zweck ist erreicht: den sieben Professoren ist der Stempel des Linksradikalismus aufgedrückt, sie sind in die Ecke gedrängt.

Noch nicht genug damit. Bevor der große Unbekannte (Mister X) in gewohnter Manier mit schwerem Gerät über die sieben armen Sünder herfällt („Dolomiten“ vom 7.1.1975), untermauert das Tagblatt seine Position durch den Abdruck zweier weiterer Leserbriefe („Dolomiten“ vom 31.12.1974 - 1.1.1975).

Der Aufruf gegen die Basisgruppen soll durch solide, wissenschaftliche Argumente gerechtfertigt werden.

Dr. Josef Oberrauch, Autor des ersten der beiden Briefe, greift zum Lexikon und verteidigt mit einer Definition des Begriffs Ideologie die scheinbare Ideologiefreiheit unserer Schule.

Nun, es ist sicher wünschenswert, Ideologie (das ist ganz allgemein: Verdrehung der Tatsachen, um vorgefaßte Meinungen, Positionen, Interessen usw. zu behaupten) von der Schule möglichst fernzuhalten. Eine andere Sache ist, die scheinbare Ideologiefreiheit der Schule gegen den Einfluß einer Ideologiefreiheit kann man aber nur dann sprechen, wenn erstens von absoluter Objektivität der Wissenschaft als solcher gesprochen werden kann und zweitens der Mensch (in diesem Fall der Lehrer oder Schüler) imstande ist, diese wissenschaftliche Objektivität frei von jedem Vorurteil zu praktizieren.

In der moderneren Wissenschaftstheorie (siehe etwa T. S. Kuhn oder K. Popper) wird diese Möglichkeit nicht nur bestritten, sondern schlichtweg ausgeschlossen: die wissenschaftliche Objektivität kann nur relative Sicherheit bieten; der Mensch als Träger dieser Wissenschaft ist um so weniger zu absolut gültiger Aussage fähig (man vergleiche die Auseinandersetzung in der Ethnologie in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts, in deren Zentrum Franz Boas stand) — es sei denn, man müßte dem Tiroler als be-

**MIT PRESSEMONOPOL UND  
VERFÄLSCHTEN TATSACHEN  
GEGEN FORTSCHRITTLICHE  
SCHÜLER**



BÜCHER  
HEIME  
TRANSPORT  
GRATIS



sonders begnadeter Abart des Menschen diese Fähigkeit zugestehen. Ferner kann Ideologie nicht als absolute Eigenschaft abstrakt hingestellt werden: was Ideologie ist, muß im konkreten Fall, im konkreten historischen Zusammenhang nachgewiesen werden und gesehen werden im Verhältnis zur Kultur einerseits und zur Utopie andererseits.

Was gesagt sein will: ein möglichst hohes Maß an Objektivität (und folglich Ideologiefreiheit) kann nur im Interesse der Schule sein; niemand würde sich aber der Illusion hingeben, ohne Ideologiefarbe zu sein.

Der Autor des zweiten der genannten Briefe liefert gleich das Instrument, mit dem man den Basisgruppen helfen sollte. Ungelächert vor ihrem Treiben müßte zumindest in dem Maße Einhalt geboten werden, in dem sie sich in Gegensatz zur Verfassung stellen. Der Autor hat offensichtlich die Rechtslehre und -praxis der Bundesrepublik vor Augen; jenen Gunstartikel der deutschen Verfassung, der Kommunistenatz und -diskriminierung in Deutschland möglich macht. Nun, die italienische Verfassung, die auch unsere ist, hat einen solchen Artikel nicht. Der Autor, Werner Frick, schließt mit seiner Berufung auf die Verfassung glatt daneben.

Aber was macht's, die Schlacht gegen die Basisgruppen ist geschlagen, die tapferen Sieben sind in eine Außenseiterposition gedrängt, man kann wieder zur Tagesordnung übergehen.

Durch diese Art der Information und Meinungsbildung wird jeder Protest und jede grundlegende Kritik in eine Außenseiterposition gedrängt, jeder Pluralismus wegdividiert, jede dynamische, demokratische Auseinandersetzung wird wenn nicht unmöglich gemacht, so doch stark erschwert. So wird beispielsweise gerade jenar Strömung in den Basisgruppen Auftrieb gegeben, die eine konstruktive Mitarbeit bei der Schulreform für überflüssig hält und somit die Reform erschwert; dem Extremismus wird ein Alibi gegeben.

Eine analoge Wirkung hat die Kampagne der „Dolomiten“ zum Resultat der letzten Gemeindevahlen: die nationalistische Euphorie soll die anderen Probleme verdecken; der Volkstumskampf soll weiterhin als politisches Problem tout-court erhalten.

Analog wirkt die schwerwiegende Entscheidung der SVP in der Universitätsfrage: eine Möglichkeit zur Bewältigung unseres großen kulturellen Nachholbedarfs wurde in den Wind geschlagen.

Hubert Gasser

**Universität Bozen:** Die im Anschluß an die Studienlegung 1974 gebildete Initiativgruppe zur Universität Bozen hat sich nun seit dem 19. Oktober 1974 viermal getroffen. Es wurden dabei die Ergebnisse der Studientagung kritisch analysiert und man suchte nach Möglichkeiten in der Weiterarbeit. Obwohl die Gruppe ursprünglich als autonom, getragen von allen universitätsbefürwortenden Organisationen, geplant war, stellte sie sich von allem Anfang an nur dann als lebens- und funktionsfähig heraus, wenn sie von der SH getragen wird. Inzwischen muß man von ihr sagen, daß sie eine SH-Arbeitsgruppe ist, an der noch einige andere mitarbeiten (Gilberto Gabrieli vom PCI, Giovanni Pacella vom PRI und Siegfried Staffer vom AGR/CGIL).

Am 24. 1. 1975 besuchte ich den österreichischen Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky zu einer Aussprache über hochschulpolitische Fragen in Südtirol (siehe Pressemitteilung in „Dolomiten“ vom 28. 1. 1975).

Bei der letzten Sitzung der Initiativgruppe zur Universität Bozen am 5. Februar 1975 wurde eine Stellungnahme zur SVP-Universitätsresolution vom 3. 2. 1975 besprochen, die ich dann verfaßt und an die Presse weitergeleitet habe („Dolomiten“ vom 7. 2. 1975).

**Stipendien:** Ich intervenierte beim Deutsch-Italienischen Kulturinstitut, dessen Wiederauszeichnung der Stipendien für dieses Jahr erheblich verzögert wurde, was unter den betroffenen Studenten verständlicherweise Panikstimmung hervorgerufen hatte. Die Bemühungen waren erfolgreich, auch wenn die Bedingungen dahingehend eingengt wurden, daß Neinskribenten nicht mehr um ein Stipendium anhalten können.

Bei den Stipendien des Südtiroler Kulturinstitutes waren die Stipendienreferenten der einzelnen SH-Gruppen wieder in der Kommission, die die Gesuche prüft, anwesend.

Bei Assessor Zelger legte ich gemeinsam mit dem Altvorsitzenden Sepp Kufstatscher einmal mehr die Stipendienmisere, in der wir stecken, dar. Wir stützten uns vor allem auf eine von der Wiener Gruppe erarbeitete und mit den Unterschriften eines großen Teiles aller Südtiroler Studenten bekräftigte Dokumentation über die divergierende Entwicklung zwischen Stipendien und Lebenshaltungskosten. Die Dokumentation und die dazugehörigen Unterschriften werden noch vervollständigt und anschließend überreicht.

In der von der SH schon seit Jahren geforderten Ausdehnung des Staatsstipendiums (presalario) auf die im Ausland Studierenden konnte, trotz präziser Vorschläge von Seiten der SH für die zu erarbeitenden Durchfüh-

rungsbestimmungen, noch immer kein Fortschritt erzielt werden. Ich legte Assessor Zelger nahe, daß die SVP-Parlamentarier in dieser Frage unbedingt mehr guten Willen und größeren Einsatz an den Tag legen müßten. Er versprach, in nächster Zukunft einen Vorschlag zu den Durchführungsbestimmungen erstellen zu lassen, äußerte allerdings große Bedenken, ob man unter den gegebenen wirtschaftlichen Umständen in Rom damit Erfolg haben könnte.

Die Stipendien des Landesaussschusses, die von den SH-Vertretern immer noch als quantitativ und qualitativ zu niedrig bezeichnet wurden, sind in diesem Jahr aufgestockt worden. Für Studierende im In- und Ausland wurden jeweils 70 Stipendien zu je 500.000 Lire ausgeschrieben, Assessor Zelger deutete an, daß damit ein Prozeß eingeleitet wurde, den man in den nächsten Jahren fortzusetzen gedenke.

Die Sparkasse der Provinz Bozen stellte auch für dieses Studienjahr wieder zehn Dissertantenbeihilfen in Höhe von je 250.000 Lire zur Verfügung (siehe Ausschreibung an anderer Stelle dieser Ausgabe).

Eine ähnliche Unterstützung, wahrscheinlich nach etwas abgeänderten Kriterien und in anderer Form, steht auch bei der Spar- und Vorschaukasse Brisen in Aussicht. Obwohl noch keine feste Zusage vorliegt, besteht berechtigte Hoffnung, daß wir in Bälde unsere Dissertantenunterstützung ausdehnen können. Bei den Volksbanken in Bozen und Meran haben wir für dieses Jahr Absagen erhalten, sind aber zuversichtlich, daß wir im nächsten Jahr auch dort Erfolg haben.

**Studientitel:** Nachdem sich die Universität L. Bocconi in Mailand ohne Begründung gewögert hatte, die österreichischen Magistertitel aus Betriebs- und Volkswirtschaft anzuerkennen, sprach ich beim Verwaltungsdirektor der Freien Universität Trient in dieser Sache vor und erreichte, daß diese Universität in Zukunft die Magistertitel aus Volkswirtschaft nostrifizieren wird. Ich verspreche mir dadurch auch eine Verkürzung des bürokratischen Weges.

Im italienischen Außenministerium protestierten wir gegen die Maßnahme der Universität Bocconi; es wurde uns versprochen, daß man die Bocconi auf die Rechtswidrigkeit dieses Schrittes hinweisen und eine positive Erledigung der Angelegenheit anstreben werde.

Bei einem Gespräch mit Assessor Zelger am 3. 1. 1975 forderten wir wiederum, sein Versprechen, in Sachen Studententitelanerkennung einen eigenen Mann einzustellen, endlich wahr zu machen. Vor allem solle man dem gegenwärtig Zuständigen, Dr. Morin,



nach Beendigung der Arbeiten im Zusammenhang mit den Supplentenkursen nicht neue Arbeitsbereiche übertragen. Dr. Zelger lehnte ersteres ab, versprach aber zweiteres.

Assessor Zelger wurde darauf hingewiesen, daß sich in der österreichisch-italienischen Gemischten Kommission für Studientitelangelegenheiten die Landesregierung, wenn auch nicht in erster Person vertreten, viel mehr einsetzen müsse, und daß sie vor allem hinter die italienische Delegation mehr Druck setzen müßte.

Welche Fortschritte bei der letzten Verhandlungsrunde der genannten Kommission, die am 14. Februar 1975 in Wien tagte, erzielt wurden, konnten wir von Ass. Zelger noch nicht in Erfahrung bringen.

In der Frage der Anerkennung von ausländischen Berufstiteln ist in letzter Zeit überhaupt nichts geschehen. Zelger versprach, auch dieses Problem näher zu prüfen.

Auch die Anerkennung deutscher akademischer Titel ist nach wie vor ein Problem, das die SH mehr bedrückt als die Landesregierung. Nach der Antwort des Bayerischen Kultusministers Maier auf ein Schreiben Zelgers vom 23.1.1974 rührte sich hier nichts mehr. Einen neuen Lösungsversuch will die SH-Gruppe München in nächster Zeit Zelger unterbreiten.

Nachdem die Südtiroler Volkspartei die Möglichkeit der Studientitelaufkennung als Grund gegen eine Universität in Südtirol anführt (Resolution vom 3.2.1975), werden wir sie in unmittelbarer nächster Zeit auf ihre Laschheit auf diesem Gebiet hinweisen.

Das **Verhältnis** zwischen der SH und der Hochschulgruppe Bozen (HGB = Organisation der Werkstudenten des

Südtiroler Bildungszentrums) diskutierte ich in zwei Zusammenkünften mit dem Präsidenten der HGB, Rudi Rainer. Der Ausschuß unterbreitete auf seiner Sitzung vom 23.12.1974 der HGB folgenden Lösungsvorschlag:

a) Die Werkstudenten des SHZ werden Mitglieder der SH und werden in der Hochschulgruppe Innsbruck organisiert. b) Sie sollen die Möglichkeit bekommen, innerhalb dieser Gruppe eine Untergruppe zu bilden, die eigenständig berücksichtigt werden kann. c) Die Bildung einer Dachorganisation wird in keiner Form für wertvoll empfunden, man befürchtet dadurch ein Aufblähen des Verwaltungsapparates, ohne die effektive Durchschlagskraft der Organisation merklich zu heben. d) Der Vorsitzende der SH wird ermächtigt, die Gründe, die den SH-Ausschuß zu dieser Stellungnahme bewegen, mündlich mit dem Präsidenten der HGB zu besprechen.

Vom 25. bis 28. November 1974 besuchte ich, zusammen mit unserer Sekretärin, Rita Mair, die österreichischen Hochschulgruppen. Dabei wurde vor allem das Universitätsproblem diskutiert. Bei dieser Gelegenheit stattete ich auch Sektionschef Dr. Kieger und Ministerialrat Dr. Sagburg einen Besuch ab.

In nächster Zeit werde ich die Gruppe Verona besuchen.

Am 18.1.1975 nahm ich an der Vollversammlung des Arbeitskreises Südtiroler Mittelschullehrer teil, bei der neben den Jahresberichten auch das Pädagogische Institut und die Delegationsdekrete diskutiert wurden.

Auch heuer haben wir wieder die Mathematik-Ergänzungskurse aus Integral- und Differentialrechnung an den klassischen Lyzeen organisiert.

Bei der Weihnachtsausschußsitzung wurde das Thema für die **Studientagung 1975** festgelegt. Die Studientagung wird voraussichtlich Ende September stattfinden und wird sich mit dem Problem „Ausbildung und Wirtschaft“ befassen. Wir haben vor, in einem ersten allgemeinen Teil die Krise dieses Verhältnisses zu analysieren und in einem zweiten Teil auf die spezielle Lage in Südtirol einzugehen.

Hier möchte ich gleich hinweisen, daß wir für jeden nützlichen Hinweis oder für eventuelle Mitarbeit dankbar wären.

**Sport und Geselliges:** Vom 19. bis 21. Dezember 1974 fand das traditionelle **Flug- und Korbballturnier** der SH statt. Es nahmen daran jeweils zehn Mannschaften und zwei Mädchenmannschaften teil. Die Erstplatzierten sind:

#### Flugball

1. SH Innsbruck
2. SH Graz
3. SH Padua
4. Kaufm. Lehranstalt Meran

#### Korbball

1. SH Graz
2. Handelsoberschule Bozen
3. Franziskanergymnasium
4. Kaufm. Lehranstalt Meran

Bei den Mädchen siegte das Wissenschaftliche Lyzeum Bozen.

Das **SH-Skirennen**, um Weihnachten wegen Schneemangels auf Joeh Grinnm abgesagt, wird am Karfreitag, den 29. März 1975 auf Zirog ausgetragen. Anmeldungen am 29.3. bis 11.00 Uhr im Schulhaus Zirog.

Der **SH-Ball** findet am 5. April im Allen Widman in Untermais statt.

Florian Kronbichler

**ACHMÜLLER** Mario,  
Meran

**CIMADOM** Roland,  
Bruneck

**CONFORTI** Claudio,  
Meran

**DEJORI** Rudolf,  
Bozen

**DELMONEGO** Ernst,  
Lüsen

**FROTSCHER** Josef,  
Sterzing

**GAMPENRIEDER** Rita,  
Meran

**GAMPER** Luise,  
Brixen

**GASTEIGER** Josef,  
Bruneck

**GRIESSMAIR** Franz,  
Bruneck

## Promotionen

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor-Architekt an der Universität Rom. Dissertationsthema: „Das touristische Zentrum des Pustertales“.

Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „Norme di qualità per la commercializzazione della frutta e degli ortaggi“.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Botanik, an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Psychologie, an der Universität Innsbruck.

Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.

<b>HELLRIGL</b> Wolfgang, Brixen	Sponson zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Innsbruck.
<b>HOLZER</b> Josef, Lappach	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Wien.
<b>HOLZER</b> Josef, Sexten	Sponson zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Handelwissenschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien.
<b>HOLZKNECHT</b> Hermann, Partschins	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
<b>KAPELLER</b> Armin, Meran	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Padua. Dissertationsthema: „Der Rückfall im italienischen und deutschen Strafrecht nach den jüngsten Reformen“.
<b>KASERER</b> Josef, Wangen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
<b>KLOTZ</b> Eva, Bozen	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
<b>KOFLER</b> Hubert, Vintl	Sponson zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Handelwissenschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien. Diplomarbeit: „Monetäre Indikatoren der Aktienkursbildung“.
<b>KUENRATH</b> Gallus Josef, Borgeis	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Botanik, an der Universität Innsbruck.
<b>MAIR</b> Wilhelm, Gais	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Mikrobiologie, an der Universität Innsbruck. Dissertationsthema: „Untersuchungen über Myzelwachstum und Fruchtkörperbildung bei <i>Boletus edulis</i> Bull. ex. Fr.“.
<b>MAIR</b> Franz, Freienfeld	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Germanistik, an der Universität Innsbruck.
<b>MÜLLER</b> Klaus, Bruneck	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Maschinenbau (Betriebs- und Fertigungstechnik) an der Technischen Hochschule München. Diplomarbeit: „Die innerbetriebliche Information als Führungsmittel“ (Mit einer empirischen Erhebung in industriellen Unternehmen Südtirols).
<b>PARDELLER</b> Walter, Bozen	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Architektur an der Technischen Hochschule Wien.
<b>PARTELLI</b> Othmar, Tramin	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
<b>PFEIFER</b> Hugo, Brixen	Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
<b>PINTER</b> Laurin, Kaltenbrunn	Promotion zum Doktor der Wirtschafts- und Handelswissenschaften an der Universität Verona. Dissertationsthema: „I problemi di merceologia doganale nei rapporti italo-austriaci. — Il commercio italo-austriaco dopo la II guerra mondiale“.
<b>PUPP</b> Roswitha, Brixen	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
<b>RAINER</b> Albert, Brixen	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Psychologie, an der Universität Innsbruck.
<b>RASTNER</b> Alois, Rodeneck	Promotion zum Doktor der Philosophie, Fachrichtung Geschichte, an der Universität Innsbruck.
<b>RASTNER</b> Walter, Mühlbach	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
<b>RIZZOLLI</b> Hansjörg, Montan	Promotion zum Doktor der Philosophie an der Universität Innsbruck.
<b>SCARTEZZINI</b> Helmut, Bozen	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Landwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur Wien. Diplomarbeit: „Die Weinsorten Südtirols und deren Bedeutung im europäischen Raum“.
<b>SCHWEIGGL</b> Martin, Kurtatsch	Graduierung zum Diplom-Ingenieur für Landwirtschaft an der Hochschule für Bodenkultur Wien.
<b>STECHER</b> Peter, St. Valentin a. d. H.	Promotion zum Doktor der Pharmazie an der Universität Padua.
<b>TANZER</b> Paul, Lana	Sponson zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Universität Innsbruck.
<b>UNTERKIRCHER</b> Ferdinand, Schabs	Promotion zum Doktor der Rechtswissenschaften an der Universität Innsbruck.
<b>URTHALER</b> Thea, Kastelruth	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.
<b>ZUEGG</b> Oswald, Lana	Sponson zum Magister der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) an der Hochschule für Welthandel Wien. Diplomarbeit: „Verpackungsmittel in der Obstkonservenindustrie“.
<b>ZUEGG</b> Margret, St. Ulrich	Promotion zum Doktor der Medizin an der Universität Innsbruck.

---

# skolast

Südtiroler Hochschülerzeitschrift

---

---

Herausgeber und Verwaltung:  
Südtiroler Hochschülerschaft.  
39100 Bozen, Walthierhaus, Tel. 2 46 14

---

Redaktion: SEPP KUSSTATSCHER  
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: WALTER FILL

---

Druck: Ferrari-Auer, Bozen

---

Skolast, 4—6 Hefte im Jahr      Einzelpreis Lire 300

Abonnement: Italien Lire 1500  
Österreich öS 70  
Deutschland DM 12

Italien: Postsparkasse Konto Nr. 14/1177, Bozen

Österreich: Creditanstalt - Bankverein Innsbruck, Konto Nr. 89-64371

Deutschland: Bayerische Staatsbank, München, Konto Nr. 94-098

---

Die Artikel geben die Meinung der Autoren wieder.

Eintragung: Landesgericht Bozen R. St. 1/56, Erlaß vom 18. Juni 1956  
Spedizione in abbonamento postale - Gruppo IV, 70%.

---